

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Verleger: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 4. Juni 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Verleger: Amt IV. Nr. 1984.

## Der bayerische Wahlerfolg.

Aus Südbayern wird uns geschrieben:

Ein hervorragender Erfolg der Sozialdemokratie, ein völliges Versagen der bürgerlichen Blockpolitik, so läßt sich kurz das Landtagswahlergebnis vom 31. Mai werten. Das Ergebnis selbst ist den Lesern des „Vorwärts“ bekannt, seine parteipolitische Bedeutung wird überall zur Würdigung gelangen, wo immer Sozialdemokraten wohnen. Und für uns in Bayern bringt es nicht nur die Lust des ehrlich erarbeiteten Erfolges, sondern auch die Gewähr eines stetigen und unumkehrlichen Fortschreitens unserer Sache auch unter den schwierigsten Umständen.

Wir haben in Anbetracht der an dieser Stelle wiederholt besprochenen Verhältnisse auf zwölf bis fünfzehn Mandate gerechnet und haben zwanzig errungen. Aber diese sehr beträchtliche Steigerung unserer Fraktionsziffer ist nicht einmal das Hauptmoment des Wahlausfalls. Am bedeutsamsten erscheint mir vielmehr die unverrückbare Tatsache, daß wir selbst auf Grund eines so mangelhaften direkten Wahlverfahrens bei weiterem verständigen und geschlossenen parlamentarischen Wirken und einer sorgfältigen Organisation in unseren Fortschritten von gar keiner gegnerischen Koalition gehindert werden können.

Darüber später Genaueres, wenn erst die verlässigen Einzeldaten vorliegen. Zunächst ein paar Worte über die neue Fraktion und ihre neuen Leute.

In München sind gewählt außer den früheren Mitgliedern der Landtagsfraktion (v. Bollmar, Timm, Franz Schmitt, Adolf Müller): Eduard Schmid, Redakteur unseres Münchener Parteiorgans, seit acht Jahren als Magistratsrat Mitglied der Münchener Gemeindeverwaltung, ein genauer Kenner unseres bayerischen Gemeindefwesens; er war in einem besonders heiß umstrittenen Wahlkreise aufgestellt und wird namentlich bei der bevorstehenden Reform des Gemeindefwesens eine besonders wertvolle Kraft sein. Genosse Pichelmann, ebenfalls Magistratsrat, steht seit Jahren in der vordersten Reihe unserer Münchener Parteibewegung. Erhart Auer, Rassenbeamter, ein Neffe unseres unvergesslichen Nazi und nach allen Proben seiner bisherigen Parteitätigkeit von eben so gutem niederbayerischen Golge. Und schließlich Genosse Hofhauer, Arbeiter in der Zentralwerkstätte der Verkehrsverwaltung, ein bekanntes Mitglied des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes. Er ist in einem „Eisenbahnerbezirk“ trotz hartnäckigen Gegenkampfes der christlichen Eisenbahner gewählt worden, und sein Sieg ist die deutliche Antwort auf unerhörte Provokationen des Verkehrsministers von Frauendorfer, der, offenbar von dem ultramontanen Eisenbahnerreferenten angetrieben, sich zu wahrheitswidrigen Beschuldigungen gegen die Eisenbahnarbeiter hinreißt, für die er trotz wiederholter öffentlicher Aufforderung bis heute noch jeden Beweis schuldig ist.

Aus Nürnberg erhält die Fraktion in der Person des Genossen Dr. Süßheim endlich auch ihren Juristen und in den Genossen Simon, Dorn und Sädler willkommene Arbeitskräfte für verschiedene gewerkschaftliche und sozialpolitische Spezialgebiete. Haller in Nürnberg und in Erlangen gewählt, wird in Erlangen annehmen. Seine Wiederwahl bedeutet für die Landtagsgruppe einen großen Gewinn. Aus Fürth kommt neben Segih der Genosse Garscher. Die Pfalz scheidt Ehrhart, Körner und Clement wieder. Ehrhart wird für Kaiserlautern annehmen, so daß außer in Nürnberg VI, wo Haller mit 2000 Stimmen Mehrheit gesiegt hat, auch in Ludwigshafen, wo wir eine absolute Mehrheit von ungefähr 1000 Stimmen haben, eine Nachwahl stattzufinden hat. Die Kandidaten für diese Neuwahlen sind bis jetzt noch nicht bestimmt.

Aus dieser Aufzählung der Charakteristik ergibt sich, daß die neue Landtagsfraktion aus guten und für die verschiedensten Gebiete tauglichen Arbeitskräften besteht. Sie wird in gesteigertem Maße wirken und damit unserer Partei vermehrten Einfluß verschaffen, der Vertiefung unserer Ideen dienlich sein können. Daß das aber ohne Rücksicht auf die jeweiligen bürgerlichen Mehrheitsverhältnisse bei uns in Bayern möglich ist, dafür ist durch die Reform des Wahlgesetzes und das stetige Ansteigen unserer Vertretungsziffer der genaue Beweis geführt worden. Nichts wichtiger darum wie das Gerüde der naturgemäß äußerst übergelauteten Blockpresse, die Sozialdemokratie sei infolge der Zentrumsmehrheit „auch jetzt wieder“ zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Das nämliche Geschwätz, angenehm verdrängt noch durch eine grotesk läugerische Herabsetzung der sozialdemokratischen Landtagsfähigkeit, ist von den Blockagenten und ihrer außerordentlich verbreiteten Presse bis zur letzten Wahlstunde verübt worden: mit welchem „Erfolge“, das hat man seeben gesehen.

Daß die Blockpresse infolge der fürchterlichen Niederlage des „freiheitlichen“ Blocks aus allen Himmeln gerissen ist, daß sie sich auf der nächsten Erde gar nicht wieder zu finden weiß und daß sie gar so kräftig schimpft, wie ihre goldene und akademische Jugend am Abend des Wahltages bei Verkündigung der Ergebnisse gepöfien und geheult hat, davon ist in Anbetracht der gegenwärtigen Gemütsverfassung der Vertreter von Bildung und Besitz nicht viel Aufhebens zu machen. Daß sie aber die

aktiven und inaktiven Minister anrüpelt und diesen ihren stillen Freunden alle Schuld am Blodfeld beimeißt, das ist leuchtender Undant. Herr v. Feilitzsch, der frühere Minister des Innern, ist der Urheber der Wahlkreiseinteilung, er hat München, Nürnberg, Oberfranken, die Pfalz usw. so zugunsten der Liberalen eingeteilt, daß, nicht zuletzt aus diesem Grunde sogar die demokratische „Frankfurter Zeitung“ ihn als einen „wahrhaft liberalen Mann“ gefeiert hat. Er wußte das Wahlgesetz so gut zu interpretieren, daß die Arbeiter um 20 Proz. ihrer Wahlberechtigten gekommen sind. Die Regierung hat den Wahltag auf einen Freitag nach einem Feiertag verlegt, damit ja der Wahleifer der Proletarier gehindert werde und die Rentämter des liberalen Finanzministers v. Pfaff, die Kreisregierungen des liberalen Nachfolgers des Herrn v. Feilitzsch haben das ihre getan, um den Arbeiterwählern weitere 20 Proz. der Wahlberechtigten abzuhöpfen. Und nun statt Anerkennung der schönen Vortritt, das Ministerium habe die Interessen des Liberalismus (lies: die Personalien) den Schwarzen ausgeliefert!

Bis jetzt sind mir nur zwei bayerische bürgerliche Blätter mehr oder weniger liberalen Anstrichs zu Gesicht gekommen, die auch die eigene Schuld zu erörtern versuchen. Das eine ist der freisinnige „Frankf. Kurier“, der den Verlust des 3. Nürnberger Wahlkreises dem erbaulichen Umstände zuschreibt, „daß einmal außerordentlich viel liberale Wähler in Wädern oder auf Geschäftsreisen abwesend waren und daß andererseits sich in gewissen Kreisen leider Gottes eine außerordentliche Gleichgültigkeit gegen die Wahl gezeigt hat.“

Das andere ist ein in München erscheinendes und von einem ehemals für die Liberalen sehr tätigen Journalisten geleitetes Organ, die „Bayerische Zeitung“. Sie sagt:

„Der bayerische Liberalismus, d. h. die vereinigten Liberalen und Demokraten, haben von dem neuen Wahlgesetz keinen Vorteil gezogen, aus dem sehr einfachen Grund, weil sie nirgends Massen aufzubieten hatten wie Zentrum und Sozialdemokratie. Auch die Dreiteilung brachte ihnen keinen Nutzen, sondern lediglich die Wahlkreiseinteilung in München, wo vier wohlhabende Innenbezirke den Liberalen sicher sind. Sie haben daher sehr schlecht abgeschnitten, denn wenn sie auch in München 4, in Augsburg und Schwabmünchen je ein Mandat gewonnen, so verloren sie in Nürnberg 3, und konnten nirgends wesentliche Neuerwerbungen machen. Wenn sie vor zwei Jahren um die Hälfte ihrer Mandate durch das Kompromiß von Sozialdemokratie und Zentrum erleichtert wurden, so sind sie jetzt auf diesem Tiefstand geblieben. Damals warf sie jenes Kompromiß, heute war keines da und dennoch konnte sich die Stöckkraft des neuen bayerischen Liberalismus nicht bewähren. Sie legten sich diesmal selber lahm durch ein Wahlbündnis mit dem Bund der Landwirte, den Konservativen und Bauernbündlern; man hoffte dadurch zu großen Siegen in Franken zu gelangen, man errang sie nicht, was erreicht wurde, war lediglich das, daß das Nürnberger Programm, das den bayerischen Liberalismus 1905 zusammenschloß, durch dieses Kompromiß mit den agrarischen Reaktionen Bayerns in Frage gestellt wurde, daß dieses Bedürfnis ihm die ganze Werbekraft raubte. Und dieses sacrificium intellectus wurde auch durch keinen Mandatzuwachs gelohnt, denn man hielt mit Nähe und Not die alten Siege... 25 statt 23 Mandate hat heute der bayerische Liberalismus, 19 statt 20 haben durch seine Hilfe die vereinigten Konservativen und Bündler, eine Gruppe, die nur durch den Liberalismus künstlich erhalten worden ist, die auf eigenen Füßen noch keine sechs Mandate bekommt. Und diese selbstlose Stützung einer wankenden Schar führte dazu, daß das bayerische Zentrum von seinen 102 Mandaten nur drei verlor und mit 99 in den Landtag zurückkehrte!“

Diese Darstellung ist im wesentlichen richtig. Es hätte nur noch hinzugefügt werden müssen, daß im rechtsrheinischen Bayern wie in der Pfalz im Vordrausche des Reichstagswahlerfolges das besprochene Kompromiß eigens zu dem Zwecke geschlossen worden war, der Sozialdemokratie jede Aussicht zu einer eigenen Vertretung zu nehmen.

Ein Trost im Leben aber ist den Geprügelten doch geworden, die Berliner Blockmutter, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, das Organ des größten Staatsmannes der Welt, findet, daß der bayerische Liberalismus „mit den erzielten Erfolgen im ganzen wohl zufrieden sein kann“. Solcher Trost und solche Bescheidenheit ist rühmendwert und tut den Geschlagenen sicher saunohl.

Das Zentrum hat dank der Taktik der Blockleute, deren hervorragendes Licht, Herr Müller-Meiningen, in Hof beinahe ausgebläht worden wäre, 99 Mandate erlangt. Nur ein inoffizielles ist darunter, im übrigen hat, wie vorausgesehen war, die Pfarrhofsdisziplin gesiegt. An inneren Wirren wird es der Zentrumsparlei aber doch nicht fehlen, denn die Gruppe Heim kommt gestärkt wieder.

Nachwahlen haben nur in den zwei Kreisen stattzufinden, in denen unsere Leute doppelt gewählt sind. Den Zweck, Stichwahlen zu vermeiden, hat also die relative Mehrheit vollständig erfüllt. Sie hätte auch dazu dienen können, die Zentrumsmehrheit zu brechen. Denn durch ein Zusammengehen der Liberalen und Sozialdemokraten wären dem Zentrum ungefähr zwanzig Sitze abzunehmen gewesen. So lange aber der Liberalismus reaktionärer ist wie das Zentrum und so lange er seine Hauptaufgabe darin sieht, sich an den Mauern des Proletariats den Kopf einzurennen,

kann eine solche Koalition gar nicht in Frage kommen. Und ob eine derartige Taktik für die Sozialdemokratie überhaupt nützlich wäre, das zu erörtern bleibt Zeit genug. In allen prinzipiellen Fragen von einiger Bedeutung haben Liberale und Ultramontane bisher doch geschlossen gegen uns gestimmt. Daß es anders wird, dafür ist der Eintritt einiger ehrlicher Liberalen in die Fraktion der Dorfschäferen vorerst nur eine geringe Aussicht. Zudem werden wir in sechs Jahren bei weiterer sorgfältiger Organisation und treuer Pflichterfüllung uns dreißig Mandate holen.

Wir können also, nachdem es so gut gelungen ist, das Blockgespenst in sein Nichts aufzulösen, ruhig den Dingen entgegenzusehen, wie sie kommen. Und dann entscheiden gemäß dem Willen der Partei und zu ihrem weiteren Gedeihen.

Aus Nürnberg wird uns zum selben Thema geschrieben:

Der Sieg in Nürnberg hat nach der Schlappe von 1905 ungeheure Begeisterung hervorgerufen. Unsere Stimmengahl hat dort eine ganz ansehnliche Steigerung erfahren. 1905 erzielten wir im Stadtbezirk 21 595, die vereinigten Gegner 14 894 Stimmen. Trotz unseres Vorsprunges von nahezu 7000 Stimmen verloren wir damals infolge einer raffinierten Wahlbezirksgeometrie sämtliche vier Mandate, da die bürgerliche Minderheit mehr Wahlmänner ausbrachte als wir. Diesmal bekamen wir 27 995, der Block 19 160 Stimmen. Unsere Stimmengahl hat sich also in zwei Jahren um mehr als 6000 vermehrt, obwohl viele frühere Wähler durch Hinaufrückung des Wahlalters das Wahlrecht verloren haben. Um rund 8400 Stimmen haben wir den bürgerlichen Ordnungsbrei überflügelt. Auch der zweimännige Wahlkreis Fürth hat sich als feste sozialistische Hochburg gezeigt. Unsere beiden Kandidaten Segih und Garscher schlugen den Block mit rund 800 Stimmen Vorsprung. Der überraschendste Erfolg ist die Wahl des Genossen v. Haller im Wahlkreise Erlangen, ein für den Liberalismus um so vernichtenderer Schlag, als Haller den Vorherrscher der nationalliberalen Landespartei, Prof. Seiger, besiegte, allerdings nur mit der kleinen Mehrheit von circa 80 Stimmen und infolge des Umstandes, daß der agrarische Führer Beckh-Nathberg mit seiner Sonderkandidatur auftrat, weil der Block ihm für seine Wahlhilfe nicht genug Entschädigung in anderen Wahlkreisen bot. Wir können aber darauf rechnen, daß uns der Kreis nicht wieder entrisen werden wird, da namentlich auf dem Lande die industrielle Entwicklung reizende Fortschritte macht. Sie wird durch den demnächstigen Bau einer Bahn von Nürnberg in die fränkische Schweiz, die einen bis jetzt vom Verkehr vollständig abgeschlossenen großen Teil des Wahlkreises erschließen und auch die Industrie anziehen wird, noch mehr gefördert.

Leider war es nicht möglich, in einigen für uns nicht ungünstigen industriellen Kreisen Oberfrankens die Gegner niedezurufen, da die Wahlkreiseinteilung meist so getroffen ist, daß die Städte vom Lande erdrückt werden. Die ansehnlichen Stimmengahlen, die wir dort aufbrachten, geben uns aber die Hoffnung, daß auch dort in nicht allzu langer Zeit die Sozialdemokratie Siege erröchten wird.

## Kaufmännische Kolonialverwaltung.

Die liberale Presse vermag sich noch immer nicht über die Redensarten zu beruhigen, mit denen Erzliegend Dernburg im „Berl. Tagebl.“ die Kaffade zu rechtfertigen versuchte, daß bei der Neubesezung der Kolonialamtsposten das kaufmännische Element so völlig umgangen worden ist. Ein großer Teil der liberalen Geschäftswelt hat sich bei der letzten Reichstagswahl zu seiner Begeisterung für die deutsche Kolonialpolitik in erster Reihe durch die Hoffnung bestimmen lassen, daß künftig die Kolonien nach „kaufmännischen Grundsätzen“, d. h. im speziellen Interesse der Bankfinanz wie des Handels- und Meereskapitals, verwaltet werden würden — und nun reißt die Besetzung der wichtigsten Stellen mit gewöhnlichen Bureaukraten in diese schönen Profittäume eine Lücke. Es ist deshalb nur allzu begreiflich, wenn in gewissen Finanz- und Handelskreisen der Unmut über Herrn Dernburg, den man sich allgemach als Agenten der kaufmännischen Interessen in der Regierung anzusehen gewöhnt hatte, immer wieder hervorbricht, und wenn andererseits Herr Dernburg, um diese Kreise zu beschwichtigen, sich gemüht gefühlt hat, die Besetzung der Kolonialamtsposten in einem Zeitungsaufsatz — entgegen den Traditionen der preussischen Bureaucratie — öffentlich zu rechtfertigen. Ob diese Rechtfertigung allerdings geeignet ist, ihren Zweck zu erfüllen und die sich in ihren Erwartungen getäuscht Fühlenden zu veröhnen, ist eine andere Frage; denn Herr Dernburg beweist mit seinen Ausführungen, daß er die vulgär-liberale Regierungsbildung wenigstens teilweise überwunden und in seiner neuen Amtstellung realpolitisch zu rechnen gelernt hat. So sagt er zum Beispiel:

„Das staatliche Leben rechnet mit den Machtverhältnissen, und es ist klar, daß diejenigen Klassen, welche heute im Besitz staatlicher Ämter sich befinden und in den wichtigsten Parlamenten die Mehrheit stellen, dem Einbringen des Kaufmanns einen um so größeren Widerstand entgegenzusetzen werden, je stärker und ungestümer die Ambition hervortritt, eine Änderung in den gegenwärtigen Machtverhältnissen herbeizuführen.“

Und ferner meint er, daß sowohl die Bildung als die Tätigkeit eines Kaufmanns und eines Verwaltungsbeamten grundverschiedene Dinge seien. Seine Amtswaltung hätte ihm deshalb beibringen, daß nur der „formale“ Werdegang des Verwaltungsbeamten die geeigneten Kräfte heranreifen lasse.

„Während das Universitätsstudium“, sagt er, „die Theorie der Verwaltung und des Rechts entwickelt, soll während der Ausbildungszeit die praktische Handhabung der Staatsgewalt obliegenden Funktionen betrieben werden, und der hierbei entwickelte formalistische Zug, der durch den Grundzug der Rechtsgleichheit vor dem Gesetz und der Aufrechterhaltung des Ansehens und der Würde unserer Staatsgewalt bedingt ist, wirkt bestimmend auf Anschauungsweise und Behandlung derartiger Fragen bei den Beamten ein.“

Bis zu gewissem Grade ist diese Behauptung nicht unberechtigt. Die kaufmännische und die Verwaltungstätigkeit stellen verschiedene Anforderungen, und für das rein formale Verwaltungsgeschäft bringt oft der Verwaltungsbeamte bessere Vorbereitungen mit als der Kaufmann; nur hat die jetzt übliche Ausbildung dieser Beamten den großen Fehler, daß der „formalistische Zug“ dermaßen überwiegt, daß häufig jeder Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Lebensgetriebe verloren geht und weiter nichts übrig bleibt, als allein der Formalismus. Treffend hat diese Tendenz Dr. Stier-Somlo, Professor an der Universität Bonn, vor einigen Monaten in der „Deutschen Wirtschaftsztg.“ folgendermaßen charakterisiert:

„Der jetzige Zustand bedingt ein unwürdiges, nur in Preußen in diesem schamlosen Maße blühendes Einpaarwesen, ein erschreckendes Panoptikum der jungen Juristengeneration in allen geistigen Dingen, einen Mangel an Vertiefung, insbesondere in den Materien des öffentlichen Rechts, der sich bitter rächen muß. Es ist kein Zweifel, wenn hier nicht Wandel eintritt, daß das wissenschaftlich-geistige Niveau unseres höheren Beamtenstandes (das uns doch schließlich, wie ich nochmals betone, trotz Parlament allein regiert) sich bedenklich abwärts neigen und sinken muß! Dabei ist gerade jetzt angesichts der sich täglich steigenden Anforderungen des praktischen Lebens, der vielverschlungenen gesellschaftlichen, politischen und Rechtsbildungen der Gegenwart nicht nur eine gewaltige Anspannung von Fleiß, Wissensfluß und Pflichttreue, sondern auch geschulte Intelligenz notwendig, die sich zu verbinden hätte mit weitem Blick und vorurteillosen weltnäherischen Anschauungen, gleich fern von gesellschaftlicher und amtlicher Ueberhebung wie von nervöser Rücksichtnahme auf allerhand Einflüsse.“

In den Mängeln dieses Ausbildungssystems liegt der Fehler. Er ist es, unter dem bis jetzt nicht nur die Kolonialverwaltung, sondern auch so manche anderen Verwaltungszweige zu leiden hatten.

Am übrigen stimmen wir mit der Einschätzung der kaufmännischen Verwaltungsqualitäten durch den früheren Bankdirektor und jetzigen Staatssekretär Dernburg überein. Wo in deutschen Handels- und Industriestädten die kaufmännischen Kreise eine entscheidende Einwirkung auf die städtische Verwaltung erlangt haben und diese nach ihrem Willen regieren, können ihre Leistungen nicht gerade als Muster gelten. Nirgends dient die Verwaltungsmaschinerie so einseitig dem Interesse einer bestimmten engen Bevölkerungsklasse, nirgends stellt sich der Apparat so teuer, als gerade dort. Und daselbst gilt von den liberalen Geschäftsmännern in der preussischen Regierung. Die Ära der Hansemann und Camphausen war zugleich die Ära der größten Finanz- und Gründerfandale. Als Herr Dernburg ins Kolonialamt berufen wurde und die freimüthigen Blätter ihn als Vahndreher einer neuen Zeit feierten, schrieben wir:

„Auch bisher schon hat Preußen „kaufmännische“ Minister „regieren“ sehen, nicht nur Herrn Müller aus Braunschweig, sondern auch einen Hansemann und Camphausen, und zwar unter ungünstigeren Bedingungen; die Folgen waren aber nicht die Abbanlung der junkerlichen Bureaucratie, sondern nur die Aufzucht einer großkapitalistischen Korruption aufwendende Triebe. Es gehört die ganze Naivität des bürgerlichen Illusionisten dazu, anzunehmen, durch einen Personenwechsel, nebenbei noch in einem für die feudale Staatshierarchie ganz nebensächlichen Amte, werde die junkerliche bürocratische Macht gebrochen. Verucht doch diese Macht nicht darauf, daß einige Junker auf Ministerfesseln thronen, sondern auf dem Einfluß, den die Junkerschaft auf die ganze Beamtenklasse, das Heer usw. ausübt. Selbst als Reichskanzler — das Ende der Verhandlungen über den Rhein-Elbe-Kanal hat das zur Genüge erwiesen — vermochte Herr Dernburg nicht gegen diesen Stachel zu lösen, viel weniger aber auf dem einflusslosen Posten eines Kolonialdirektors oder selbst eines Kolonialstaatssekretärs innerhalb einer Korona, deren Haupttypen durch Bülow, Pöblich, Rheinbaben, Studt repräsentiert werden.“

Die jetzige Besetzung der Kolonialamtsposten liefert nur eine neue Bestätigung zu dieser Voraussage.

## Das Land der Skandale.

Tempora mutantur! Welch Wandel der Zeiten, da Deutschland noch als fromme Kinderstube erschien, in der der strenge Hausvater gute Erziehung und die Kinderchen hübsch im Saume hielt, und dem Heute, wo kein Tag vergeht ohne seinen „Fall“ und kein Jahr ohne seinen Skandal.

Mächtiger, prouger und uneingeschränkter als je herrscht in Preußen-Deutschland eine geschlossene Bureaucratie. Manne-geschäftener als je waltet das „persönliche Regiment“. Das deutsche Bürgerthum hat seinen Widerstand aufgegeben, es kümmert sich um Beschäftigung und überläßt der Bureaucratie alle Gewalt in der gesicherten Erfahrung, so am besten vor den Ansprüchen der Arbeiterklasse geschützt zu werden. Die letzten Wahlen vereinigten das Bürgerthum gegen die Arbeiterklasse, im Parlament ist die Opposition verflummt bis auf die sozialdemokratische Fraktion, deren Zahl nicht hinreicht, die parlamentarischen Entscheidungen zu bestimmen. Dem Können und Willen der Bureaucratie ist keine unliebame Schranke mehr gezogen. Sie herrscht allein — und trotzdem diese Unordnung, diese Verwirrung und Unsicherheit in der Leitung der Politik. Doch vielleicht täuschen wir uns. Hat man uns nicht erzählt, daß Nebenregierungen vorhanden wären, daß Zentrumsabgeordnete sich einiger Subalternbeamten angenommen hätten, und daß diese schädlichen Leute die Regierung bei ihren Entscheidungen ständig gehindert hätten? Freilich hat man das erzählt, aber man hat gelogen! Zwar hat es eine Nebenregierung gegeben und ihre Existenz hat zur Auflösung des Reichstages geführt, aber diese Nebenregierung war keine einer Parlamentsfraktion, sondern eine höchst unparlamentarische. Ihr Ehrgeiz hatte ganz andere Ziele als die arbeitslosen Interdiktionsversuche der Herren Czuberger und Noeren.

Standal ist, was man nicht mehr verurtheilen kann. Und so hat es einige Zeit gedauert, bis die Aufklärung über die psychologischen Triebkräfte gekommen ist, die zur letzten Reichstagsauflösung, deren Möglichkeit alle Welt überraschte, geführt haben. Dafür aber erzählt jetzt das deutsche Volk um so genauer, von welcher erhebenden sittlichen und geistigen Motiven sich die leiten lassen, die mit der ganzen Unwiderstehlichkeit und den Dünkel preussischer Autorität Volk und Volkvertretung in die Schranken ihrer Ohnmacht zurückzuweisen wissen, so oft diese verfahren, ihren Einfluß geltend zu machen. Die „Rebenregierung“, die den Fürsten Eulenburg, des früheren Botschafters in Wien, Er. der Freund des Kaisers und Dichters des „Sanges an Regis“, kann Tischreden und Geister beschwören; und diese Eigenschaften scheinen ihm in manchen Hoffreien großes Ansehen verschafft zu haben. Fürst Eulenburg hat nun seine Beziehungen zum Kaiser dazu benutzt, um tüchtig „nebenzuregieren“. In letzter Zeit oberstiel er in Ungnade und ein Mitglied seines Kreises, der Graf Auno v. Molke, wurde, wie wir bereits gestern mitgeteilt haben, deshalb der Stellung als Kommandant von Berlin enthoben. Doch auch der Einfluß Eulenburgs soll gebrochen und Bülow endlich seine Nebenregierung losgelassen sein.

Wie es nun zu diesem Bruch zwischen Eulenburg und dem Kaiser kam, ist ein so charakteristisches Sittenbild, daß es trotz aller unserer Abneigung gegen den Kaiser nicht übergangen werden darf. Wir wollen dabei die „Leipz. Revue Nachr.“ zitieren, die bei Besprechung des Skandals an die Roze-Briefe erinnert und dann fortfährt:

„Nur daß die heutige Affäre noch einen ungleich häßlicheren Charakter besitzt als die früheren Vorgänge, denen wenigstens das sexuelle Moment zu fehlen schien. Jetzt wird man, wenn die Dämme wirklich durchstochen werden, mit Bedauern genötigt sein, über das Problem des Paragraphen 175 des Strafgesetzbuches und über die eigentümlichen Zusammenhänge zwischen Geschlechtsleben und Politik tiefgründige Betrachtungen anzustellen.“

Ueber die Rolle des Fürsten Eulenburg aber berichtet die „Germania“:

Im Oktober 1906 hatte der Kreis um Eulenburg eine neue Kraftprobe vor; Fürst Bülow sollte entlassen werden. An seine Stelle sollte Hellmuth von Molke, der Generalkonsul, als Reichskanzler treten, sich aber nur mit der inneren Politik befassen; für das Äußerliche war ja der Kaiser und Herr v. Tschirschky da. Der Reichskanzler erhielt auch Kenntnis von diesen Bestrebungen, die in einem Kaiserwort variirt wurden: „Nicht drüber weg, sondern unten durch.“ So ungefähr war damals die Lage des Fürsten Bülow. Da erfolgte ein höchst gewagter Gegenzug; es war auch kein Zufall, daß dieser Plan vorzeitig — im „Berliner Tageblatt“, dem Organ Dernburgs des Reiches, publiziert wurde. Der Rücktritt des Reichskanzlers war für die Zeit um Weihnachten herum in Aussicht gestellt. Ein leitender Staatsmann hat damals die Wichtigkeit dieses Artikels gegenüber einem bekannten Politiker zugegeben, und jener Staatsmann stand der Sache nicht fremd gegenüber. Doch die Gegenmine der vorzeitigen Veröffentlichung tat noch nicht ihre Dienste. Da kam am 14. November 1906 die bekannte Interpellation Wasserstroms zustande; gewiß sind Inhalt und Fassung in der nationalliberalen Fraktion selbsteigelt worden, aber die Anregung ging von dem Reichskanzlerpalais aus, dafür sind zuverlässige Zeugen vorhanden. (Die Offiziösen werden es zwar abzuwehren versuchen, wie unsere Darstellung der Ernennung Tschirschky's, aber trotzdem sind beide Angaben zutreffend.) Der Zweck dieser Interpellation war — so haben es die Interpellanten selbst gesagt — gemeinsam mit dem Reichskanzler gegen das „persönliche Regiment“ anzukämpfen; man hat wiederholt versucht, hierfür auch Zentrumsabgeordnete zu gewinnen. Die Rede des Reichskanzlers enthielt denn auch tatsächlich eine ganze Anzahl von Spigen gegen eine gewisse Stelle. Die Eulenburgs konnten jubelnd, ihr Partner gab das Spiel verloren; er suchte noch einen schönen Abgang.

Da aber kam das „politische Versuchslamphen“ Dernburg zu Hilfe; er unternahm den bekannten Ausfall gegen den Abgeordneten Noeren. Wie ein Mann erhob sich die gesamte liberale Presse gegen das Zentrum; wer die Drastizität hinter den Kulissen kannte, der hat nichts anderes erwartet. Jetzt wuchsen die Chancen des Fürsten Bülow, wenn er Dernburg deckte; er tat es. Einer Verständigung über die südafrikanische Frage ging man abseits aus dem Wege; wenn der Reichstag aufgelöst war, konnte man keinen Kanzlerwechsel vornehmen; Fürst Bülow mußte den Wahlsampf zu Ende führen; er tritt, wie Graf Josadowitz im Reichstag sehr treffend bemerkte, um seine politische Existenz. Wir sind auch der Mahnung des Staatssekretärs nachgegeben, die gesamte Auflösung psychologisch zu nehmen.

Der Wahlausfall brachte zwar die Zerschmetterung des Zentrums nicht, jedoch wird man es jetzt auch begreiflich finden, warum Fürst Bülow mit all den hübschen bekannten Mitteln in der Wahl arbeiten ließ. Sein politisches Schicksal hing vom Ergebnis des 25. Januar ab. Und er hatte Glück, daß die Sozialdemokratie so viel verlor. Nun konnte er sich rühmen, daß er mit dieser fertig werde ohne jedes Gesetz. Der Stern Eulenburgs verblühte immer mehr, und da hatte es die dem Kaiser „nahestehende Persönlichkeit“ leicht, wenn nun vollends auf Grund nichtpolitischer Vorlesungen das Tischbuch zerstückelt worden ist.

Diese Enthüllung, deren Wichtigkeit im wesentlichen vom „Berl. Tageblatt“ bestätigt wird, ist nun in vieler Hinsicht interessant. Zunächst beweist sie, wie richtig unsere Auffassung war, als wir den im vorigen Jahre plötzlich losgebrochenen Kampf gegen das persönliche Regiment als einen arrangierten Humpen charakterisierten. Nur waren wir allerdings nicht so früh, hinter dem Arrangement den großen Diplomaten Bülow zu vermuten.

Dann aber, und das ist das Wichtigste, bestätigen diese Enthüllungen, daß die ganze Reichstagsauflösung und der mit so unerhörten Mitteln der patriotischen Hege und der nationalen Begeisterung infingierten und durchgeführte Wahlsampf in der Absicht seines Ueberbers — natürlich nicht in der historischen Wirklichkeit — für einen gleichgültigen und unbedeutenden Diplomaten, der den Reichskanzler des Deutschen Reiches spielt, nichts anderes war als ein Mittel, sich in seiner Stellung zu behaupten gegen den Ansturm einer durch ihre persönlichen Beziehungen zum Kaiser überaus mächtigen Clique. Die Existenz dieser Clique und ihren Einfluß bestätigt übrigens niemand anderes als — das offiziöse Regierungsorgan in einer Notiz, deren Sinn dahin geht, daß Fürst Bülow die Existenz einer „Kamarilla“ zugibt.

## Der Kampf im Bäckergewerbe.

Die Situation.

Der Schlag, den das Bäckersyndikat zugunsten der Bäckereiverbände gegen die tariflosen Bäckereimeister zu führen dachte, ist durch den Bäckerverband parirt worden. Es hat natürlich erhebliche Schwierigkeiten verursacht, noch am Sonnabend in den Abendstunden soviel Hefe herauszuschöpfen, als gebraucht wurde. Aber es ist doch gelungen, kein einziger der Bäckereimeister, welche die Forderungen bewilligt haben, ist wegen Mangels an Hefe in Verlegenheit gekommen und kein Stube dieser Bäckereimeister kramte am Sonntag auf den gewohnten Genuß von Gebäck ver-

zichten. Aus Hamburg soviel wie aus dem Auslande sind größere Sendungen von Hefe eingetroffen und jetzt hat die Streikleitung von diesem Material mehr, als augenblicklich gebraucht wird. Sie verläuft die Hefe sogar billiger, als die Innung, gibt jedoch nur an solche Bäckereimeister etwas ab, welche bewilligt haben. Diese werden durch ein Flugblatt ausdrücklich ersucht, ihren Bedarf an Hefe nur von der Streikleitung zu nehmen, welche augenblicklich 70 Zentner besserer Ware, als sonst in Berlin zu haben ist, vorrätig hat. Weiter teilt die Streikleitung den Bäckereimeistern mit, daß sie, gewilligt durch den Ueberfall des Bäckersyndikats, sich auf die Möglichkeit einer Sperre von Mehl, Butter, Zucker usw. einberufen und durch große Abschlässe in diesen Materialien gesichert hat. Andererseits — heißt es in dem Flugblatt — ist es nicht unmöglich, daß die Arbeiter in den Bäckereifabriken zum Solidaritätsstreik greifen, so daß der Spieß umgedreht wird und die Bäckereien, welche nicht bewilligt haben, eines Tages keine Hefe mehr haben.

Auf die Bäckereimeister, welche bis Sonnabend bereits bewilligt hatten, hat der Beschluß des Bäckersyndikats fast keine Wirkung ausgeübt. Verschwunden wenige haben deshalb ihre Bewilligung zurückgezogen. Jedoch ist anzunehmen, daß mancher Meister, der am Sonnabend noch bewilligt haben würde, sich durch die Drohung seines Hefelieferanten einschüchtern ließ und von der Absicht, zu bewilligen, Abstand nahm. Nachdem aber nun die Sorge um Hefe vorüber ist, sind am Montag bereits wieder eine größere Zahl neuer Bewilligungen eingegangen. — Auch die Hefehändler sind wieder recht zahlreich geworden. Manche von ihnen, der seinen Kunden am Sonnabend die Lieferung von Hefe propfig verweigerte, hat sich am Montag de- und wehmützig zu weiteren Lieferungen erboten. Meistens ist das Angebot der Händler jedoch abgewiesen worden, da die bewilligten Bäckereimeister ihren Hefebedarf bei der Streikleitung decken. Angesichts dieser für die Syndikalistischen unerwarteten Wendung der Dinge sind der Streikleitung von verschiedenen Hefehändlern — auf Umwegen natürlich — Angebote von Hefe gemacht worden. Die Streikleitung mußte derartige Angebote jedoch ablehnen, da sie, wie gesagt, mehr als ausreichend mit Material versorgt ist. — Der Hefering, soweit er sich gegen die Lohnbewegung der Bäcker richtet, ist gesprengt und damit haben auch die Innungsführer eine empfindliche Schlappe erlitten. Hatten sie doch auf die Wirkung des Hefebotschafts große Hoffnungen gesetzt. In einem Flugblatt, welches den Bäckereimeistern den Beschluß des Bäckersyndikats mittheilt, heißt es: „Dieser Beschluß ist am Sonnabend zur Tat geworden und wird vom Montag ab mit aller Strenge durchgeführt.“ — Es wäre so schön gewesen, aber — es ist anders gekommen, können die Innungsführer jetzt sagen.

Wenn man mit Schimpfen und Räsonnieren Kämpfe gewinnen könnte, dann mühten die Innungen längst gesiegt haben. Nicht nur gegen die Leiter des Bäckerverbandes, sondern auch gegen die Meister, welche bewilligt haben, richten die Innungsführer ihre Wutausbrüche. So schreibt der Obermeister Reih Schmidt in der am Sonntag erschienenen „Concordia-Fachzeitschrift“:

„Für derartige Herren (nämlich die, welche bewilligt haben, Red. d. B.) haben wir die größte Verachtung. Sie brauchen sich aber für die Folge auch nicht zu wundern, daß ihnen der Kredit des Kaufmanns ganz entzogen wird, ja ob diese Elemente für die Zukunft noch Hefe zum Baden erhalten, wird die Zukunft lehren. Wir sind infolgedessen gezwungen, den Kampf nach zwei Seiten zu führen. . . Die Feder sträubt sich und empört kann man werden, wenn man sehen muß, daß diese Verräter, Ehrenwortbrecher, wie sie Herr Hefehöld selbst bezeichnet, jetzt alles aus Angst versprechen, um es nachher nicht zu halten. Herr Hefehöld wird sein blaues Wunder mit jenen bekommen, wir haben aber kein Mitgefühl mit diesen charakterlosen Bischen, die bis heute noch nicht mal gelernt haben und nicht wissen, was sie wollen. Es soll ihnen aber nicht gelingen, durch ihre verräterische Handlungsweise die Meisterschaft auseinanderzureißen.“

Wenn solche Worte in einem Arbeiterblatt ständen und gegen Arbeitswillige gerichtet wären, so würde darauf mit Sicherheit eine Anklage und Verurteilung aus § 153 der Gewerbeordnung folgen und Obermeister Schmidt würde jedenfalls die Verurteilung dessen, der so etwas gegen Arbeitswillige schreibt, durchaus billigen. Wir wollen erwarten, ob es der Obermeister auch als selbstverständlich annehmen wird, wenn die Staatsanwaltschaft, die ja die objektive Behörde der Welt sein soll, gegen ihn Anklage erhebt, weil er, wie es im § 153 heißt, durch Drohung und Ehrverletzung jemand zu bestimmten Verurtheilung hat, von einer Vereinbarung der im § 153 gedachten Art zurückzutreten. Oder ist Herr Schmidt sicher, daß der Staatsanwalt einen Obermeister mit anderem Maße mißt, wie einen Arbeiter?

### Rolle Kampfesweise.

Wie es die Bäckereimeister machen, um ihre einsichtigeren Kollegen von der Bewilligung der Gesellschaften abzuhalten, zeigt folgender Vorfall:

Der Bäckereimeister Rahlfuß, Löwestr. 1, hatte beim vorigen Bäckersprei die Forderungen der Gesellen sofort bewilligt. Einige seiner Kollegen gaben ihrem Unmut darüber Ausdruck, daß sie bei dem Genannten einen Ankanaltransportwagen vorfahren ließen, um den verrückt gewordenen Bäckereimeister abzuholen. Beim jetzigen Kampf drohte man dem betreffenden Meister wieder mit der gleichen Aufmerksamkeit, und es ist den noblen Herren auch wirklich gelungen, den Meister R. einzuschüchtern.

### Terrorismus des Bäckersyndikats.

Die Waren-Einkaufsgesellschaft m. b. H. Berlin hat seit dem 23. Februar 1906 bis 23. Februar 1915 einen Vertrag mit der Rosenthaler Preßheseabrik, nach welcher der ersteren täglich bis 35 Zentner Hefe à 23 Mk. ab Breslau geliefert werden muß. In dieser Firma ist der mehrfache Millionär Hamburger in Breslau Hauptbeteiligter. Nachdem die Waren-Einkaufsgesellschaft das Fabrikat bei den Bäckern eingeführt hatte, gründete Herr Hamburger eine Ges. m. b. H. Einige Monate später wurde der frühere Besitzer seines Amtes als Geschäftsführer entzogen und der Herr Hamburger brachte mit dem Herrn Dr. Florian ein Bäckersyndikat zustande. Nunmehr wurde dem Herrn Hamburger der Umsatz garantiert und sollte sich die Waren-Einkaufsgesellschaft allen Bestimmungen des Syndikats fügen, anderenfalls trotz Vertrages derselben Hefe nicht geliefert wird.

Es wurde der Waren-Einkaufsgesellschaft am 18. Februar 1906 gesagt, entweder sie unterschreibe den Vertrag oder sie werde sofort in ganz Deutschland gesperrt. Da die Unterschrift verweigert wurde, wurde die Drohung ausgeführt.

Die Waren-Einkaufsgesellschaft hat nun sowohl beim Landgericht Berlin, als auch beim Oberlandesgericht gewonnen aber Hefe bekommt sie nicht.

So wird gehandelt, damit eine Firma, die sich dem Syndikat nicht beugen will, zu Grunde gerichtet wird.

Nachdem die Waren-Einkaufsgesellschaft gezwungen war, das Bäckersyndikat einzustellen, verschaffte sich deren Direktor Hefe und handelte dieselbe für seine Rechnung. Um diesen aber auch ungeschädlich zu machen, wurden verschiedene Zirkulare verschickt, das letzte, das wir im Wortlaut wiedergeben, beweist wiederum, daß das Syndikat keine Mittel scheut:

Verband deutscher Preßheseabrikanten E. V.  
Berlin, den 26. April 1907  
Leipzigerstr. 129.

P. P.

Von einer vertagangeschlossenen Firma wird uns eine Anfrage eines Herrn

Hermann Reschke, Berlin SO., Köpnickstr. 25, eingesandt, in welcher vorgenannter Herr um billige Offerte in Preßhese zum Wiederverkauf bittet.

Unsere sofort angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß Reschke unter oben angegebener Adresse eine Wäsche- und Wollwarenhandlung betreibt und daß unter diesen Umständen die Vermuthung nur zu begründet erscheint, daß Reschke nur vorgeschobene Person für einen Dritten ist.

Wir glauben nicht fehl zu gehen in der Annahme, daß dieser dritte Mann

Herr Otto Rubin, Berlin, Alexanderstr. 22 ist. Herr Rubin hat mit einer Münchener Gesehndung einen Lieferungsvertrag, der ultimo Mai dieses Jahres abläuft und keinesfalls erneuert werden wird. Herr Rubin wird sich deshalb beizeiten nach Ersatz umsehen, zumal seine Gesehndung infolge ihres hohen Gehalts an Werbefee schon schwierig unterzubringen ist. Wir nehmen daher hiermit Bekanntschaft, unsere ange-schlossenen Händler zu ersuchen, dem vorgenannten

Herrn Reshte, Berlin, Köpnickstr. 25 auf seine Anfrage Gesehndung zu offerieren, noch zu liefern und wiederholen an dieser Stelle auf das dringlichste unsere Warnung, Anfragen nach Gesehndung aus Berlin und Umgebung auf das peinlichste zu prüfen, bevor denselben näher getreten wird. Die Gesehndungsstelle ist nach wie vor bereit, auf Anfrage über etwaige Gesehndungs-unbekannter Personen aus Berlin die entsprechenden Erhebungen anzustellen. Es muß unter allen Umständen die Beschaffung von Konditionsbese Herr Rubin unmöglich gemacht werden, damit derselbe nicht wieder in die Lage kommt, das Gesehndungsgeschäft ernstlich zu beunruhigen; da dieses doch im eigenen Interesse der Händler selbst liegt, erwarten wir nachdrückliche Unterstützung unserer Bestrebungen.

Rubin im Berliner Gesehndungsgeschäft unschädlich zu machen.  
Hochachtungsvoll  
Verband deutscher  
Preßbefensaktivisten von Brigen.

## Polizeiliche Auslieferung an die russischen Henker.

Am Sonntag erwähnten wir, daß nimmere das Schicksal der sämtlichen Opfer der Polizeirazzia vom 23. Mai zur Klammage der Polizei geklärt sei, und daß nur noch Dunkel schwebte über das Schicksal des einige Tage vor dem 23. Mai von der hiesigen Polizei festgenommenen Studenten Josef Leibow. Die sogenannten amtlichen Darstellungen hatten verbreitet, er sei in die Geheimbunds-affäre Karfunkelstein verwickelt und daher in Untersuchungshaft überführt. Heute nun traf bei Bekannten Leibows eine Postkarte von ihm mit dem Poststempel Wilna-Bahnhof, den 19. 5. 07 (d. h. 1. 6. neuen Stils) ein, in der er mitteilt, daß er von der preußischen Polizei bereits am Donnerstag bzw. Freitag voriger Woche an die russische Grenze transportiert, dort der russischen Polizei übergeben und nimmere auf dem Transport nach dem Petersburger Polizeidepartement sei.

Was das Schicksal Leibows in Rußland sein wird, kann man sich bei den russischen Justizbehörden an den fünf Fingern abzählen, die trotz Aufhebung der Feldgerichte keinerlei Rechts-garantien kennen und heute noch genau ebenso verrückt sind, wie sie jemals waren. Und die preußische Polizei weiß das alles natürlich ganz genau.

Ihr Verfahren verdient genau unter die Lupe genommen zu werden. Zunächst verbreitet sie die Meldung, Leibow sei in ein Kriminalverfahren verwickelt. War dies zutreffend, so mußte sie Leibow ebenso wie Frau Straffer nach § 127 des St.-G.-B. binnen 24 Stunden nach seiner polizeilichen Festnahme dem Richter vorführen und in richterliche Haft nehmen lassen. Bei ihm wie bei Frau Straffer ist beides nicht geschehen. Durch diese Falschmeldung erreichte man aber nicht nur eine Irreführung der öffentlichen Meinung, die man so an einen guten Fang der Polizei glauben machen wollte. Man wiegte auch die hier wohnhafte Frau Leibows in den Glauben, daß Leibow aus den Händen der polizeilichen Willkür in die „Obhut“ unserer strafprozessualen Garantien gebracht sei.

Ob Leibow Geld bei sich gehabt hat, konnte bisher nicht ermittelt werden. Wohl aber steht das fest, daß Leibow jederzeit durch seine Frau die zu einer etwaigen Abreise aus Preußen erforderlichen Geldmittel hätte erhalten können. Die Polizei hat dies auch gewußt, jedenfalls wissen müssen. Die Polizei hat also einmal die Ausrede für sich, daß sie infolge der Mittellosigkeit des russischen Studenten sich zu ihrer Auslieferung für berechtigt gehalten habe. Wir haben also wieder einen ganz krassen und schmach-liehen Fall polizeilicher Willkür und polizeilicher Verhüte vor Fensterarbeit der zaristischen Schergen vor uns. Einen Fall, der schämmer liegt, wie die aus den Jahren 1901 und 1902 bekannten Fälle.

In der Auslieferung an Rußland liegt aber an und für sich, von aller Brutalität abgesehen, auch eine Gesehndungswidrigkeit. Die Reichstagsverhandlungen denkwürdigen Angedenkens vom Jahre 1902 und 1903 haben klar ergeben, daß nicht nur nach Auffassung der Sozialdemokratie eine Ausweisung der Polizei mit gleichzeitiger Ueberlieferung an die auswärtige Polizei einer wirklichen Auslieferung gleichzusetzen ist und also, da sie ohne die Garantien eines ordnungsmäßigen Auslieferungsvertrages erfolgt, den Gesetzen und dem Völkerrecht widerspricht.

Die Polizei mag sich jetzt noch so sehr in der Gnade der Kon-servativ-liberalen Paarung sonnen und in der reichstagslosen Zeit gedeckt glauben. Sie kann versichert sein: die Abrechnung kommt; es wird ihr nichts geschenkt werden.

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 3. Juni 1907.

### Das sozialistische Herrenhaus.

Selbst das preußische Herrenhaus, dies mittelalterliche Gebilde, dessen Mitglieder sorgsam auf ihre staatsbehaltende Bestimmung geprüft werden, wird bereits von modernen sozialistischen Ideen angegriffen. Die Regierung mutet diesen treuen Stützen des Privatkapitals einen Schritt zu, der unvermeidlich in seinen Konsequenzen auf die schiefe Ebene und schließlich sogar in den sozialistischen Zukunftsstaat führt.

Das war der Grundgedanke, dem die Freunde der schranken-losen Vergaubeleiheit am Montag in ihrer Bekämpfung der Ver-gesehndungsnovelle Ausdruck verliehen. Bekanntlich hat das Abgeordnetenhaus die Vorlage bereits angenommen, das Herrenhaus hatte sie einer Kommission zur Vorberatung überwiesen, die die Annahme in der Fassung des Abgeordnetenhauses beantragte. Aber so leichtem Herzens wollten die Kohlenmagnaten den Kampf gegen das Privatmonopol im Vergaubelei nicht aufgeben. In den schwärzesten Farben schilderten sie unter Führung des Grafen Ballestrem und des Grafen Zieles-Windler die Folgen der Aufhebung der Vergaubelei. Voller Sorgen um die Zukunft — nicht etwa des Staates, sondern seiner Erben — jammerte der ehemalige Reichspräsident darüber, daß dem Gesetz etwas Sozialistisches beigegeben sei; dies sei der Anfang und es gehe immer weiter und führe schließlich zur Verstaatlichung des ganzen Vergaubelei. In ähnlichem Sinne sprach Graf Zieles-Windler von der sozialistisch-kommunistischen Tendenz des Gesetzes.

Minister Debraud suchte die Befürchtungen der Gegner der Vorlage zu zerstreuen, indem er in Abrede stellte, daß das Ziel des Gesetzes das Staatsmonopol sei. Die Tendenz gehe nur dahin, zu verhindern, daß an Stelle eines Staatsmonopols ein Privatmonopol tritt. Wenn übrigens die Regierung und die Parlamente einmal so sozialistisch gestimmt seien, daß sie an eine Verstaatlichung denken, so würden sie das mit oder ohne diese Vorlage tun. Zweifellos hat der Handelsminister damit recht, und es wird Aufgabe der Sozialdemokratie sein, den Gedanken des Sozialismus immer weiter zu propagieren, freilich nicht den Gedanken des Staatssozialismus, wie er der Regierung und den Konservativ-sozialisten vorzwehlt, sondern den Gedanken der Vergesellschaftung aller Produktionsmittel, wie es das Programm der Sozialdemo-kratie verlangt.

Uebrigens ist das Schicksal der Vorlage noch sehr ungewiß, sie wurde wieder erwarten nach Annahme eines Änderungsantrages noch einmal an die Kommission verwiesen

## Selbsterkenntnis.

Jeden Montag früh erfährt das „Berliner Tageblatt“ sein Lesepublikum durch einen Nachtragsfermen, dessen Aufgabe darin besteht, in möglichst „schön“ geputzten Phrasen dem Leser — nichts zu sagen. Da solche Plauderei jedoch eine Kunst ist, die selbst den Virtuosen nicht immer gelingt, so läßt es sich beim besten Willen nicht verhindern, daß nicht doch hin und wieder mal ein Etwas sich hinein verirrt; natürlich fast stets ein Etwas, das der Verfasser nicht hat sagen wollen. Eben deshalb entbehren solche halb unwillkürlichen Aeußerungen nicht eines gewissen Wertes. So ent-schläpft in der letzten Montagsausgabe des Blattes dem Verfasser besagter Schwabbelei folgendes interessante Geständnis:

„Es gibt im Reichstag, und es gibt besonders auf der liberalen Bank eine große Anzahl feinsinniger und kenntnisreicher Persönlichkeiten, aber diese Vornehmsten und Besten werden mehr und mehr von den subalternen Vielrednern und den ellenbogenharten Fraktionsstreibern in den Hintergrund gedrängt. Man würde die „Blodpolitik“ weniger misstrauen, würde die vielbesungene Paarung weniger unglaublich beurteilen, wenn man auf der liberalen Kommando-Brücke einen staats-männischen Geist und eine kraftvolle Individualität erblicken würde.“

Gewußt haben wir das längst. Aber daß man sich im liberalen Lager selbst so klar darüber ist, das war neu. Ob diese Selbst-erkenntnis der erste Schritt zur Besserung sein wird? Wir zweifeln daran. Da müßten die „subalternen Vielredner“ und die „ellen-bogenharten Fraktionsstreiber“ à la Kopf, Wiemer, Müller-Sagan das Heft nicht gar so fest in Händen halten. —

### Der verkaufte „Bombenwerfer“ von Offenbach.

Einen falschen Griff hat die Offenbacher Polizei getan. Als angeklagter Werfer der Bombe vom 13. Mai hatte sie, wie wir gemeldet, den Schuhmacher Sanger verhaftet, einen Alkoholiker, den niemand ernst nimmt. Wirklich stellte sich auch heraus, daß S. eine Bombe geworfen hatte und dieses furchtbare Verbrechen war er sogar geständig. Aber leider hatte er es zu fast naht begangen und die Bombe sah zwar recht verdächtig aus, war aber mit Säge-spänen gefüllt. Vier Tage lang hat man den S. in Haft gehalten, hat nach allen Richtungen der Windrose telegraphiert, ja den Mann sogar, weil Offenbach nicht sicher genug schien (es hätte ja das Gefängnis gestürzt und S. gewaltsam befreit werden können) in ein sicheres Berlin nach Darnstadt gebracht. Doch schließlich ordnete der Oberstaatsanwalt seine Freilassung an und die ist in aller Stille erfolgt. Und übrig bleibt von allem nur schallendes Gelächter! —

In das Herrenhaus berufen wurde infolge Präsentation des Domkapitels zu Raumburg (Saale) der Senior des Domkapitels, der königliche Staatsminister und Staatssekretär des Innern Graf v. Posadowsky-Wehner an Stelle des am 6. März 1907 verstorbenen Staatsministers und Oberpräsidenten Dr. v. Voeltcher.

### Ein Muster von Stadtverwaltung

führt in dem erst ultramontanen Kachen das Regiment. Vor zwei Jahren machte diese Musterverwaltung von sich reden, als sie arbeitslose Weber, die um Armenunterstützung einkamen, anwies, sich bei einer Firma um Arbeit zu melden, deren Arbeiter im Ausstand waren. Entweder hungern oder an den kämpfenden Klassenangehörigen zum Verräter werden — das war die Wahl, vor die Kachens Stadtverwaltung arbeitslose Bürger stellte. Und jetzt leistet sich das löbliche Stadregiment einen ähnlichen Streich. Die Kachener Bauarbeiter sind im Lohnkampf begriffen. Einige Ausständige fragten beim Stadtbauamt um Arbeit nach. Als auf die Frage, ob sie streikende Bauarbeiter seien, eine bejahende Antwort erfolgte, sagte der diensthabende Ingenieur: „Dann können wir sie nicht einstellen, wir dürfen das nicht.“ Einer der Arbeiter, der vermutete, daß die Stadtverwaltung die vom Arbeitgeberverbande verlangte schwarze Liste angenommen habe, meinte: „Ich stehe doch nicht in der schwarzen Liste.“ Darauf holte der Beamte ein Albenbuch hervor, schlug es auf und erklärte: „Ja wohl, Sie stehen drin, wir dürfen Sie daher nicht aufnehmen.“ Darauf berückte der Bezirksbeamte des christlichen Bauhandwerker-verbands beim Oberbürgermeister vorstellig zu werden. Nach längerem Hin und Her erhielt er schließlich von dem zuständigen Beigeordneten den Bescheid, daß die Verwaltung in der Sache nichts tun könne; die Annahme der schwarzen Liste sei im Einverständnis mit den maßgebenden Personen erfolgt; daran sei nichts zu ändern und die Stadt-verwaltung sehe sich außerstande, Streikende einzustellen!

Das sädliche Beamtentum in Kachen, das aus den Mitteln der Gesamtheit unterhalten wird, stellt sich also hier offen auf die Seite des Unternehmertums und gibt sich her als Volkstretter der kapitalistischen Zeme, die mit schwarzen Listen die Arbeiter ächtet. Dabei muß man wissen, daß der Bauarbeiterausstand in Kachen ausgebrochen ist, nachdem die Unternehmer die Aus-spernung angelündigt hatten, weil die Arbeiter nicht einen einseitig angelegten Tarif annehmen wollten. Dafür ist Kachen eine liberale und das Zentrum hat die Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung.

### Staatsgefährliche Lieder.

Vor einiger Zeit hatte die Vereinigung der freien Jugend-organisationen ihren Vorsitzenden Max Peters beauftragt, eine Liedersammlung für die Jugendlichen herauszugeben. Die färglich unter dem Titel „Lieder für die arbeitende Jugend“ erschienenen harmlosen Lieder scheinen aber nicht den Beifall des Staatsanwalts gefunden zu haben. Das Amtsgericht Berlin-Mitte hat durch Beschluß vom 25. Mai die Beschlagnahme des Liederbuches aus § 130 des St.-G.-B. (Aufreizung verschiedener Klassen zu Gewalttätigkeiten) angeordnet. Aus diesem Anlaß fanden am gestrigen Montagvormittag drei Hausdurchsuchungen statt. Zunächst wurde im Bureau der Berliner Jugendorganisation, Stolauerstr. 13/14, gehaust. Nicht weniger als vier Polizeibeamte, darunter ein Kommissar, waren emsig tätig, die Liederbücher zu finden, um sie zu beschlag-nahmen. Darauf fanden in der Privatwohnung des Herausgebers Max Peters und in der Buchdruckerei von Janitzkowsk Haus-durchsuchungen statt.

Lobias Rihler. In Alfershausen ist am Sonntag der Reichstags- und Landtagsabgeordnete Lobias Rihler (L.) an Herzschlag gestorben. Er ist am 25. November 1853 in Alfershausen geboren und war in diesem Ort 15 Jahre lang Bürgermeister. Im Reichstags-vertrat er seit 1898 den mittelfränkischen Wahlkreis Dinkels-bühl-Zuchtingen.

### Oesterreich.

#### Siebenundachtzig!!

Am 31. Mai sind endlich die Wahlen in Galizien zu Ende gegangen, wenn sich nicht nachträglich herausstellen sollte, daß hier oder da vielleicht noch ein — vierter Wahlgang erforderlich ist. Unseren Genossen haben die letzten Gänge noch 2 Mandate gebracht, so daß sie nimmere über eine Fraktion von 87 Mann verfügen! Die beiden nach-gewählten Genossen sind Moraczewski in Struj und Witzl in Drohobycz, ein um die ruthenische Sozialdemo-kratie hochverdienter Genosse.

Die Wahlrebel der Schlagschützen sind ungeheuerlich. Von Tag zu Tag wird neues Material bekannt, das sich zu stinkenden Riesenbergen aufstürmt. „Unsere 87“ im Parla-ment werden mit der Gorde schon einige Wörtlein zu reden wissen. —

### Von Sonntag meldet der Telegraph:

Zemern, den 2. Juni. Anlässlich der Reichstagswahlen kam es in Jhajer zu großen Skandalen. Die Bauern griffen die Wahlkommission an. Dem Vorsitzenden Jinioti wurden zwei Rippen gebrochen. Einem anderen Vorsitzenden wurde ein Ohr abgerissen. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Wie arg müssen die Banditen es treiben, wenn sogar schon die Bauern um der Wahlen willen rebellisch werden! —

### Frankreich.

#### Ein scharfer Protest.

Paris, 2. Juni. Der allgemeine Arbeiterverband und die Syndikatsvereinigung des Seinedepartements hielten heute eine Versammlung ab, um gegen die Verhaftung der Antimilitaristen Bousquet, Levy, Ward und Yvetot zu protestieren. Hierbei hielt Jaurès eine Rede, in der er sagte, die Regierung habe, als sie diese willkürlichen Verhaftungen anordnete, eine sehr böse Unklugheit begangen: Die Antimilitaristen hätten nur widerholt, was die Minister gesagt hätten! Redner erklärte dann, es sei ein Verbrechen, wenn Arbeiter in Uniform auf Arbeiter in der Bluse schossen. Das einzige Heilmittel sei, daß das Eigentum Gemeingut aller werde. Er fordere die Arbeiter auf, sich in Syndikaten zusammenzuschließen, damit sie die Herren würden. Jaurès ariff dann heftig die Regierung, die reaktionär sei, und die Mehrheit der Kammer an, die noch reaktionärer sei und schloß mit einem Hinweis auf das im Süden des Landes erwachte Proletariat und seinen ungestraften Aufruhr. Eine Tages-ordnung, die gegen die nicht zu rechtfertigenden Verhaf-tungen der Antimilitaristen protestiert, wurde hierauf ein-stimmig angenommen. Die Versammlung verlief ohne Zwischenfall. —

### Die Weinbauern.

Rimes, 2. Juni. Mehr als 200 000 Winger, die in der Nacht aus der Umgegend hier eingetroffen waren, veranstalteten heute eine Kundgebung gegen die Weinfälschungen. Sie durchzogen unter Vortritt von Russkanten und Berantragen von Bauern mit In-schriften die reich beslagte Stadt. Der Führer der Bewegung, Marcellin Albert, wurde kränzlich begrüßt. Nach dem Marsch durch die Stadt wurden Reden gehalten. Marcellin Albert sprach über den Kofstand der jüdischen Departements, die, wenn man ihre Stimme nicht hören wolle, andere Töne finden würden, um sich Gehör zu verschaffen. Zwischenfälle ereigneten sich nicht.

Rimes, 2. Juni. Die Eisenbahngesellschaften haben alle Vor-sicherungen getroffen, um dem Riesenverehr gerecht zu werden. Alle verfügbaren Güterwagen sind requiriert worden. Sämtliche Hotels sind überfüllt. Viele Kundgeber mußten die Nacht im Freien zubringen. Alle Truppen sind zusammengezogen.

Berzignan, 3. Juni. (B. S.) 300 Winger, welche gestern unentgeltlich zu der Demonstration nach Rimes fahren wollten, erkürmten den Bahnhof und bestiegen einen Zug. Gendarmerie schritt ein; sie mußte mit blanker Waffe vorgehen, wobei eine Anzahl Personen verwundet wurden.

Paris, 3. Juni. (W. L. W.) Der Nationalausschuß der sozialisti-schen Parteien fahte einen Beschluß, in welchem er die notleidenden Winger Frankreichs seiner Sympathien versichert und erklärt, die sozialistischen Parteien würden in der Kammer alle Gesetzes-bestimmungen unterstügen, die geeignet seien, die Weinbauern im südlichen Frankreich zu mildern, ohne jedoch in anderen Gegenden die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu vermehren.

Wie Jaurès in der sozialistischen Protestversammlung auf das Beispiel der Winger hinwies, so ein Vater in einer Versammlung der Liga des Widerstandes der französischen Katholiken, die am Sonntag in Paris stattfand. Der Vater forderte die Katholiken Frankreichs auf, sich an den Weinbauern ein Beispiel zu nehmen, die zu hunderttausenden die Regierung zwingen, ihren Forderungen gerecht zu werden. —

### Spanien.

Der Prozeß gegen Ferrer und Genossen hat am 3. Juni in Madrid begonnen. Angeklagt sind 17 Personen; sie werden be-schuldigt, bei dem Bombenattentat, das beim Einzug des neu-vermählten Königs-paares im Mai vorigen Jahres ausgeübt wurde, beteiligt zu sein. Der Hauptangeklagte ist Franzisko Ferrer. Er hat in Barcelona und anderen Städten Kataloniens Schulen eingerichtet, in denen ohne Aufsicht der Pfaffen in modernem Sinne unterrichtet wird. Morral war bei Ferrer, der ein reicher Mann ist, als Bibliothekar bzw. Sekretär angestellt. Zur Zeit des Attentates im Mai 1906 war Morral nicht mehr in Ferrers Diensten. Belastungsmaterial gegen Ferrer hat die Untersuchung weiter nicht zutage gefördert; trotzdem wird die Anklage aufrecht erhalten! Der Haß der Pfaffen gegen Ferrer ist eben ein un-gemein großer, und es wird sicherlich alles geschehen, den viel-geschätzten Mann zu verderben, der sich bemüht, etwas für die Auf-klärung des armen ausgebeuteten, von den Pfaffen verdummten spanischen Volkes zu tun. —

### England.

London, 31. Mai. (Fig. Ver.)

Keine Bespigelung unserer russischen Genossen durch englische Detektivs.

Wir haben nicht im geringsten Anlaß, an den Erklärungen zu zweifeln, die Herbert Gladstone, Minister des Innern, am 27. und am 30. Mai in dieser Angelegenheit im Unterhause abgab. Der Sachverhalt ist eben folgender: Die „Daily News“, eine der lohnhaften und ergebnissten Verteidigerinnen der jetzigen Regierung, brachte die Angelegenheit zur Sprache; sie forderte die Regierung auf, die Sache gründlich zu untersuchen. Durch die offene und unumwundene Erklärung, daß die Regierung niemals ihre Hand zur Bespigelung Andersdenkender reicht, ist die Sache erledigt. Die Vor-gänge, die sich tatsächlich am Kongresslokal abspielten, müssen also doch wohl ohne Wissen und Willen der Regierung passiert sein. Tatsache ist es ja auch, daß sofort, nachdem die „Daily News“ Protest erhoben hatte, die verdächtigen Personen von der Bildfläche verschwanden! Das zeigt den deutschen Genossen von neuem, daß man in England doch eine etwas freiere Luft atmet als im Reichs des „Volkes der Decker und Dichter“!

Als unser Korrespondent diese Zeilen niederschrieb, konnte er nicht ahnen, wie sehr seine letzten Worte zutreffen; denn gerade zur selben Zeit, da Englands Regierung die russischen „Mißgeheimen“ von sich abschüttelte, hat die deutsche Regierung wieder einmal dem Journalismus durch Auslieferung eines russischen „Unterthanen“ in die Hände gearbeitet. Das Nähere hierüber finden unsere Leser an anderer Stelle dieses Blattes.

### Rumänien.

Die allgemeinen Parlamentswahlen begannen am Sonntag mit der Wahl aus dem ersten Wahlkollegium, welches aus der Majorität der Großgrundbesitzer zusammengesetzt ist. Es erhielten von 60 durch dieses Wahlkollegium zu besetzenden Sitzen die Libe-ralen 43, die Konservativen 9 Sitze; acht Stichwahlen sind er-forderlich. —

## Türkei. Revolution.

Konstantinopel, 3. Juni. (Meldung des Wiener I. I. Telegr.-Korr.-Bureaus.) Am 29. v. M. trafen aus Tripolis 1300 Weiraubte in Smyrna ein, von denen 300 aus dem Wilajet Aidin, die übrigen aus Smyrna sind. Die Weiraubten weigerten sich, an Land zu gehen, ehe sie ihren Sold erhalten hätten. Erst am 29. v. M. gelang es, sie in die Kasernen zu bringen. Am nächsten Tage wollte man sie ohne Sold nach Hause schicken. Sie erklärten jedoch, die Kasernen nicht zu verlassen, ehe sie den Sold erhalten hätten. Einige drangen bis zum Militärkommandanten Lewfi Pascha vor, welcher eine Plünderung in der Stadt sowie einen schlechten Einfluß auf die Garnison befürchtete und deshalb Gewalt anwenden ließ, wobei etwa 20 Soldaten leicht verletzt wurden. Auf telegraphische Bitte wurde der Sold angewiesen.

Konstantinopel, 3. Juni. (Meldung des Wiener I. I. Telegr.-Korr.-Bureaus.) Die Meutereien in Ussak sind durch die Soldauszahlung und die Entlassung der Meuterer beendet. —

## China. Aufruhr.

London, 3. Juni. „Morning Post“ meldet aus Schanghai: Die Aufrührer in der Umgebung von Swatau und Amoy morden Beamte, brennen Amtsgebäude nieder und haben sich verschiedener Städte und Distrikte bemächtigt. Der Laotai von Swatau berichtet nur von den Verlusten der Aufrührer aus Furcht, daß durch die von ihnen angerichteten Verwüstungen eine Einmischung des Auslandes herbeigeführt werden könnte.

„Daily Chronicle“ meldet aus Hongkong, daß das englische Geschwader von Japan nach Hongkong zurückberufen und ein japanischer Kreuzer nach Swatau entsandt worden sei. —

## Indien. Die Unruhen.

Lahore, 3. Juni. Die Polizei in Amritsar verhaftete heute den Agitator Ajit Singh, der neulich, als die Haftbefehle gegen die Agitatoren erlassen wurden, der Verhaftung entgangen war.

London, 3. Juni. „Daily Mail“ meldet aus Simla: In Coonah in der Provinz Madras ist es unmittelbar nach dem Besuch eines bekannten Agitators dort zu Unruhen gekommen, die sich gegen die Europäer richteten. Veranlassung war die Züchtigung eines eingeborenen Studenten durch einen Arzt, der von diesem auf der Straße belästigt wurde. Ein Volkshaufen zog darauf vor den europäischen Klub und ließ seine Verhörungsdrum an dem Klubhaus aus. Ein Beamter, der den im Klub Anwesenden mit eingeborenen Polizisten zu Hilfe kam, wurde ebenso wie der Arzt von der Menge tödlich angegriffen und verwundet. —

## Gewerkchaftliches.

### Arbeiterverräterisches Treiben.

Während der jüngst beendeten großen Aussperrung der Holzarbeiter hat der Hirsch-Dunckerische Gewerksverein der Tischler bekanntlich eine schändliche Verräterrolle gespielt. Als der Arbeiter-Schutzverband den Verrechnungskampf gegen den Holzarbeiterverband begann, stellte sich der Gewerksverein auf die Seite der Unternehmer. Er schloß mit denselben ein Abkommen, wonach dem Gewerksverein alles, was der Holzarbeiterverband durch den Kampf erringen werde, ohne weiteres zugestanden werden sollte. Dadurch hatten sich diese Arbeiterverräter, die Erfolge des Kampfes gesichert, ohne an demselben teilzunehmen. Als Gegenleistung für diesen Judaslohn, den die Unternehmer den Hirschen versprochen, hat der Gewerksverein seine Mitglieder während der ganzen Dauer des Kampfes als Streikbrecher den Unternehmern zur Verfügung gestellt und die Vermittelung von Streikbrechern planmäßig betrieben. Der Gewerksverein hat sich also nach besten Kräften bemüht, dem Holzarbeiterverband eine Niederlage bereiten zu helfen.

Aber es ist trotz alledem anders gekommen. Der Holzarbeiterverband hat einen langwierigen und schweren Kampf gegen das vereinigte Unternehmertum geführt, und als der Kampf beendet wurde, hatte der Holzarbeiterverband keine Niederlage erlitten, sondern er konnte mit einem Erfolge abschließen, der unter den gegebenen Verhältnissen als betriebliegend angesehen werden kann. Jetzt, nachdem wenige Wochen seit dem Friedensschluß mit den Unternehmern vergangen sind, verbreitet der Gewerksverein in den Tischlereibetrieben ein Flugblatt, wodurch er die Verräterarbeit, die er im Kampfe ausübte, nach einer anderen Richtung hin forsetzt. Jetzt bemüht sich der Gewerksverein, die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes gegen ihre Leitung aufzuheben, sie dem Verbands abwendig zu machen und sie seinen eigenen Reihen zuzuführen. Derselbe Gewerksverein, der im Bunde mit den Unternehmern auf eine Niederlage des Holzarbeiterverbandes hinarbeitete, räsonniert jetzt darüber, daß der lange und opferreiche Kampf keine Erfolge gebracht habe und daß die großen Opfer, die der Holzarbeiterverband brachte, nutzlos gewesen seien. Fünf Prozent Lohnerhöhung, Setaufhebung der Abschlagszahlung, das sind dem Gewerksverein nur Scheinerfolge, und die nach zwei Jahren eintretende Verfüllung der Arbeitszeit um eine Stunde bedeutet dem Gewerksverein nichts weiter, als eine Schwächung des Einkommens.

Die arbeiterverräterischen Hirsche mögen nicht begreifen, daß der Erfolg des Kampfes für die Arbeiter weniger auf materiellem als auf moralischem Gebiete lag. Der Holzarbeiterverband war ja der Angegriffene, der den Kampf, welchen die Unternehmer ins Werk setzten, lediglich in der Verteidigungsposition führte. Wenn es dem Holzarbeiterverband gelang, den mit zäher Ausdauer geführten Angriff zurückzuweisen und noch dazu einige Verbesserungen im Arbeitsverhältnis herauszuschlagen, so ist das ein Erfolg von nicht geringer Bedeutung.

Es ist ein eigenartiges Schauspiel, wenn die Verräter der Arbeitersache sich jetzt zum Anwalt der Arbeiterinteressen aufwerfen wollen. Das tut der Gewerksverein nämlich. Er, der sich während des Kampfes als Streikbrecherorganisation im Dienste des Unternehmertums hervorgetan hat, will jetzt den Holzarbeitern klar machen, daß die Taktik ihres Verbandes eine verfehlte war. Der Gewerksverein scheint zu glauben, jetzt sei die rechte Zeit, um Uneinigkeit in den Reihen des Holzarbeiterverbandes zu stiften und dabei Mitglieder für sich zu fangen. Das ist nämlich der einzige Zweck, den der Gewerksverein mit seinem Flugblatt verfolgt. Er will sogar den Mitgliedern, die zu ihm übertraten, die im Holzarbeiterverband erworbenen Rechte gewähren, ihnen ihre Mitgliedschaftsdauer anrechnen usw.

Während des Kampfes betrieb der Gewerksverein offenen Verrat. Nach beendeten Kampfe betreibt er die Zersplitterung der Arbeiterorganisation. Erfolg wird er allerdings nicht haben, denn eine Organisation, die sich so offenkundig und so schwer an den Interessen der Arbeiter veründigt hat, wie der Gewerksverein bei der Holzarbeiteraussperrung, kann kein einflussreicher Arbeiter als die Vertreterin seiner Interessen ansehen.

## Berlin und Umgegend.

### Ein Arbeiterheim.

Der Verband der Gastwirtsgehülfen hat in Berlin nun auch ein eigenes Heim. Im Hause Große Hamburgerstr. 18/19 sind die erforderlichen Räume auf 10 Jahre gepachtet worden. Es sind vorhanden große Restaurationsräume für den allgemeinen Verkehr, dazu ein großer, schöner Garten mit circa 450 Sitzplätzen, in dem die Partei- und Gewerkschaftsgenossen mit Familie angenehme Erholung finden können. Für gute Verpflegung ist durch Anstellung eines tüchtigen Restaurateurs und eines erfahrenen Kochs Sorge getragen. Das Küche und Keller Gutes preiswert bieten, davon haben sich am Sonnabend eine Reihe Angestellter aus der modernen Arbeiterbewegung überzeugt. Sie folgten einer freundlichen Einladung des Verbandes und alle Teilnehmer waren von dem Gebotenen angenehm überrascht.

Die unteren Räume dienen lediglich dem Restaurationsverkehr. Ein kleiner Saal, ca. 150 Personen fassend, steht Vereinen und Gewerkschaften zu Versammlungen und Festlichkeiten zur Verfügung. In der ersten Etage befinden sich die Bureaus der Berliner Ortsverwaltung, ein großes Sitzungszimmer, ein Verkehrslokal für die Verbandsmittglieder, wo sie alle Bequemlichkeiten genießen, ohne gezwungen zu sein, irgend etwas zu verzehren. Ferner ist vorhanden ein großes Lesezimmer.

Fremdenzimmer, das Bureau der Hauptverwaltung, das ebenso wie die übrigen Räume mit modernen Einrichtungen versehen ist, und die Wohnung des Dekanons befinden sich in der II. Etage. Falls sich die Lokalitäten als nicht ausreichend erweisen, was hoffentlich bald eintreten wird, stehen laut Vertrag weitere Räume zur Verfügung.

Der Verband der Gastwirtsgehülfen hat in der letzten Zeit erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen; die Berliner Verwaltungsstelle ist bereits auf 1600 Mitglieder angewachsen, ausschließlich der kürzlich gegründeten Sektion für Hilfspersonal. Die Erwartung der Verwaltung, daß durch die Gründung eines eigenen Heimes das Tempo des Fortschritts noch beschleunigt wird, teilen wir vollständig.

Als Beweis dafür, daß mit der Gründung einem Bedürfnis gebient ist, sei nur die eine Tatsache erwähnt, daß der Verwaltung mehrere Gesuche um Ueberlassung von Bureauräumen für andere Organisationen vorliegen, dem leider nicht entsprochen werden konnte.

### Sur Tariffrage der Bootsbauer.

Wir berichteten am letzten Freitag über Differenzen aus dem Vertrage, der zwischen dem Verband der Boots- und Jachtwerften von Berlin und Umgegend und dem Verein der Schiff- und Bootsbauer besteht. Es handelte sich um die Berechnung der Ueberstunden. Jetzt ist nun die Schlichtungskommission (drei Arbeitgeber und drei Arbeitnehmer) wieder beisammen getreten und hat eine maßgebende Festlegung hinsichtlich der fraglichen Bestimmungen getroffen. Die protokolllarisch festgelegt wurde, bleibt es betreffs der Ueberstunden bei der Fassung des Tarifs der Arbeitnehmer vom 7. März 1907. Danach sind als Ueberstunden mit den tarifmäßigen Aufschlägen zu bezahlen die Stunden, die die tägliche Arbeitszeit von 10 Stunden überschreiten. Hiermit ist seitens der Vertretung der Arbeitgeber zugestanden, was die Arbeiter verlangten. Auch diese Bestimmung soll, wie die übrigen des Vertrages, vom 1. März 1907 ab Gültigkeit haben, so daß die Arbeiter, welche etwa infolge fehlerhafter Auslegung der Bestimmung seit dem 1. März für Ueberstunden zu wenig erhalten hätten, zu entsprechenden Nachforderungen berechtigt wären. — Durch protokolllarische Festlegung wurden auch noch einige andere Fragen geregelt, die mit den erwähnten Differenzen zusammenhängen. — Eine Versammlung der Bootsbauer, die am Sonntag in ihrem Vereinslokal in der Straßauer Allee stattfand, erklärte sich durch Beschluß mit dieser Erledigung der Angelegenheit einverstanden. — Was die speziellen Differenzen mit dem Unternehmer Deutsch betrifft (siehe Nummer vom Freitag), so hielt die Versammlung es für angebracht, durch ausdrücklichen Beschluß offiziell die Sperre über den Betrieb zu verhängen.

Man erörterte dann den Streik auf der „Deutschen Duffalower“. Den Anlaß zu dem eine Woche währenden Streik gab unter anderem, daß der Unternehmer eine Abmachung mit seinen Arbeitern, wonach die Arbeitszeit früher beginnen und früher enden soll wie vordem, wieder rückgängig machen wollte. Die Arbeiter verlangen, daß an der Vereinbarung festgehalten werde. Außerdem fordern sie: Anbringung einer Schutvorrichtung an der Bandsäge, bessere Arbeitsgelegenheit und einen Schrank für die Sachen. — Es hat sich noch kein Streikbrecher gefunden. Man erwartet bestimmt einen Sieg.

**Verichtigung.** Eine uns zugegangene, Karl Kullde, Köpfer, unterzeichnete Karte enthält folgende Verichtigung: „Ich habe mit keinem Fuß die Wärderei betreten!“

### Lohnbewegung der Rheinschiffskapitäne.

Das Maschinen- und Kesselpersonal der Schleppl- Güter- sowie der Dampferboote des Rheinstroms ist in eine Lohnbewegung eingetreten. In 92 Firmen wurde folgender Lohnstarif eingeleitet: Es wird in der Hauptsache gefordert: Lohn, wöchentlich: für I. Maschinisten 42,50 M., für II. Maschinisten 35,00 M., für III. Maschinisten 32,00 M., für Heizer 28,00 M. Die Löhne bestehen sich als Mindestlöhne. Höhere Löhne als die oben geforderten dürfen nicht gefürzt werden. Die Arbeitszeit darf 8 Stunden täglich nicht überschreiten. Ueberstunden, die unbedingt notwendig werden, sind für die Maschinisten mit 60 Pf. und für Heizer mit 50 Pf. für jede angefallene Arbeitsstunde zu vergüten. Als Ersatz für die in die Fahrzeit fallenden Sonn- und gesetzlichen Feiertage wird gefordert: daß Schleppldampfer in der Zeit von Sonnabend nachmittags 2 Uhr bis Montagmorgens mit Sonnenaufgang keine Schiffe aufnehmen bezw. die Reise antreten dürfen. Ebenso darf nach 2 Uhr Sonnabendnachmittags kein Wechsel der Schlepplzüge vorgenommen werden. Für Güterdampfer, die keine Passagiere befördern, wird verlangt, daß dieselben an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen nach ihrer Einladung die Reise keineswegs am selben Tage, sondern erst am anderen Morgen mit Sonnenaufgang fortsetzen dürfen. Für Hafenboote ist vollständige Sonntagsruhe durchzuführen. Sind Maßregeln zu treffen, die zum Schutze des Lebens und der Gesundheit des Fahrpersonals dienen, Anstellung eines von Renape-Rannes, Einrichtung von Wasch- und Klosettäumen. Bei Einstellung von Maschinenpersonal ist der Arbeitsnachweis des Zentral-Verbandes der Maschinisten und Heizer zu benutzen.

Für die Dauer der Lohnbewegung sind sämtliche Hafenstädte des Rheines zu meiden. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Nachdruck gebeten.

### Deutsches Reich.

#### Lohnbewegung der Straßenbahner.

Die Schaffner, Fahrer usw. der „Großen Berliner Straßenbahn“ erstreben eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage an. Sie haben in ihrer letzten Versammlung Forderungen aufgestellt und diese dem Direktor Rade unterbreitet. Die Vorlegung der Forderungen geschah in der letzten Vertrauensmännerkonferenz. Hier lehnte der Direktor Rade die Forderungen ab und erklärte: „Was die beflagte Mitarbeit der Frau anbelangt, so sei dies doch kein Unglück; es gewährt doch für gesunde und kräftige Frauen eine gewisse Genugtuung, für die Erhaltung der Familie mit tätig sein zu können.“

Die Straßenbahner haben nun ein Flugblatt in tausenden von Exemplaren unter ihre Kollegen verteilt, in welchem es heißt: „Will die Gesellschaft nicht gutwillig eine Aufbesserung des Lohnes zugestehen, so werden wir sie dazu zwingen.“

Weiter heißt es: „Der Straßenbahner kann leider auf die Mitarbeit seiner Frau schon in normalen Eheverhältnissen nicht verzichten, will er sich und seiner Familie in der Ernährung gerecht werden. Es bleibt eben der Hausfrau keine Wahl. Ohne Rücksicht auf ihre sozioökonomischen in diesen Fällen reichlich in Anspruch genommene Arbeitskraft als Hausfrau und Mutter, ohne Rücksicht auf ihre durch lange Arbeit in den Jugendjahren geschwächte Widerstandskraft und Gesundheit hat sie etwa noch verbleibende freie Stunden und halbe Nächte fernere Arbeit zu opfern, um trotz reichlicher, verantwortungsvoller Tätigkeit ihres Mannes, die Familie nur ernähren zu helfen.“

Zu heute (Dienstag) abend ist eine große Versammlung der Straßenbahner und deren Frauen nach Dräsel's Festsaal einberufen worden, die zu der Lohnforderung und dem Ausspruch des Direktor Rade Stellung nehmen wird. Straßenbahnerfrauen, deren Mann infolge Ausübung des Dienstes der Versammlung fern bleibt, werden ersucht, trotzdem derselben beizuwohnen.

**Streik der Bau- und Erdarbeiter.** In Würzburg wurden im vergangenen Winter die Löhne der Bau- und Erdarbeiter stark reduziert, so daß die Stundenlöhne 22 bis 28 Pfennig betrugen. Jetzt verlangen die Arbeiter eine Erhöhung ihrer Löhne, aber die Unternehmer gaben nicht einmal eine Antwort, weshalb circa 400 Arbeiter in den Streik traten.

### Zu Tode gearbeitet.

In Kulmbach ist die große Fleischwarenfabrik von H. u. B. Saucmann, die ihre Produkte nach allen Himmelsrichtungen versendet, die Firma beschäftigt ein Heer von Metzgergesellen, die unter schlechten Verhältnissen leben, von früh 4 Uhr bis abends 8 Uhr arbeiten müssen und dafür einen ganz bescheidenen Lohn erhalten. Alle bisherigen Versuche, Besserung zu schaffen, wurden von der Direktion durch Entlassung der „Nadelsticker“ vereitelt. Das wurde ihr leicht, da die Arbeiter keine starke Organisation hinter sich hatten. Darin hat nun ein trauriger Fall plötzlich eine Aenderung gebracht. Ein Arbeiter legte sich abends in äußerst erschöpftem Zustande zu Bett und stand nicht wieder auf. Das bewirkte, daß die Arbeiter sich endlich aufbäumten und Verfürzung der Arbeitszeit um zwei Stunden und Bezahlung der Ueberstunden mit 90 Pf. verlangten. Diese sicherlich bescheidene Forderung wurde von der Direktion scharf abgelehnt; als sie aber sah, daß es ernst wurde und die Arbeiter einmütig in den Streik traten, bequeme sie sich zur Bewilligung aller Forderungen.

**Kampf im Baugewerbe.** Nächsten Donnerstag treten in Weihenfeld 500 bis 600 Maurer in den Ausstand, weil die von ihnen geforderte Erhöhung des Stundenlohnes von 45 auf 50 Pfennig abgelehnt worden ist.

**Aussperrung.** Am letzten Freitag wurden 75 Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Waldorf-Historia Comp. Zigarettenfabrik Stuttgart ausgesperrt. Die seit dieser Zeit seitens der Kommission der Aussperrten verlaufenden Verhandlungen hatten, soweit solch nicht abgewiesen wurden, keinen Erfolg.

### Ausland.

#### Streik der Seeleute.

Ueber die Ausstandsbewegung in den Häfen liegen uns folgende Meldungen vor:

**Amsterdam, 3. Juni.** Die streikenden Seeleute bleiben auf ihren Forderungen bestehen, doch dürfte, allem Anschein nach, in Kürze der Konflikt gütlich aus der Welt geschafft werden.

**Paris, 3. Juni.** Prof. Abgeordnete der eingeschriebenen Seeleute sind aus verschiedenen Häfen heute hier eingetroffen; sie werden heute nachmittag eine Besprechung mit dem Minister haben. — Wie aus Bordeaux gemeldet wird, liegt dort die Schifffahrt vollständig still; nur die Posten, die den internationalen Dienst versehen, haben es abgelehnt, sich dem Ausstande anzuschließen. — In Collioure (Pyrenées Orientales) haben die eingeschriebenen Seeleute sich abgemüht lassen.

**Aussperrung.** In Schwemningen wurden von den in der Metallindustrie beschäftigten Arbeitern 1700 wegen Lohnstreitigkeiten ausgesperrt.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Berschlüßelt.

**Königshütte, 3. Juni. (W. G.)** Auf der Deutschlandgrube wurden durch einfallende Gesteinsmassen drei Arbeiter verschüttet, zwei Tote wurden geborgen.

### Vom Schnellzug überfahren.

**Saarbrücken, 3. Juni. (W. G.)** Auf der Strecke Metz—Saarbrücken wollte mittags auf der Schanzenbergbrücke ein italienischer Bahnarbeiter die Gleise überschreiten; er wurde von einem Schnellzug erfasst und getötet. Der zu seiner Hilfe herbeieilende Kottenführer Birkenhauer von Burbacher Hütte wurde ebenfalls getötet.

### Drohende Aussperrung in der Uhrenindustrie.

**Schwemningen, 3. Juni.** Eine Versammlung der in der Uhrenindustrie beschäftigten Arbeiter beschloß, die Erklärung der Fabrikanten nicht zu akzeptieren. Dadurch ist die Aussperrung von 10500 Arbeitern in 70 Betrieben des Schwarzwaldes sehr wahrscheinlich geworden.

### Sicherung des Wahlrechtes.

**Paris, 3. Juni. (W. T. W.)** Die Deputiertenkammer nahm heute den Gesetzentwurf zur Sicherung der geheimen Stimmabgabe und der Redlichkeit der Wahloperationen an.

### „Wohltollen“ statt Verbesserungen.

**Paris, 3. Juni. (W. T. W.)** Die Marinekommission der Deputiertenkammer empfing heute eine Abordnung der eingeschriebenen Seeleute, die erklärte, daß sie die ihre Verhältnisse betreffende Regierungsvorlage für ungenügend ansehe. Die Abordnung ersuchte die Kommission, ihr das Versprechen zu geben, die Vorlage in befriedigender Weise abzuändern, damit durch dieses Versprechen der Ausstand sein Ende erreiche. Der Vorsitzende der Marinekommission erwiderte, die Kommission werde die die Seeleute betreffende Vorlage mit Wohltollen prüfen, er könne jedoch keine Hoffnung machen, daß das Parlament eine Vorlage annehme, welche mit größeren Ausgaben als die der Regierungsvorlage verbunden wäre und forderte die Seeleute auf, den Ausstand zu beenden, der ihnen nur das Wohltollen, das die Regierung für sie begehre, rauben würde.

### Der Streik der französischen Seeleute.

**Havre, 3. Juni.** Der Ausschuß der eingeschriebenen Seeleute wird bei dem Subdit der Seeleute von Southampton Schritte unternehmen, damit die englischen Schiffe das Umladen der gegenwärtig in Havre weilenden Auswanderer in Southampton an Bord anderer Schiffe verweigern, die eingeschriebenen Seeleute von Cherbourg werden sich ebenfalls bemühen, zu verhindern, daß die Auswanderer sich an Bord der Schiffe der Hamburg-Amerikanische einschiffen. Heute vormittag kam es zwischen Fischhändlerinnen und Frauen von Ausländern, welche die Fische in einen Bach warfen, zu Zusammenstößen. Drei Personen wurden verhaftet. Paul Singer & Co., Berlin SW. Dierau 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

# Der Kampf im Berliner Baugewerbe.

Die Puher waren an dem Tarifverträge, welcher im Baugewerbe bestand, nicht beteiligt, sie haben auch keine Forderungen an die Unternehmer gestellt und diesen in keiner Weise Anlaß zum Konflikt gegeben. Trotzdem hat der Verband der Baugeschäfte die Puher in den gegenwärtigen Kampf hineingezogen, indem er beschloß, die angefangenen Putzarbeiten fertigstellen zu lassen, neue Arbeiten aber nicht mehr auszugeben. Hierdurch ist die Ausfertigung, wenn auch nicht sofort, so doch nach und nach auf die Puher ausgebeutet worden. Zu dieser, durch das Vorgehen der Unternehmer geschaffenen Situation nahmen die beteiligten Organisationen am Sonntag Stellung.

Die Sektion der Puher des Zentralverbandes der Maurer hielt ihre Generalversammlung im Reichersaal ab, der bis auf den letzten Platz gefüllt war. Der Referent Dähne sagte unter anderem: Bis jetzt haben die Puher eine abwartende Haltung eingenommen, weil sie nicht wußten, wie sich die Unternehmer ihnen gegenüber verhalten werden. Jetzt hat sich die Situation geklärt und nun tritt an die Puher die Frage heran, wie sie sich unter den gegebenen Umständen zu verhalten haben. Dadurch, daß die angefangenen Arbeiten fertiggestellt, neue Arbeiten aber nicht angefangen werden, ist wohl dem Interesse der Unternehmer gedient, aber die Puher werden dadurch nach und nach arbeitslos. Die Unternehmer verfahren mit den Puhern so, wie der Mann, der seinem Hunde den Schwanz stückweise abhackt. Die Puher können dem nicht ruhig zusehen. Sie sind es ihrer Selbsterhaltung schuldig, nicht so lange zu warten, bis sie nach und nach von den Unternehmern abgeschlachtet worden sind. Selbst diejenigen Puher, die noch arbeiten, sind dadurch in eine unangenehme Lage gekommen, daß die Unternehmer die Hilfsarbeiter der Puher ausperren und ihnen ungeübte Kräfte oder auch Lehrlinge als Hilfsarbeiter geben. Die Unternehmer beabsichtigen also, die Puher nach und nach arbeitslos zu machen, und wenn diese Absicht ausgeführt ist, scheint den Unternehmern vielleicht die Zeit gekommen, beim Abschluß neuer Arbeiten das Arbeitsverhältnis der Puher zu verschlechtern. Unter diesen Umständen fühlen sich die Puher nicht verpflichtet, die Arbeiten fertig zu machen, welche die Unternehmer fertiggestellt haben möchten. Eine weitere Zurückhaltung könnte nur schaden. Aus diesen Gründen schlägt die Sektionsleitung vor, daß die Puher auf allen Arbeitsstellen, wo die Unternehmer ausgeperret haben, sowie da, wo die Forderungen der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter nicht bewilligt sind, am Montag die Arbeit niederlegen. Zu diesem Vorgehen sind die Puher durch die Taktik der Unternehmer gezwungen. — Die Sektionsmitglieder, welche bereits durch den Kampf in Mitleidenschaft gezogen sind, werden als Gemäßigtere betrachtet und erhalten vom ersten Tage der Arbeitslosigkeit ab die Unterstützungssätze des Orisstatuts. Vom Montag ab treten die Bestimmungen des Verbandsstatuts über die Unterstützung in Kraft.

Die Vorschläge des Referenten fanden lebhaften Beifall. Auch die Diskussionsredner stimmten denselben zu. Einige Redner wollten, daß diese Gelegenheit benutzt werde, um mit Forderungen gegen die Unternehmer vorzugehen. Davon riet Dähne jedoch entschieden ab. Die Puher wollen aus diesem Kampfe keine Vorteile für sich ziehen, sie wollen nur die Taktik der Unternehmer durchkreuzen und ihre Solidarität mit den übrigen Bauberufen bekräftigen. — Schließlich nahm die Versammlung die nachstehende Resolution fast einstimmig an:

„Da durch den Beschluß des Verbandes der Baugeschäfte Berlins und der Vororte vom 10. Mai d. J. nur die angefangenen Putzarbeiten fertiggestellt, neue Arbeit aber nicht mehr ausgegeben werden dürfen, damit also der ausgesprochene Zweck erreicht werden soll, die Puher nach und nach in kürzester Zeit arbeitslos zu machen und Uneinigkeit in ihre Reihen zu bringen; da ferner schon jetzt ein Teil der in Frage kommenden Arbeitgeber in geradezu bestialischer Weise den Puhern die geübten Hilfskräfte entzogen resp. dieselben ausgesperret und durch ungeübte resp. Lehrlinge hat ersetzen lassen, wodurch schon jetzt ein Teil der Puher in Mitleidenschaft gezogen ist. — Unter Feststellung der Tatsache, daß diese Maßnahmen vom Verband der Baugeschäfte getroffen sind, trotzdem die Puher Forderungen nicht gestellt haben, beschließt die Generalversammlung der Sektion der Puher des Zentralverbandes der Maurer: Zur Abwehr gegen die Maßnahmen des Verbandes der Baugeschäfte am Montag, den 3. Juni, überall da die Arbeit einzustellen, wo die Arbeitgeber die Angehörigen der Baugruppe ausgesperret resp. die neuen, am 26. Mai beschlossenen Forderungen nicht bewilligt haben. Die Versammlung erklärt sich mit den ausgesperreten solidarisch und beschließt, nur da die Arbeit wieder aufzunehmen resp. weiterzuführen, wo die Ausfertigung aufgehoben resp. die am 26. Mai beschlossenen Forderungen durch schriftliche Erklärung des bisherigen Inhabers des Baugeschäftes anerkannt sind. Die Versammlung erwartet von jedem Kollegen, daß er die Beschlüsse ungefäumt zur Ausführung bringt.“

Auch die in der Freien Vereinigung der Maurer organisierten Puher Groß-Berlins haben am Sonntag beschlossen, die Arbeit vom Montag, den 3. Juni, ab überall da einzustellen, wo die Forderungen der anderen baugewerblichen Arbeiter nicht bewilligt sind oder ausgesperret worden ist. Für die Malerpuher, Gips- und Zementarbeiter, die ja in einem Vertragsverhältnis zum Unternehmerverband stehen, gilt der Beschluß nicht. — In der Versammlung, die bei Ball in der Dragonerstraße tagte, teilte der Referent Wehler u. a. mit, daß, nachdem auch die bei den Berliner Kanalbauern tätigen Maurer Forderungen auf 5 Pf. Lohnzulage und eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung stellten, der Unternehmer sich bereit erklärte, zu bewilligen, der Berliner Magistrat dies jedoch verhinderte, sich also in einem bedauerlichen Gegensatz zu dem anerkanntwertigen Verhalten des Norddecker Magistrats stelle. Der Redner erwähnte ferner, daß am Freitag auf einem Bau in der Amsterdamerstraße ein Einsturz erfolgte, der auf unverantwortlich leichtfertige Akkordmaturerei zurückzuführen sei. Nur bei besonderen Umständen ist es zu verdanken, daß die Bauarbeiter sich noch rechtzeitig vor dem zusammenstürzenden Wogen in Sicherheit bringen konnten.

Die Sektion der Puherträger vom Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter versammelte sich am Sonntagmorgen in Obliquo Saal, Schwedlerstraße, um zu beschließen, welche Stellung sie in dem gegenwärtigen Kampfe einnehmen wollen. Ribow referierte über die Lage und trat dafür ein, daß die Puherträger gemeinsam mit den Puhern vorgehen, sobald die letzteren das Signal dazu geben. Nach Beratung mit den Vertrauensmännern machte die Streikleitung den Vorschlag, daß auf allen Bauplätzen die Puherträger am Montag in den Streik treten, wo die Puher die Arbeit niederlegen. Die Streikenden sollten sich sofort nach den Kontrollstellen geben, um Meldung zu erhalten. In der Diskussion gab sich eine starke Unzufriedenheit damit kund, daß die Träger verpflichtet sein sollen, sich nach den Puhern zu richten. Man beantragte das Recht, selbständig vorzugehen, denn so sehr man bereit ist, den Puhern zu helfen, will man zugleich die Forderung von 60 Pf. Stundenlohn für die Bauhilfsarbeiter durchsetzen. Der Vorschlag der Streikleitung wurde angenommen, aber dahin amendiert, daß zugleich die Forderung von 60 Pf. erhoben wird und die Arbeit ruhen soll, wo diese Forderung nicht erfüllt wird. Ribow teilte zur Beruhigung mit, daß bereits neue

Tarifverträge gedruckt seien, um diese Forderung der Bauhilfsarbeiter bei allen neu abzuschließenden Verträgen zu berücksichtigen und daß auch die Maurer und Zimmerer dafür eintreten werden.

In der Sonntagnummer unserer Zeitung ist durch einen Druckfehler die Zahl der zu den neuen Bedingungen arbeitenden Maurer auf 7057 angegeben. So erfreulich die Sympathieerklärung des Druckfehlerbogens für die Arbeiter auch ist, entspricht sie doch nicht den Tatsachen. Nach der gestrigen Aufstellung des Zentralverbandes der Maurer sind 9207 Maurer in den Streiklisten eingetragen. Arbeitsverträge zu den neuen Bedingungen sind mit 432 Unternehmern abgeschlossen und arbeiten etwa 2000 Maurer zu den neuen Bedingungen. Im Streik befanden sich gestern 5312 Mann.

## Vom 5. Parteitag der sozialdemokratischen Partei Rußlands.

Die drei Berichte des Zentralkomitees entsprechen ihrem Inhalt nach den haupttätlichen Richtungen in der Partei. Der offizielle Bericht ist vom Standpunkt der Menschewits verfaßt und ist auf die Begründung der Taktik des Zentralkomitees gerichtet, enthält aber auch zahlreiche Ausfälle gegen die Bolschewits, die beschuldigt werden, die Beschlüsse des Zentralkomitees mit Füßen treten und ihnen stets entgegengeköpft zu haben, so daß die Arbeiter des Zentralkomitees darunter erheblich zu leiden hätten. Der Korreferent der Menschewits schiebt im Gegenteil die ganze Schuld auf das Zentralkomitee selbst, das in Wirklichkeit nicht die Vertretung der Partei, sondern nur der menschewitschen Fraktion gewesen sei; seine ganze Taktik sei grundfalsch, weil nicht revolutionär, sondern opportunistisch. Die seinerzeit ausgegebene Lösung des „verantwortlichen Ministeriums“, die Kompromisselei mit den Kadetten während der Wahlkampagne seien schlagende Beweise dafür. Der dritte Berichtsteller, ein Vertreter des „Bundes“ im Zentralkomitee, vermag keiner einzelnen Fraktion die ganze Schuld aufzubürden: eine normale Arbeit des Zentralkomitees sei unter den gegenwärtigen Zuständen, wo die Partei formell einig, aber faktisch in zwei feindliche Lager gespalten ist, von denen jedes das andere mechanisch unterzukriegen sucht, ein Ding der Unmöglichkeit; nicht die Personen oder die einzelnen Parteirichtungen tragen die Schuld, sondern das ganze Parteileben, das solange nicht gesunden werde, als nicht das Parteiinteresse über das Fraktionsinteresse siegt.

In der Diskussion wurde dieser Standpunkt nachdrücklich von allen nationalen Organisationen betont — trotz ihres durchaus verschiedenartigen Verhaltens zum Menschewismus, als theoretischer und faktischer Richtung. Die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Fraktionen entbehrten aber leider oft der Sachlichkeit, deren es bedürft hätte, um die Debatten auf der gebührenden Höhe zu erhalten, und beide Seiten wurden im Laufe von ganzen zwei Tagen nicht müde, einander ihr Sündenregister vorzuhalten. Es war klar, daß kaum eine Einigung auf einer bestimmten Resolution zustande kommen würde, und so einigte man sich, um es nicht gleich bei dem ersten Punkt der Tagesordnung zu einem Bruch kommen zu lassen, auf eine einfache, sich jeden Ausdruck von Mißbilligung oder Vertrauens enthaltenden Lebergangssformel, die von den Vertretern des „Bundes“ eingebracht wurde. Die Abstimmung darüber zeigt folgendes Bild: für die einfache Formel — die Menschewits und der „Bund“ (143 Stimmen), dagegen — die Bolschewits und ein Teil der Letzten (30 Stimmen), die Polen und der übrige Teil der Letzten (insgesamt 50) haben sich der Abstimmung enthalten. Diese Abstimmung — obwohl sie an Einstimmigkeit noch viel zu wünschen übrig läßt — zeigt trotzdem, daß die Mehrheit des Parteitagcs ernstlich gewillt ist, die Einheit und damit auch das Ansehen der Partei zu wahren und nicht durch Annahme einseitiger Resolutionen neues Öl ins Feuer des unerfreulichen Fraktionskampfes zu gießen. Nicht in letzter Linie ist dieses Resultat dem energischen Auftreten der nationalen Organisationen zu verdanken.

Der zweite Punkt der Tagesordnung — der Bericht der Dumafraktion — bringt ebenfalls zwei Referate, das eine vom Standpunkt der Menschewits, das andere von demjenigen der Bolschewits. Der erste Referent bezeichnet als die Ziele, die sich die Dumafraktion gestellt hatte, einerseits die Ausbreitung des proletarischen Klassenbewußtseins, andererseits die Ausnutzung der Duma zur Demokratisierung Rußlands, was notwendigerweise unter Umständen auch ein Zusammengehen mit der bürgerlichen Opposition erfordert. Die Lage der Dumafraktion, als eines weitvorgehenden Postens der Partei, sei eine äußerst schwierige gewesen — einerseits, weil die parlamentarische Umgebung ein ganz neues Arbeitsfeld für die Sozialdemokratie Rußlands ist, zweitens wegen der Hinterlistigkeit der Kadetten, die die ganze Duma am Gängelband führen, drittens aber — und das nicht in geringem Maße — infolge der offenen und versteckten Feindschaft der Menschewits, die auch zu inneren Konflikten sehr unangenehmen Charakters führte. Es sei daher kein Wunder, wenn die Fraktion einige kleine Fehler taktischer Art begangen habe, er, der Referent, müsse aber für mildernde Umstände plädieren. Sein Korreferent bezeichnet hingegen die Fehler der Dumafraktion als programmatische und taktische. Unter den ersteren falle besonders die nur demokratische, nicht sozialistische Motivierung der Ablehnung des Stais schwer ins Gewicht; unter den letzteren müsse der Abstimmung zugunsten Golowins bei der Präsidentenwahl, ferner der Teilnahme am Informationsbureau aller oppositionellen, d. h. auch der bürgerlichen Parteien, wie die Kadetten und die polnische Narodowa Demofratia, gedacht werden. Alle diese und ähnlichen Fehler, die aber seiner Ansicht nach mehr als Fehler sind, seien ein Ausfluß des opportunistischen Charakters der Fraktion der Menschewits, die sich nunmehr mit Haut und Haaren dem parlamentarischen Kretilismus verschrieben hätten und um augenblicklicher Erfolge willen den Kadetten nachhinken und darauf verzichteten, in ihren Reihen den programmatischen und revolutionären Standpunkt zu betonen.

Die Diskussion gestaltet sich äußerst lebhaft, es kommt oft zu erregten Auftritten, von den Menschewits wird die Dumafraktion in den Himmel gehoben, die Bolschewits dagegen unterwerfen jeden ihrer Schritte in der Duma einer unbarmherzigen Kritik. Auch die nationalen Parteien erklären sich nicht in allen Stücken mit der Tätigkeit der Dumafraktion einverstanden; neben anderen, bereits von anderen Rednern bemängelten Schritten, wird besonders die völlige Umkehrung der nationalen Frage, eine völlige Unterlassung jeglicher Stellungnahme gegen die Politik der nationalen Unterdrückung und der Pogrome gerügt. Ihren Gipfel erreichte die Erregung des Parteitagcs, als die Menschewits eine Resolution einbrachten, die ein verkapptes Mißtrauensvotum gegen die Dumafraktion enthält. Plugs bringen die Menschewits eine Vertrauensresolution als Gegengewicht ein. Es scheint einen Augenblick, als ob die Versuchsprobe für die Partei doch eine zu starke ist und die vor ein paar Tagen mühsam zusammengestellte Einheit in die Brüche gehen will. Allgemeinen Beifall findet daher ein von den nationalen Organisationen aufgegebenes Antrag, unter Ablehnung beider Resolutionsentwürfe eine Kommission zur Ausarbeitung einer Kompromissresolution einzusetzen.

Die Kommission, bestehend aus je zwei Mitgliedern jeder Fraktion und Organisation, schreitet sofort an die Arbeit, im Plenum wird aber beschlossen, noch zehn Rednern, nach Auswahl der Organisationen, das Wort zu geben und sodann die beiden Berichtsteller zum Schlußwort kommen zu lassen. Die Menschewits fahren

in ihren Anklagereden gegen die Dumafraktion fort, die Menschewits wehren sich insbesondere gegen den erhobenen Vorwurf des Verschweigens der sozialdemokratischen Prinzipien in der Duma. Das Ziel unserer Arbeit in der Duma, führen sie aus, ist die Revolutionisierung der Massen, und dies wird am besten an der Hand unserer Aktirens in einzelnen konkreten Fällen auch auf dem Gebiet der gefegheberischen Arbeit erreicht, nicht aber durch bloße wiederholte Proklamierung der abstrakten Sätze des Parteiprogramms, wie es die Menschewits, die Anhänger der revolutionären Phrase, gern sehen möchten. Großes Aufsehen macht die Rede eines der ältesten Sozialdemokraten Rußlands, der Bedeutendsten im Kampfe gegen den Revisionismus auch auf internationalem Gebiet geleistet hat, jetzt aber von den Menschewits als geistiger Vater des menschewitschen Opportunismus hingestellt wird und sich in einer inhaltreichen, faktischen Rede gegen diesen Vorwurf des Opportunismus wehrt.

Nach dem Schlußwort der beiden Referenten kommt nunmehr die Reihe an den Berichtsteller der Kompromisskommission. Es ist ihr nicht gelungen, sich auf einem definitiven Resolutionsentwurf zu einigen, dagegen unterbreitet sie dem Plenum ihren Beschluß, wonach die anzunehmende Resolution auch Direktiven für die weitere Tätigkeit der Dumafraktion enthalten soll; dieser Beschluß wurde von den Menschewits, Polen und Letzten gegen die Menschewits und den „Bund“ angenommen. Der Parteitag schreitet zur endgültigen Abstimmung über diesen Vorschlag; eine lebhafteste Agitation setzt an allen Ecken des Sitzungsraales ein, denn die Kräfte der Gegner sind im Plenum ungefähr gleich und jede einzelne Stimme gewinnt dadurch ungeheuer an Bedeutung. Die Gegner der Direktiven führen hauptsächlich das Argument ins Feld, jede Direktive, die von der bisherigen Tätigkeit der Dumafraktion abweicht, bedeute ja im Grunde ein Mißtrauensvotum, welches doch um der Parteeinheit willen vermieden werden soll; daher sei es am besten, auf jegliche Direktiven zu verzichten, die Dumafraktion werde ja schließlich an die allgemeinen taktischen Beschlüsse des Parteitagcs gebunden sein. Bei der namentlichen Abstimmung ergibt sich der Sieg der Direktivengegner: bei einer Stimmenthaltung erklären sich 154 — Menschewits, Bundisten und ein Teil der Letzten gegen Direktiven, 145 — Menschewits, Polen und einige Letzten für Direktiven. Die Direktivengegner feiern ihren Sieg, aber ihre Freude ist nur von kurzer Dauer: das Glück ist launisch, und bereits am nächsten Tage nimmt die ganze Angelegenheit eine ganz unerwartete Wendung.

## Die russische Revolution.

Die widerspenstige Duma.

Petersburg, 3. Juni. (Reichsduma.) Das Haus lehnt den Gesetzentwurf des Justizministeriums, betreffend die Verschärfung von Strafen, die auf Verherrlichung von Verbrechen gesetzt sind, ab und nimmt den Antrag des Unterrichtsministers an, der dahin geht, die Verfolgungen wegen des geheimen Unterrichts in Polen einzustellen. Im Laufe der Debatte bei letzterem Antrage greifen mehrere polnische Redner in heftigen Worten den Unterrichtsminister an, der nach ihrer Ansicht nur bestrebt ist, mit Hilfe der Regierungsschulen Polen zu russifizieren. Der Gehülfe des Unterrichtsministers Gherassimoff hält es für seine Pflicht, auf die Politik der Polen hinzuweisen, die zwischen Regierung und Duma und zwischen den verschiedenen Parteien in der Duma selbst hin- und herzuwanken. Die Worte des Redners rufen Beifall auf der Rechten und große Aufregung bei den Polen hervor. Der Präsident des Polenklubs Dmuskow vermahnt sich gegen die Äußerungen Gherassimoffs und sagt, die Polen wünschten gleiche Freiheit für alle Nationalitäten in Rußland, die bisher durch die Willkürherrschaft unterdrückt worden seien.

Das Haus bespricht den Antrag des Ministers des Innern auf Nichtzulassung derjenigen Personen zum Meere, die unter polizeilicher Aufsicht stehen oder seitens der Verwaltung Vorbeugungsmassregeln unterstellt sind. — Die mit der Prüfung der Vorlage beauftragte Kommission sprach sich gegen die Annahme derselben aus, da sie sich in Meeresangelegenheiten nicht auf den Standpunkt des Ermessens der Polizei stellen könne. Der Gehülfe des Ministers des Innern betonte die Notwendigkeit von „Präventiv-Maßnahmen“ gegen die Revolutionäre, die sich in das Meer einzudrängen bemühten. — Mehrere Redner legen die Inzulänglichkeiten und die Ungerechtigkeit von Maßnahmen nach Art der vom Minister des Innern eingebrachten Gesetzesvorlage dar. Die Duma verurteilt darauf den ministeriellen Entwurf mit großer Mehrheit. (Schluß der Sitzung um 6 Uhr.)

Säterchen ist erregt.

Petersburg, 2. Juni. Golowin beobachtet über das Resultat seiner gestrigen Audienz beim Zaren strengstes Stillschweigen. Nur so viel verlautet, daß der Zar sich in einer erregten Stimmung befunden und über die Duma sich äußerst abfällig geäußert hat.

Wie das Land über die Duma denkt.

Die Stellung der Reichsduma zum politischen Terror hat eine eigenartige Erscheinung zur Folge, die unter Umständen auch auf den weiteren Gang der Duma-Verhandlungen großen Einfluß ausüben kann. Verschiedene Gouverneure wollen nämlich die ihnen unterstellenden Stadtverwaltungen veranlassen, der Reichsduma ihr Mißtrauen offiziell auszusprechen und gleichzeitig dem Minister Stolypin zu erklären, daß die Stadtverwaltung den politischen Terror verurteilt! Dieser von Petersburg aus unternommene Schritt ruft in einer Reihe von Provinzialstädten Meinungsverschiedenheiten hervor, da viele Stadtväter sich hartnäckig weigern, der Reichsduma eine Klage zu erteilen. —

## Eine Regierung gegen die gewerkchaftlichen Rechte der Frauen.

Der Weber B. Reimes zu Krefeld, besoldeter Leiter des linksrheinischen Bundes des Deutschen Textilarbeiterverbandes, hatte beim Bürgermeister in Lobberich zum 29. November 1906 eine „öffentliche Versammlung für Arbeiter und Arbeiterinnen“ angemeldet. Die Anmeldung erfolgte auf einem Bogen mit dem Vordruck: „Deutscher Textilarbeiterverband, linksrheinischer Gau“. Der Bürgermeister teilte ihm mit, wenn Frauen an der Versammlung teilnehmen, hätte sie die Auflösung zu gewärtigen. Die Versammlung sei als Veronstaltung des Deutschen Textilarbeiterverbandes anzusehen. Dieser aber wäre ein politischer Verein! Nach § 8 des preussischen Vereinsgesetzes dürften Frauen aber den Versammlungen und Sitzungen solcher Vereine nicht beiwohnen, welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern. — Die Versammlung, die unter Leitung Reimes begonnen wurde, verlief, als man die Frauen nicht entfernte, der Auflösung.

Reimes beschwerte sich vergeblich beim Landrat und auch beim Regierungspräsidenten zu Düsseldorf. Der Regierungspräsident behauptete, der Deutsche Textilarbeiterverband müsse im Gegensatz zu den Behauptungen des Beschwerdeführers als politischer Verein gemäß § 8 des Vereinsgesetzes gelten. Er gehöre zu den freien Gewerkschaften und „er-

fahrunsgemäß" werden im Verbandsstaatliche Einrichtungen und ihre Abänderung erörtert. Die Ortsgruppe Lobberich verfolge den gleichen Zweck wie der Verband selbst. Die Versammlung müsse als Versammlung des Vereins behandelt werden. Darauf, daß sie als öffentliche angesehen sei, komme es nicht an.

Reimes klagte nunmehr gegen den Regierungspräsidenten beim Oberverwaltungsgericht mit dem Antrage, die polizeiliche Verfügung und die Auflösung für unzulässig zu erklären. Es werde bestritten, daß es sich um eine Versammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes handele. Es seien nicht bloß Mitglieder dazugesessen. Indessen wäre das ja schließlich unerheblich, denn auf keinen Fall sei der Deutsche Textilarbeiterverband ein politischer Verein. Er sei eine Gewerkschaft und er verfolge gewerkschaftliche Zwecke. Wäre er ein Verein im Sinne des § 8, dann hätte man sicher schon etwas gegen ihn unternommen, da ein solcher Verein auch Frauen nicht als Mitglieder haben dürfe. Der Textilarbeiterverband habe aber 15 000 weibliche Mitglieder und nie und nirgends sei von den Behörden dagegen etwas unternommen worden.

In seiner Klageerweiterung lang der Regierungspräsident das alte Lied weiter, nur noch einen Ton höher. Der Textilarbeiterverband stehe wie alle freien Gewerkschaften — so klang es jetzt — der sozialdemokratischen Partei sehr nahe. Er verfolge nicht nur die statutenmäßigen Zwecke, sondern auch, gleich den anderen freien Gewerkschaften, auch durch die Presse und durch Versammlungen auf die politische Gestaltung einzuwirken. Bezüglich der Ortsgruppe sei das schon aus ihrer Zugehörigkeit zum Verband zu schließen.

Rechtsanwalt Häffner wies in der mündlichen Verhandlung nochmals eingehend die „Gründe“ des Regierungspräsidenten zurück. Beont wurde unter anderem, daß sich der Regierungspräsident in seinen Behauptungen, wie „zweifellos politischer Verein“ usw., erschöpft habe.

Der erste Senat des Oberverwaltungsgerichts hob in seiner letzten Sitzung den Beschwerdebescheid des Regierungspräsidenten auf und erklärte das Verlangen des Bürgermeisters, seine Frauen in der Versammlung zu dulden, sowie die Auflösung selbst für unredig.

Damit ist der behördliche Versuch, Frauen das schmale politische und gewerkschaftliche Recht noch mehr zu kürzen, als gegenwärtig vom obersten preussischen Gericht gekennzeichnet. Damit ist aber der Rechtsbruch, der durch die eventuelle Anknüpfung der Auflösung und die dann erfolgte Auflösung begangen wurde, noch keineswegs gesühnt. Die begonnene Versammlung ist durch, wie durch das Oberverwaltungsgericht festgesetzt ist, rechtswidrig, vom Landrat und Regierungspräsidenten gebilligte Handlungen hindert, ihre Aufgabe zu erfüllen. Eine solche rechtswidrige Auflösung, die eine außerordentliche Verklammerung des gewerkschaftlichen und Vereinsrechts bedeutet, könnte trotz des erwähnten Erkenntnisses wiederkehren, wenn die an der rechtswidrigen Auflösung schuldigen Beamten nicht zur Verantwortung gezogen werden. Abgesehen von dem zivilrechtlichen Schadenersatz, zu dem der Bürgermeister verpflichtet ist, kommt in Betracht, ob er auch strafrechtlich verantwortlich ist? Diese Frage ist nach der früheren Jurisprudenz des Oberverwaltungsgerichts zu bejahen. Es hatte in einem Falle, in dem ein Gendarm eine nach dem Gesetz nicht gestattete Auflösung vorgenommen hatte, die Erhebung des Konflikts lediglich deshalb für begründet erklärt, weil die mangelhafte Verbindung des Gendarmen, der aus einem Gebiet veretzt war, in dem ein anderes Vereinsrecht galt, den Gendarmen vor Strafe schütze. Diese Entschuldigungsgründe dürften weder für den Düsselborfer Bürgermeister, noch für den Landrat, noch für den Regierungspräsidenten zutreffen. Derlei rechtswidrige Beamte müssen die richtige Auslegung des Gesetzes kennen. Ihre etwaige Rechtsunkenntnis und das Handeln allein nach der Richtschnur ihrer falschen Interpretation ist eine grobe, bei einem juristisch vorgebildeten Beamten nach der Jurisprudenz des Reichsgerichts strafbare Fahrlässigkeit, die keineswegs den „guten Glauben“ im juristischen Sinne ersetzt, vielmehr den Tatbestand einer strafbaren Fahrlässigkeit (§§ 240 und 339 Str.-G.-B.) erfüllt. Gerade der juristisch vorgebildete Beamte sollte durch seine Amtspflicht gehindert sein, eine so grundfalsche, das Wesen und die reichsgesetzlich anerkannte Notwendigkeit des Koalitionsrechts so schwer verlesende Rechtsansicht zu haben. Gelangt er trotz pflichttreuester Anwendung der ihm zu Gebote stehenden Erkenntnismittel dennoch zu einem so schweren Irrtum, so muß er als Jurist dessen eingedenk sein, daß auch eine andere Ansicht richtig sein kann. Stützte er trotzdem zur Auflösung an, so handelte er in dem Bewußtsein, daß falls seine Rechtsansicht hinfällig ist, die Auflösung eine rechtswidrige, amtliche Kötigung im Sinne der gedachten Strafparagrafen ist. Dies dürfte dem Bürgermeister um so weniger entgehen, als ihm der Weiber Reimes als eine Person bekannt sein mußte, die als Sozialdemokratin mit peinlichster Gewissenhaftigkeit die Gesetzesvorschriften beachtet, und auch auf eine Gewerkschaft, die auf Grund des Reichsgesetzes 15 000 Frauen als Mitglieder umschließt, um möglich der § 8 des preussischen Vereinsgesetzes Anwendung finden könnte. Die Vernichtung und Anwendung des Koalitionsrechts ist im Interesse der Kulturentwicklung so wichtig, daß sie von dem Zufall nicht abhängig gemacht werden darf, ob der zur Überwachung entsendete Beamte zutreffend instruiert ist. Das öffentliche Interesse verlangt deshalb zur endlichen Einengung der Willkürfreiheit des Koalitionsrechts, daß gegen den Bürgermeister von Düsseldorf die nach obigem notwendige Anklage erhoben werde. Wird die Anklagebehörde wegen des vom Oberverwaltungsgericht konstatierten Rechtsbruchs Anklage gegen das Haupt der Düsselborfer Polizei erheben?

## Aus der Partei.

Eine sozialdemokratische Gemeinderatsmehrheit hat das Dorf Klein-Penthusch in Schlesien erhalten. Nachdem zwei vorhergehende Wahlen für ungültig erklärt wurden, brachten die Genossen bei der dritten drei Kandidaten und zwar einen mit 33 gegen 14 Stimmen in der dritten Klasse und zwei in der zweiten Klasse mit 22 und 24 gegen 3 Stimmen durch. Da schon vier Sozialdemokraten in der aus zwölf Mann bestehenden Gemeinderatsvertretung sitzen, so haben die sieben Sozialdemokraten jetzt die Mehrheit.

Den Mitgliederversammlung hat der Verlag unserer Parteiblätter zu Elberfeld, der „Freien Presse“ am 1. Juni auch für das Kontor- und Expeditionspersonal eingeführt, nachdem er für das Druckereipersonal längst bestand. Die Buchhandlung wird fortan um 7 1/2 Uhr geschlossen.

Die Beerdigung des Genossen Groth fand am Sonntag zu Rostock statt. Trotz des strömenden Regens folgten dem Sarge 4000 Mann. (Frauen beteiligten sich dort nicht an einem Leichenzug, selbst nicht die allernächsten weiblichen Familienangehörigen.) Durch Deputationen waren vertreten der Wahlkreis Viefelshedenbrück (die frühere Wirkungsstätte des Toten), der Wahlkreis Lübeck (wo Groth durch die medienburgischen Parteitage bekannt wurde, die dort stets wegen der vereinsgesetzlichen Bestimmungen des Obotritenlandes abgehalten werden), die verschiedenen medienburgischen Wahlkreise und einzelne Städte. Der Parteivorstand in Berlin sowie die Redaktion des „Hamburger Echo“ ließen Kränze am Grabe niederlegen, an dem sich die Blumenspenden der medienburgischen Parteigenossen als auch der Gewerkschaften häuften. Reden durften auf dem Friedhofe nicht gehalten werden.

## Vom Fortschritt der „Humanität“.

Das Tageblatt unserer französischen Genossen befindet sich in einem erfreulichen Aufschwung, obwohl es seine Sorgenzeit noch nicht hinter sich hat. Seit dem 1. Januar hat sich die Zahl seiner täglichen Leser um 8000 gehoben, wovon 5000 aus Paris entfallen. Die Zahl der Abonnenten ist dagegen ziemlich unverändert geblieben. Sie beträgt an 7000. Diese Ziffer würde in Deutschland beschämend

gering erscheinen, in Frankreich, wo fast nur die großen Blätter zu 15 Centimes, wie der „Figaro“, auf das Abonnementssystem basiert sind, ist sie verhältnismäßig sehr beträchtlich, langt aber allerdings nicht zu, um die Existenz des Blattes zu sichern. Die Gesamtziffer des täglichen Abzuges beträgt 42 000. Kein einziges unter den eigentlichen politischen Blättern in Paris (die „Petite République“ kann man nicht mehr zu diesen rechnen) reicht an sie heran — in der Provinz freilich steht namentlich die radikal-sozialistische „Dépêche de Toulouse“ weit darüber — aber diese Blätter leben entweder direkt von Regierungssubventionen und Staatszuschüssen oder sie haben ihren Anzeigenteil und die Vorkaufsbillets an Finanzunternehmer verpackt, die dort einen Kundenkreis für zweifelhaftes Geschäft anlocken. Da die „Humanität“ aus derartigen Quellen natürlich nichts beziehen will, andererseits der Verkauf infolge des hohen Rabatts der Verkäufer und der vielen unverkauften Exemplare einen minimalen Nutzen abwirft, ja bei der Provinzauflage sogar ein Defizit hervorbringt, ist die Situation des Blattes noch immer recht schwierig. Die Steigerung der Auflage und administrative Ersparnisse haben immerhin das Defizit, das im Augenblick der Krise 13 000 Frank im Monat betrug, auf 6500 verringert. Wenn es ganz beseitigt werden soll, ist ein erhöhtes Interesse der Arbeiterschaft für das Blatt notwendig. Die „Humanität“ richtet nun in diesem Sinne einen neuen, dringenden Appell an das Proletariat. Auch sind von den 75 000 Frank Aktienkapital erst 55 000 gezeichnet. Der Rest soll nun durch eine allgemeine Sammlung aufgebracht werden, deren Ertrag in Aktien angelegt wird, die das Eigentum der sozialistischen Partei und der organisierten Arbeiterschaft bleiben werden. — Günstig werden diese Bemühungen Erfolg haben und die „Humanität“, deren mit der Zuspitzung des Klassenkampfes wachsende Bedeutung nicht erst auseinandergelegt zu werden braucht, zu einer unzerbrechlichen Waffe des französischen Proletariats machen.

## Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Das „geistige“ Eigentum, so berichtet man uns unterm 1. Juni aus Halle a. S., jenes Ochsenschäfers Beumert in Hamburg, Vorsitzender des Unternehmerverbandes im Baugewerbe, beschäftigte heute wieder die Strafkammer. Genosse Redakteur Artur Molkenbühr hatte einige Stellen aus einem Vortrage, den der Mann in einem geheimen Artikel gehalten hatte, im „Halle'schen Volksblatt“ abgedruckt und man verurteilte ihn deshalb wegen ungebührlicher Verletzung des Urheberrechts zu der Kleinigkeit von 600 M. Geldstrafe — „mehr“ schien der Vortrag nicht wert zu sein —. Das Reichsgericht kassierte das Urteil — aber der Staatsanwalt beantragte wiederum 600 M. Geldstrafe. Auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Landsberg-Magdeburg wurde die Verhandlung schließlich vertagt. Es soll als journalistischer Sachverständiger der Chefredakteur der Berliner „Volks-Zeitung“ Karl Bollrath vernommen werden.

## Soziales.

### Einrichtungen der Bädereien.

Von einem sachverständigen Techniker wird uns geschrieben: „Daß das Kost- und Logiswesen hier bei den Bädern noch im Gang ist, dürfte nur darauf zurückzuführen sein, daß die betreffenden Meister mit der Einrichtung moderner Bädereien nicht vertraut sind, weil ihnen die nötige Ausbildung fehlt. Daß in solchen veralteten Betrieben Unreinlichkeit an der Tagesordnung ist und daß sie nicht zu wirtschaften verstehen, ist eine Techniker längst bekannte Erscheinung.“

In amerikanischen Bädereien findet man die vollkommensten technischen und hygienischen Einrichtungen. Die Badstube ist meist hinter großen Schaulustern und die Arbeit von der Straße aus zu beobachten. Die Gehäusen haben einen reinen weissen Anzug; alle Maschinen und Geräte sind blüßblank. Es gilt dort als selbstverständlich, daß in einer Bäderei die Gehäusen nicht wohnen. Es befindet sich in jeder Bäderei ein Ankleide- und Waschkabine mit den modernsten Einrichtungen, wie Kalt- und Heißwasserleitung mit blanken Nähen, mehreren großen weissen Waschräumen mit Anschluß an eine Abflusleitung usw.

Sollten die Bädermeister hier wirklich so beschränkt sein, solche oft mit wenigen Mitteln herzustellenden Einrichtungen anzulegen, oder fehlt ihnen nur die nötige Kenntnis? Die zur Einrichtung solcher Vorrichtungen nötigen Räume sind sicher in jeder Bäderei vorhanden, sobald die Gehäusen außer dem Hause wohnen und die bisher als Schlafräume benutzten Abteile frei werden. Solche Einrichtungen sollten nicht erst von den Gesellen erkämpft werden, sie mühten im Interesse des konsumierenden Publikums vorgezeichnet sein. Es werden in Bädereien Nahrungsmittel hergestellt, welche eine absolut reinliche Behandlung erfordern. Da sind ausreichende Waschräume in erster Linie erforderlich.

Die Schaffung solcher Einrichtungen und das Außerdenkhauswohnen der Gehäusen würde bald eine bessere Wohnung und eine geregelte Arbeitszeit zum Vorteil von Meister und Gehäusen nach sich ziehen.“

### Kulmburger Verbeugungen.

Die Warnungen der sozialdemokratischen Presse, insbesondere des „Vorwärts“, vor ausländischen Arbeitgebern und deren Agenten, die deutsche Arbeiter unter schwindelhaften Versprechungen nach dem Auslande locken, haben die Aufmerksamkeit derjenigen Kreise weckgerufen, die sich sonst den Teufel um das Wohlergehen der Arbeiter kümmern; die im Gegenteil fortgesetzt bemüht sind die besten und leistungsfähigsten heimischen Arbeiter aus ihrer Nähe zu vertreiben und minderwertige ausländische Arbeiter an deren Stelle zu importieren. Die ostelbischen Junker sind es, die wieder einmal den Schatz der Behörden mit Erfolg in Anspruch nahmen, aber nur um Wahrung ihrer Interessen.

Auf Veranlassung einflussreicher Vertreter der Landwirtschaft der östlichen Provinzen ist nämlich jetzt eine bahnpolizeiliche Beaufsichtigung der Werbetätigkeit ausländischer Arbeitgeber und Arbeitervermittler angeordnet worden. So hat die Eisenbahndirektion zu Bromberg an die Bahnhofsstände und die Inspektionen ihres Bezirks folgende Verfügung gerichtet:

„Es liegt Anlaß vor, die Werbetätigkeit ausländischer Arbeitgeber und Arbeitervermittler an der preussisch-russischen Grenze mit Rücksicht auf den zurzeit in der Landwirtschaft herrschenden Mangel an inländischen Arbeitern nach Möglichkeit einzuschränken. Die Bahnhofsstände werden daher angewiesen, bahnpolizeilich das Treiben der ausländischen Werber auf den Bahnhöfen sorgfältig zu überwachen und im Bereich ihrer Zuständigkeit etwaige landespolizeiliche Maßnahmen gegen sie nach Möglichkeit zu unterstehen. Solche Arbeitgeber und Arbeitervermittler sind, sofern sie sich nicht durch amtlich erteilte Erlaubnisbescheine auszuweisen vermögen, oder sofern sie sich nachweislich der Verleitung zum Vertragsbruch schuldig machen, sofort der zuständigen Polizeibehörde zuzuführen.“

Werkwürdig, wie oft haben wir vergeblich zum Schutze hilf- und rechtlos in- und ausländischer Arbeiter gegen ausbeutungs- wütige und kontraktbrüchige deutsche und ausländische Arbeitgeber und deren Agenten aufgerufen. Dandelt es sich darum, der angeblich Leutenot leidenden Landwirtschaft unter die Arme zu greifen, flugs ist der dazu nötige Apparat, aber nur gegen Ausländer, mobil gemacht.

### Zentrum und Landarbeiter

Wir haben kürzlich die von einem christlichen Gewerkschaftsführer in Bayern aufgestellten Leitsätze bezüglich der Organisation der Landarbeiter mitgeteilt. Diese Leitsätze liefen darauf hinaus, den Agrariern zu versichern, daß sie von den herrschenden Landarbeiterorganisationen nicht das Mindeste zu fürchten

hätten, daß Weiber bezüglich der Löhne noch der Arbeitszeit irgendwelche Forderung von Belang gestellt werden würde und der Streik von vornherein ausgeschlossen sei — so daß sogar die Korrespondenz des Bundes der Landwirte sich zu der anerkennenden Beurteilung veranlaßt sieht: „Diese Leitsätze klingen sehr vernünftig und heben sich von den bisher kundgegebenen Anschauungen christlicher Gewerkschaftsführer recht vorteilhaft ab.“

Die „Kölnische Volkszeitung“ ist erfreut über die Anerkennung der Agrarier, und um diesen die letzten Bedenken zu nehmen, weist sie auf den Irrtum hin, als ob zwischen den als „sehr vernünftig“ bezeichneten Leitsätzen und den bisherigen Kundgebungen christlicher Gewerkschaftsführer ein Gegensatz bestehe. Der Münchener Kongreß der christlichen Gewerkschaften (1902) habe zur Landarbeiterfrage Stellung genommen und aus den Verhandlungen ergebe sich, daß die auf christlicher Seite vertretenen Anschauungen insbesondere bezüglich der Lohn- und Streikfrage auf dem Lande sich dem Sinne nach durchaus mit den in Frage stehenden Leitsätzen deckten. In München habe Giesberts ausgeführt:

„Die Besserung der Landarbeiterverhältnisse sei nicht allein und nicht einmal hauptsächlich in der Zahlung hoher Geldlöhne zu suchen. Gewiß würden die organisierten Landarbeiter höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen erstreben. Ob aber dabei der Streik das ausschlaggebende Mittel sein werde, sei denn doch fraglich; das werde durchaus nicht der Fall sein, wenn die Landarbeiter rechtzeitig auf christlicher Grundlage organisiert würden und man nicht so lange warte, bis die sozialdemokratischen Tendenzen des Klassenkampfes bei den Landarbeitern Boden gefaßt hätten. Eine organisierte Arbeiterschaft würde vor allem das Akkord- und Kontraktverhältnis zu reformieren suchen.“

Genau wie bei der Gründung der christlichen Gewerkschaften, so spiegelt man auch den Landarbeitern vor, daß das bloße Dasein der Organisation genüge, um das Unternehmertum zu Jugendsünden zu veranlassen. Eine Organisation ohne das Recht und den Willen zu streiken, mag sich begraben lassen, und wenn die Ultramontanen den Landarbeitern dieses Messer ohne Klinge in die Hand geben, dann beweisen sie, daß sie den Agrariern nicht wehe tun wollen und daß ihre Landarbeiterorganisationen weiter nichts sind als der Versuch, das Agrarproletariat vor der Sozialdemokratie zu bewahren.

## Hus Industrie und Handel.

### Der Fiskus hilft die Preise — regulieren.

Die von der Königl. Bergwerksdirektion für Saargrubenkohle festgesetzten Richtpreise stellen sich für das zweite Halbjahr 1907 im Vergleich zu den Preisen des zweiten Halbjahres 1906 um 1,70 M. bis 2,90 M. höher, wie folgende Tabelle ausweist.

	Preis für 1 Tonne ab Kohlerei	
	Zweites Halbjahr 1906	1907
Großkoks über 80 Millimeter . . .	19,60	21,50
Mittelkoks 50/80 Millimeter . . .	19,60	22,30
Brechkoks I . . . . .	19,60	22,30
Brechkoks II . . . . .	14,00	17,30

Der Fiskus unterstützt die Preispolitik des Kohlenhandels nicht nur, er reizt die Privatindustrie förmlich auf, bei den Preisfestsetzungen jede Bescheidenheit beiseite zu lassen.

### Papiergeld bei Lohn- und Gehaltszahlungen.

Auf der letzten Hauptversammlung des Vereins für die wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen gab Ingenieur Schott-Kölln die Anregung, daß die Fabriken auch dazu übergehen möchten, den Lohn an die Arbeiter in Papiergeld auszuzahlen. Zu dieser Frage äußerte sich auch Herr Direktor Dr. v. Waldhausen-Essen, der darauf aufmerksam machte, daß ein Werk des niederrheinischen Bezirkes zu dem Robus der Auszahlung des Lohnes in Papiergeld übergegangen sei. Man würde diese Angelegenheit mit besonderem Interesse verfolgen und die Erfahrungen entsprechend verteilten. Auch die Staatsregierung habe diese Angelegenheit bereits in den Kreis ihrer Erörterungen gezogen und den Beamten nahegelegt, sich bei den Banken Konten anzulegen, um durch Giroüberweisungen die Gehaltsfrage zu erledigen.

Bankbeamtenstag. Im Kaufmannshaus in Kassel wurde der deutsche Bankbeamtenstag abgehalten. Nach Mitteilung des Vorsitzenden des Gesamtvereins Fürstberg-Berlin hat sich die Mitgliederzahl während der abgelaufenen zweijährigen Geschäftsperiode um 5619 auf annähernd 12 000 erhöht, die Zahl der Zweigvereine von 49 auf 60. Es besteht eine Teilorganisation des Vereins in London. Reichstagsabgeordneter Justizrat Dr. Jund-Weizig hielt einen Vortrag über die Privatbeamten in der deutschen Volkswirtschaft, Fürstberg-Berlin über die Pensionsfrage. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der an die gesetzgebenden Körperschaften die Bitte gerichtet wird, bei der in Aussicht gestellten Revision der Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe die Sonntagsarbeit im Bankgewerbe zu verbieten. Eine zweite, ebenfalls einstimmig angenommene Resolution hat die Errichtung einer allgemeinen neutralen Pensionskasse im Einzelnen mit den Bankleitungen zum Ziel, die allen deutschen Bankbeamten und ihren Hinterbliebenen bei völliger Freizügigkeit einen Rechtsanspruch auf Pension sichert. In einer dritten Resolution wird der Wunsch um Aufhebung des Verbotes des Börsenterminhandels in Wertpapieren ausgesprochen. Auf der Tagung teilte ein Vertreter des Zentralverbandes des deutschen Banken- und Bankiergewerbes mit, daß die von diesem Zentralverbande angestellten statistischen Erhebungen ihrem Abschluß nahe seien und ein Plan für eine allgemeine Pensionsversicherung der deutschen Bankbeamten aufgestellt würde. Als Ort der nächsten Tagung im Jahre 1904 wurde Dresden bestimmt.

### Deutschlands Maschinenexport im laufenden Jahre.

Die Ausfuhr von Maschinen aller Art stellte sich während der ersten vier Monate der letzten Jahre auf 880 610, 943 720 resp. 1 026 578 Doppelzentner. Nicht nur absolut, sondern auch relativ ist die Ausfuhr in diesem Jahre stärker gestiegen als 1906. An der Zunahme hat der März den größten Anteil, während im Januar und Februar die Ausfuhr ganz bedeutend hinter der vorjährigen zurückgeblieben war. An dem Aufschwung des Maschinenexports im April haben alle wichtigeren Maschinenarten teilgenommen; ganz hervorragend stark war die Zunahme der Ausfuhr von Maschinen für den Bergbau, Maschinen für die Industrie der Steine und Erden, sowie Dampfmaschinen. In diesen drei Gruppen sowie in einigen anderen für die deutsche Ausfuhr wichtigen Maschinenarten stellte sich der Export im April auf Doppelzentner:

	1906	1907
Maschinen zur Bearbeitung von Metallen . . .	17 857	35 515
Bergwerksmaschinen . . . . .	3 879	14 043
Maschinen für die Gruppe Steine und Erden . . .	3 556	13 522
Dampflokomotiven . . . . .	12 927	19 203
Dampftraktoren . . . . .	4 878	7 944
Andere Dampfmaschinen . . . . .	13 177	23 842
Stich- und Zerkleinerungsmaschinen . . . . .	4 011	12 161
Brauerei- und Brennereimaschinen . . . . .	1 476	5 460

Verhältnismäßig wenig ist der Export von Lokomotiven im April gestiegen; allerdings nur im Vergleich zu den übrigen Maschinenarten; an und für sich ist indes die Zunahme von 6200 Doppelzentnern oder 60 Proz. noch immer recht befriedigend.

Wasserstand am 3. Juni vorm. Elbe bei Ruffig — — Meter, bei Dresden — 114 Sp. — Elbe bei Magdeburg 1,38 Meter. — Oder bei Rasthof 1,02 Meter. — Oder bei Breslau — 1,44 Meter. — Oder bei Bries 1,50 Meter. — Rheingebirgung 1,25 Meter.

# Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

## Sektion der Fahrstuhlarbeiter.

Mittwoch, den 5. Juni, abends 8 Uhr, im Lokale von Voeker, Weberstr. 17:

### Versammlung

für sämtliche auf den Bauten beschäftigten Fahrstuhlarbeiter.

Tages-Ordnung:

1. „Unsere Ausbeutung seitens unserer Arbeitgeber und wie stellen wir uns dazu?“ 2. Diskussion.

## Sektion der Deckenbranche.

Donnerstag, den 6. Juni, abends 8 Uhr, im Lokale von Wohlfahrt, Rosenthalerstr. 57:

### Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. „Der Kampf im Baugewerbe und wie stellen wir uns dazu?“ 2. Diskussion.

Recht zahlreichen Besuch erwartet

Der Zweigvereinsvorstand.

NB. Die Mitgliedsträger werden ersucht, recht zahlreich in der Versammlung der Fahrstuhlarbeiter zu erscheinen.

Welter machen wir hiermit bekannt, daß auch in den nächsten Tagen die Fahrstuhlarbeiter an ihre Unternehmer ihre Forderung einreichen werden und diesen mit allen erlaubten Mitteln Unterstützung zu verschaffen suchen. Wir fordern daher alle Mitgliedsträger auf, den Fahrstuhlarbeitern die größte Solidarität entgegenzubringen und auf allen Bauten, wo die Fahrstuhlarbeiter die Arbeit eingestellt haben, die Arbeit nicht aufzunehmen.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüro: Hof I. Amt 3, 1239. Charlottenstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987

## Rohrleger!

Mittwoch, den 5. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Engel, Seydelstr. 30:

### Vertrauensmänner-Konferenz der Rohrleger und Helfer.

Anlässlich der Bauarbeiter-Ausbeutung ist es notwendig, daß jeder Betrieb vertreten wird. So kein Vertrauensmann unserer Organisation ist, ersuchen wir, einen Kollegen mit der Vertretung zu beauftragen. Die Ortsverwaltung.

# Verband der Schneider und Schneiderinnen

Filiale Berlin.

## Achtung! Zuschneider u. Zuschneiderinnen!

Die Fortsetzung unserer

### Mitglieder-Versammlung

am 29. Mai findet am Dienstag, den 4. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Dräsel, Neue Friedrichstr. 35, statt. 164/18

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

# Verband d. Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Filiale Groß-Berlin.

Mittwoch, den 5. Juni, abends 8 1/2 Uhr präzise, in Dräsel's Festsaal, Neue Friedrichstr. 35:

## Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Arbeiterssekretärs Genossen Bauer: Die gewerkschaftlichen Kämpfe der Gegenwart. 2. Mitteilungen. 3. Der internationale Arbeiter-Kongress und die internationale Gemeindearbeiter-Konferenz in Stuttgart.

Diese sehr wichtigen Verhandlungsgegenstände machen jedem Einzelnen das Erscheinen zur Pflicht. 291/8

Die Ortsverwaltung.



## Tanzlehrer-Verband

### „Solidarität“

Berlins u. Umgegend.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die

### Monats-Versammlung

am 7. Juni 1907, 1/10 Uhr, im

Restaurant „Zur schönen Aussicht“,

Brix, Conner Chaussee, stattfindet.

10865 S. A.: Pesocke.

Habe mich Auguststr. 93, Ecke Oranienburgerstraße, als

## Spezialarzt für Beinleiden

(Beinbeschwerden, Krampfaderleiden, Plattfußbeschwerden) niedergelassen. Sprechstunden 9-12, 4-6, Sonntags 9-12. Für Unbemittelte Dienstags und Freitags 4-6. 5075L\*

Dr. med. W. Fackelmann.



## Dr. Schünemann

Spezial-Prakt für 44112\*

Haut- und Harnleiden,

Franckenkrankheiten,

Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.

10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

## H. & P. Uder, Berlin SO. 16,

Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.

### Spezialität: Nordhäuser Kautabak

steits frisch zu billigsten Engros-Preisen. 3164L\*

Am 4. 3014.

## Bilanz per 31. Dezember 1906.

Aktiva:	
Materialien	28 156,89
Berzeug-Konto	5035,40
Abschreibg. 10 %	503,40
4 532,00	
Maschinen-Konto	3787,45
Abschreibg.	756,45
3 031,00	
Kassa-Konto	659,25
Schmel-Konto	3 747,05
Bank-Konto	1 972,56
Debitoren	11 534,00
69 653,35	
Passiva:	
Kreditoren	14 177,04
Darlehens-Konto	35 061,14
Genossenschafts-Anteil-Konto	240,00
Reservefonds-Konto	1 113,12
Reingewinn	3 042,05
59 633,35	

Mitgliederzahl am 31. Dezbr. 1906: 8. Ausgetreten: keiner. Eingetreten: keiner. Betrag der Gesamthaltsumme 240 M. Betrag des Geschäftsguthabens 240 M. Nicht haben sich Haltsumme und Geschäftsguthaben nicht verändert. 10446

Möbelfabrik „Union“.  
Eingetr. Genossenschaft m. beschr. Haft.  
W. Friese. F. Megenburg.

# Bilz

Dresden-Radebeul  
Lössnitzgr. 30000 qm, 3434 Hekt.,  
Lage: schön, Klima  
Prospekt  
Station Lössnitzgr. 30000 qm, 3434 Hekt.,  
Lage: schön, Klima  
Prospekt

# Sanatorium

Station Lössnitzgr. 30000 qm, 3434 Hekt.,  
Lage: schön, Klima  
Prospekt

# Licht-Luft-Bad

Bilz' Goldene Lebensregeln  
soeben erschienen. 2 Mk.  
Begeisterter aufgenommen.

# Dampfwäscherei

Sonnenlicht  
Rixdorf, Bergstr. 55. Leibwäsche 10 Stk.,  
gr. Bezüge 10 Stk., Handtücher, Tisch-  
tücher 4 Stk. 10 Stk. Schonendste Behand-  
lung, freie Abholung von 3 M. an.  
Empfehle den Bewerkschaften usw.  
mein Lokal zu Werkstätt-  
stungen. Zimmer für 26 bis 70  
Personen. Zahlstelle des Deutschen  
Metallarbeiter-Verbandes, der  
Schneider-Krankenkasse. 10905\*

# Witwe Kürbis,

Luisenstr. 26.  
1000 Mk.  
Für die Ueberlassung einer ge-  
sunden Idee, die Fabrikation  
eines neuen, kleinen Welt-  
Konsumartikels betreffend, der  
großen Erfolg verspricht, aber ohne  
keinerlei Anlage hergestellt werden  
kann, bezahle ich nach bestimmter Auf-  
nahme bis zu obigem Betrage.  
Genehmigt die Beteiligung. 10676\*

# Auf Teilzahlung!

Wöchentlich nur 1 Mark.  
Hören jeder Art so-  
wie Goldwaar, Silber,  
Chronograph, Platten-  
pressmaschinen, Hor-  
logentast, Mandolinen,  
Geigen usw. Große Auswahl in  
Platten, echte Edison-Apparate  
und Walzen zu Original-Preisen.

# Jahre & König,

Warschauerstr. 72. I. Etage.  
Reinickendorferstr. 101. I. Etage.  
Blumen- und Franzbinderrei  
von Robert Meyer,  
nur Mariannen-Strasse 2.

# Achtung! Bäcker! Achtung!

Dienstag, den 4. Juni, nachmittags 3 Uhr,  
in den „Sophien-Sälen“, Sophienstr. 17/18 (großer Saal):

## Mitglieder-Versammlung

der  
streikenden und aller zu neuen Bedingungen arbeitenden Kollegen.

Tages-Ordnung:

### 1. Die Situation unseres Streiks. 2. Diskussion.

Mitgliedsbuch legitimiert! Ohne dasselbe kein Zutritt!

Es ist Pflicht eines jeden organisierten Bäckers, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Verband der Bäcker und Bäckergesellen Deutschlands.

Bezirk Berlin. J. A.: F. Schneider.

# Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Mittwoch, den 5. Juni 1907, vormittags 10 Uhr, bei Freyer, Koppentstraße 29

## Versammlung der Ausgesperrten bezw. Streikenden

aller zum Zweigverein Berlin gehörigen Zahlstellen und Bezirke der Maurer.

Tages-Ordnung:

### Der Stand unserer Bewegung.

Freitag, den 7. Juni 1907, abends 8 1/2 Uhr, bei Freyer, Koppentstraße 29:

## General-Versammlung

für sämtliche Bezirke und Zahlstellen der Maurer, der Sektion der Putzer, der Gips-  
und Zementbranche, sowie der Fliesenleger. 140/4

Tages-Ordnung: 1. Berichterstattung vom 9. Verbandstage. 2. Diskussion. 3. Neuwahl des

Verbandsauschusses. 4. Abrechnung vom ersten Quartal.

Mitgliedsbuch legitimiert! - Ohne dasselbe kein Zutritt!

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht jedes Kollegen, zu erscheinen.

Der Zweigvereinsvorstand.

# Achtung! Maurer! Achtung!

Dienstag, den 4. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Freyer, Koppentstr. 29:

## Mitglieder-Versammlung

der Freien Vereinigung der Maurer Deutschlands, Ortsverein Berlin.

Tages-Ordnung:

Der Stand der Lohnbewegung.

Zahlreichen Besuch erwartet

(129/13\*)

Der Vorstand.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, den 5. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Freyer,

Koppentstraße 29:

## Vertrauensmänner-Versammlung

für sämtliche Bezirke und Branchen.

Tagesordnung:

1. Unsere nächsten Aufgaben. 2. Festlegung der Beiträge und der Krankenkassenerstattung nach dem 1. Juli.

3. Verbandsangelegenheiten. 87/13\*

### Jede Werkstätte muß vertreten sein.

Mitgliedsbuch nebst Vertrauensmännerkarte legitimiert. Die Ortsverwaltung.

# Zentralverband der Töpfer Deutschlands.

Filiale Berlin.

Mittwoch, den 5. Juni 1907, abends 6 1/2 Uhr:

## Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (großer Saal).

Tages-Ordnung:

1. Fortsetzung der Sache Duhn. 2. Verschiedenes.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

# Zentral-Verband der Zimmerer

Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Bureau: Engel-Ufer 15 v. III, Zimmer 32. Fernsprecher: Amt 4 Nr. 2789.

Mittwoch, den 5. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in der Branerei Friedrichshain, am

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

### Unsere Lohnbewegung.

Das Erscheinen aller Kameraden ist notwendig. - Verbandsbuch legitimiert. Der Vorstand.

# Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.

Bureau: Berlin C. 54, Dragonerstr. 15, Hof I. - Fernsprecher Amt 3, No. 5028

Mittwoch, den 5. Juni, abends 8 Uhr, im Böhmischen Brauhaus,

Landberger Allee 11-13:

## Allgemeine Mitglieder-Versammlung

des Vereins der Zimmerer Berlins und Umg. 257/12\*

Tages-Ordnung:

### Bericht über die Lohnbewegung.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist Ehrenpflicht.

Der Vorstand.

Am Dienstag, den 4. Juni, abends 8 Uhr:

# Volkssversammlungen

- 1. Kreis:** Dräsels Festsäle, Neue Friedrichstr. 35.
- 2. Kreis:** Hofjäger-Palast, Hasenheide 52/53.  
Königshof, Bülowstraße 37-40.
- 3. Kreis:** Buggenhagen, am Moritzplatz.
- 4. Kreis:** Süd-Ost: Urania (Inhaber: Walter), Wrangelstr. 9/10.  
„ : Drachenburg, Vor dem Schlesiſchen Tor.  
Oſten: Litſins Geſellſchaftshaus, Memelerſtr. 67.  
„ : Breuer, Große Frankfurterſtr. 117.  
„ : Elysium, Landsberger Allee 40.  
„ : Markgrafensäle, Markgrafendam 34.
- 5. Kreis:** Schützenhaus, Linienstraße 5.
- 6. Kreis:** Moabit: Arminiushallen, Bremerstraße 70/71.  
Gesundbrunnen: Schirms Festsäle, Badstraße 19.  
Wedding: Germania-Säle (Weiße Saal), Chausſeeſtr. 110.  
Rosenth.-Vorſtadt: Swinemünder Geſellſchaftshaus, Swinemünderſtr. 42.  
Schönhauser-Vorſtadt: Prater-Theater, Kaſtanien-Allee 7-9.

## Teltow-Beeskow.

- |  |   |
|--|---|
| <b>Charlottenburg:</b> Volkshaus, Roſinenſtr. 3. | <b>Mariendorf:</b> Purſchke, Chausſeeſtr. 82.               |
| <b>Schöneberg:</b> Obſt, Meiningerſtr. 8.        | <b>Adlershof:</b> Wöllſtein, Biſmarckſtr. 24.               |
| <b>Rixdorf:</b> Fritz Hoppe, Hermannſtr. 48/49.  | <b>Baumſchulenweg:</b> Speers Festsäle, Baumſchulenſtr. 78. |

## Nieder-Barnim.

- |   |   |
|---|---|
| <b>Rummelsburg:</b> Weigelt, Türſchmidtſtraße.                                  | <b>Weißensee:</b> Prälaten, Lehderſtr. 122.                                     |
| <b>Lichtenberg:</b> Schwarzer Adler (Gebrüder Arnhold), Frankfurter Chausſee 5. | <b>Tegel-Borsigwalde:</b> Tegel, Trapp, a. Bahnhof.                             |
| <b>Reinickendorf-Ost:</b> Schönholzer Tivoli, Provinzſtraße 69.                 | <b>Pankow:</b> Zum Kurfürſten <sup>(Inhaber: Ebersbach)</sup> Berlinerſtr. 102. |
|   | <b>Karlshorst:</b> Gruhn, Prinz Adalbertſtraße (Ecke Hönower Wiefenweg).        |

Tagesordnung in allen Verſammlungen:

# Der Bäckerſtreik und die Frauen.

Referenten: Allmann, Eugen Brückner, Ernst Brückner, Böſke, Ottilie Baader, Max Barth, Agnes Fahrenwald, Fendel, Giebel, Grauer, Grunwald, Hildebrandt, Martha Hoppe, Stefan Kulitschke, Karl Metzſchold, Emma Ihrer, Knoll, Wilh. Kahl, Mirus, Ritter, Heinr. Schulz, Franz Schneider, Rob. Schmidt, Martha Tietz, Marie Thiel, Wurm, Klara Weyl, Sonnenburg.

Zahlreichen Beſuch erwarten

Die Einberufenden.



Kommt den Bäckersklaven zu Hülfe! Erscheint in Massen in den heutigen Versammlungen.

Partei-Angelegenheiten.

Wilmersdorf. Heute abend finden die von den Frauen Groß-Berlins zugunsten des Bäckersstreiks veranstalteten Volksversammlungen statt. Da für unseren Ort keine Versammlung anberaumt ist, so ersuchen wir die Genossinnen und Genossen, die Versammlungen in dem benachbarten Charlottenburg (Volkshaus, Rosinenstr. 3) sowie in Schöneberg (Obst, Martin Lutherstr. 51) zu besuchen. Der Vorstand.

Wilhelmsruh. Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Barthischen Lokale statt. Tagesordnung: 1. Maßnahmen zur Unterstützung der streikenden Bäcker. 2. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Nordend. Mittwoch, den 6. Juni, abends 8 1/2 Uhr pünktlich, tagt der Wahlverein Nordend im Lokale des Herrn Schäfer, Blankenfelderstraße. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Wahlverein Potsdam. Versammlung am Mittwoch, den 6. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Ledentz. Vortrag des Genossen M. S. Voegel, Friedrichshagen, über: „Schöpfung oder Entwicklung?“ Zahlreiches Besuch erwartet. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Respektlosigkeit.

Als der Kutscher den Flaschenkorb vom Wagen herunterhob, rutschte eine leere Flasche heraus und fiel mit lautem Getöse auf das Straßenpflaster.

Kergerlich besah sich der Kutscher die Beschädigung und schob die am weitesten weggefahrenen Glassplitter mit dem Fuß näher an den Wagen heran. Dann lud er den Korb auf die Schulter, um ins Haus zu gehen.

Damit war die Angelegenheit eigentlich erledigt und die paar Zuschauer machten schon Miene weiter zu gehen.

Anders dachte aber ein Schuhmann, der gerade des Weges wandelte.

Wohl hatte er keinen Straßendienst. Er trug würdevoll eine Kappe unter dem Arm, die er mit der feierlichen Grandezza, die solchen Amtshandlungen geziemt, dem Polizeibureau zutrug.

Aber er war doch ein Schuhmann und hatte Uniform an; die beste blaue Uniform mit dem silberweißen Besatz. Welche schöne Gelegenheit, die Wirkung dieser schönen Uniform auf den gewöhnlichen, nichtuniformierten Staatsbürger zur Geltung zu bringen!

So unterbrach er seine Amtstätigkeit als Beförderungsmittel einer blauen Kappe und schritt mit der ganzen ungeheuren Würde eines Schülers der Ordnung und mit strenger Amtsmiene auf den Kutscher zu.

Aber! — — aber!

Dieser untergeordnete Mensch ohne Uniform nahm nicht die Haken zusammen, legte nicht die Hände an die Hosennaht, sondern empfing die blaue Uniform mit feindseliger, trotziger Ablehnung in Blick und Haltung!

Der Schuhmann wies mit der weißbehandschuhten Hand auf die Glasscherben und richtete dann einen strafenden Blick auf den Kutscher. Die Empörung über die unerhörte Straftat des Kutschers zitterte in seiner Stimme, als er mit grollendem Unteroffiziersstone also sprach:

„Machen Sie das da weg!“

Aber mit frechen, unbotmäßigen Worten antwortete der Kutscher:

„Jawoll, det wer id!“

Entrüstet über die im herausfordernden Tone des Kutschers klingende Auflehnung gegen die Staatsgewalt, grollt die blaue Uniform noch gewidriger als zuerst:

„Sie werden das da sofort weg machen!“

Aber weit davon entfernt, daß der Kutscher diese warnende Stimme des Befehles respektiert hätte, fährt er die blaue Uniform an:

„Wat wollen Sie? Sie haben woll nischt Besseres zu dhun? Ja habe Ihnen ja schon jesagt, det id det wegfejen werde. Det brauchen Sie mir ja nich erst zu sagen, det weej id von alleene.“

Die Röte steigt dem Schuhmann bis an den Nügenschirm, ob vor Horn über den unbotmäßigen Kutscher oder vor Verlegenheit über die lachenden Gesichter der Umstehenden, ist nicht genau zu unterscheiden. Grimmig knirrt er unter seinem Schnurrbart:

„Sonst hätte ich Ihnen mal zeigen wollen — —“

Weiter kam er nicht. Der Kutscher war augenscheinlich auf dem Gipfel der Respektlosigkeit angelangt, denn mit höhnischer Miene und lauter Stimme fiel er der redenden blauen Uniform ins Wort:

„Wat? Sie wollen mir wat zeissen? Wat wollen Sie mir denn zeissen? Wie id fejen muß? Nich nötig! Kann id! (Mit unerhört höhnischem Nachdruck): Kann id! Wat halten Sie sich denn hier bloß noch uff? Hier jiebt et ja nischt für Sie zu dhun! Det mach id allens alleene.“

Das war zuviel für die wandelnde blaue Uniform. Auf soviel Mangel an Achtung war sie nicht gefaßt gewesen. Und dabei lag wirklich gar kein Grund vor, das Notizbuch herauszugreifen und irgend etwas aufzuschreiben.

Gar kein Grund!

Noch einmal zeigte die weißbehandschuhte Hand auf die Scherben, dann drehte sich die zu ihr gehörige blaue Uniform rasch um und schritt schnell fürdaß, dem Polizeibureau entgegen.

Aber so rasch konnte die altentragende Uniform doch nicht gehen, daß sie nicht noch das laute Gelächter gehört hätte, das der respektlose Kutscher hinter ihr anschnitt.

Und die Umstehenden halfen sogar noch dem Kutscher beim Lachen! —

Sänglingsfürsorgestellen.

Die Sänglingsfürsorgestellen haben eine Vermehrung erfahren, indem zwei neue hinzugekommen sind. Dieser Umstand hat zu einer anderen Abgrenzung der zu den einzelnen Fürsorgestellen gehörigen Stadtbezirke geführt. Es befindet sich:

Sänglingsfürsorgestelle I.

für das Zentrum, den Osten und Nordosten bestimmt, in der Blumenstraße 78; sie umfaßt die Stadtbezirke 1-10 u. 145-166, 168-188, 189A, B, C, 190B, C, E, 195-201.

Sänglingsfürsorgestelle II.

für den Norden bestimmt, in der Eisasserstraße 27; sie umfaßt die Stadtbezirke 202-245, 251-253, 255-259, 261-274.

Sänglingsfürsorgestelle III.

für den Westen und Nordwesten bestimmt, in der Eugenhagenstraße 7, in der Markthalle am Arminiusplatz; sie umfaßt die Stadtbezirke 11-14, 279-304.

Sänglingsfürsorgestelle IV.

für den Süden und Südosten bestimmt, Rantaustraße 63; sie umfaßt die Stadtbezirke 15-19, 22-24, 72-74, 76-144 und 167A, B, C.

Sänglingsfürsorgestelle V.

für die Stadtteile Gesundbrunnen und Wedding bestimmt, Pantstraße 7; sie umfaßt die Stadtbezirke 254, 260-263, 275-278, 305-326.

Sänglingsfürsorgestelle VI.

für den Südwesten bestimmt, Großbeerenstr. 10, Ecke Tempelhofer Ufer; sie umfaßt die Stadtbezirke 20, 21, 29-71, 73A und B. — Zu ihrem Leiter ist der Kinderarzt Herr Dr. Schmöser ernannt, der seine Sprechstunde wochentäglich von 1-3 Uhr abhält.

Sänglingsfürsorgestelle VII.

ist aus den Stadtbezirken 246-250, 189D, 190A und D, 191-194 gebildet. Diese neue Fürsorgestelle ist am 1. Juni d. J. im Hause Frenzlauer Allee 45 eröffnet worden. Zu ihrem Leiter ist der Kinderarzt Herr Dr. Schaps ernannt, der seine Sprechstunde wochentäglich von 1/2-2 1/3 Uhr abhält.

In den Fürsorgestellen wird jeder unbemittelten Mutter über die zweckmäßige Ernährung und Wartung ihres schwachen oder kranken Sänglings unentgeltlicher Rat erteilt. Liegt das Bedürfnis vor, so wird stillenden Müttern eine Geldunterstützung, nichtstillenden Müttern Milch zu ermäßigten Preisen oder ganz umsonst gewährt.

Der Berliner Lehrerverein hörte am letzten Freitag einen Bericht des Herrn Lorenzen über den vierten Preussischen Lehrertag, der sich Pfingsten in Magdeburg mit den Wünschen der Lehrer für das in Aussicht stehende Besoldungsgesetz beschäftigt hatte. Darauf hielt Herr Vorhardt einen Vortrag über: „Merkblatt- und Plakatpädagogik“ und kritisierte die gegenwärtig in Berlin beliebte Art und Weise, der Lehrerschaft in durchaus selbstverständlichen Dingen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Daran schloß der Referent eine Würdigung des Merkblattes betr. die körperliche Jüchtigung in der Volksschule. In der Debatte wurde betont, daß das Recht der Öffentlichkeit auf Kritik in keiner Weise tangiert werden sollte; aber es sei unbillig, daß man die Blüten eines Systems auf Kosten der Lehrer decke. Und das um so mehr, als man sonst „amtlicherseits“ recht schweigsam ist und z. B. den Lehrervereinen zu statistischen Zwecken verlangte Auskünfte über Gehälter, Schülerzahlen usw. von den kommunalen Schulverwaltungen verweigert worden sind. Es gelangte folgende Resolution zur Annahme:

Der Berliner Lehrerverein sieht weder in der bisherigen amtlichen Tätigkeit der Berliner Lehrerschaft noch in den allgemeinen Grundbegriffen der Erziehung die Notwendigkeit, den Lehrenden pädagogische Selbstverständlichkeiten in Form von Merkblättern in die Hand zu geben. Er protestiert insbesondere im Interesse der Schule dagegen, daß Kundgebungen der städtischen Schuldeputation, soweit sie die Person der Lehrenden betreffen, in der Tagespresse veröffentlicht werden. Der Berliner Lehrerverein bittet die städtische Schuldeputation, Vorsorge zu treffen, daß sich nicht Fälle wiederholen, wie der Abdruck des Merkblattes über die Gefahren der körperlichen Jüchtigung in Berliner Gemeindeschulen.

Dem Zwecke, dem derartige Plakate und Merkblätter (über Verhalten bei Feuergefahr, Gesundheitsregeln, Verhalten beim Ueberfahren von Straßen usw.) dienen sollen, kommt man auch dadurch nicht näher, daß man ihren Inhalt von den Schülern memorieren läßt, wie bezüglich der Anweisung für das Ueberfahren von Straßen angeordnet worden ist. Man vermehrt dadurch den Memorierstoff der Schule um einen Bestandteil, dem man den religiösen Stoffen gegenüber nicht einmal den Vorzug zusprechen könnte, daß er sprachlich durchsichtiger und verständlicher sei. Auch damit ist's nicht getan, daß man (begl. Gesundheitsregeln) Verzicht einfordert, wie die Sache gewirkt hat. Was man mit solchen Maßnahmen erreichen will, muß als reife Frucht aus dem gesamten Unterricht organisch und natürlich hervorwachsen. Wer nun für diese Zeugung derartiger Früchte Erziehenden Unterricht mit etwas „Gebammentank“ sich durchaus noch besonders verbürgen will, der sollte seinen Eifer daran setzen, die realen Grundlagen der Schulerziehung auszubauen. Er wird bei sich selbst dadurch das Vertrauen stärken, daß die Berliner Schulen fähig sind, Notwendiges auf natürlichem Wege zu leisten. Der sollte sich bemühen, die Massenfrequenzen noch weiter herabzubrüden, Nietschulen und fliegende Klassen, kurz alle die Mängel zu beseitigen, die an dieser Stelle am Berliner Schulwesen oft genug ausgezeigt worden sind. Viellecht erhält die Berliner Gemeindefürsorge auch noch die durch den Lehrplan seit Jahren vorgesehenen Realien- und Sprachbücher. Dann können die Vorzüge des Achtklassen-systems der Berliner Schuljugend doch noch wenigstens eine Zeitlang voll und ganz zu teil werden, ehe ihm die Sparpolitik im roten Hause den Garau machen. Weiter gelte es noch, die Volksschichten, deren Jugend der Volksschule zugeführt wird, sozial und wirtschaftlich derart zu heben, daß die Volksschüler körperlich genau so genährt und getätigt an der Schularbeit teilnehmen können wie die Jugend der besser situierten Kreise, daß sie der führenden Hand der Mutter ebenjowenig entbehren müssen wie jene. Ist das erreicht, dann würde auch — die körperliche Jüchtigung aus der Schule verschwinden. Ein Merkblatt über die körperliche Jüchtigung hätte dann mehr Sinn.

Viellecht aber hat Herr Professor Wagner recht. Viellecht fehlen in Berlin die Voraussetzungen für fruchtbare Reformen, als welche pädagogische Merkblätter und Plakate von den Lehrern anscheinend nicht angesehen werden. Der Ruhm wäre auch zu billig.

Fortzug von Jenstein. Im ersten Quartal d. J. sind nach Berlin 16 930 Jenstein der Staatseinkommensteuer zugezogen, dagegen 17 342 fortgezogen. Es sind somit 403 Jenstein mehr fortgezogen, besonders groß war die Zahl der fortgezogenen Jenstein aus den höheren Steuerstufen.

Zu dem Sceletfund auf dem Gesundbrunnen, der vor einigen Tagen in der Christianiastraße gemacht wurde, wird und heute berichtet, daß seitens der Kriminalpolizei die Ermittlungen vorläufig wieder eingestellt worden sind. Die Polizei ist nach wie vor der festen Ueberzeugung, daß dem Leichenfund ein schweres Verbrechen zugrunde liegt, doch war infolge der vollendeten Ver-

wesung des Toten keinerlei Anhalt über die Persönlichkeit des selben geschworen denn über die des Täters zu gewinnen. Auch die Recherchen, die über alle die Verwundenen, die seit etwa sieben Jahren vermisst werden, eingeleitet worden sind, haben zu keinem Erfolg geführt. Wenn nicht noch durch einen Zufall oder durch andere besondere Umstände Licht in die dunkle Affäre gebracht werden wird, so dürfte eine Aufklärung wohl niemals herbeigeführt werden.

Der Fiskus und die Stadt Berlin. Die Stadt Berlin beabsichtigt am Stralauer Anger zwischen Oberbaumbrücke und der Ringbahn auf Berliner Gebiet einen Hafen zu erbauen. Der größte Teil des erforderlichen Geländes ist alter städtischer Besitz. Trotzdem ergaben sich große Schwierigkeiten. Zunächst verlangte der Stromfiskus für die erforderlichen Wasserflächen 40 Mark für den Quadratmeter, d. h. rund zwei Millionen Mark. Nach langen Verhandlungen ermäßigte der Fiskus diesen Preis auf die Hälfte — 20 Mark pro Quadratmeter. Daneben beanspruchte derselbe Fiskus, der sich die Wasserflächen begahnen läßt und keinerlei Beiträge leistet, ein Viertel der Einnahmen aus den Liegegebühren. Neben diesen Verhandlungen mußten noch Verhandlungen mit der Kaufmannschaft von Berlin, mit der Berliner Handelskammer, mit den Grundbesitzern, mit der königlichen Eisenbahndirektion, mit der Gemeinde Stralau usw. geführt werden. Die Schwierigkeiten, die gemacht wurden, sind noch nicht alle beseitigt. Gegen die in Aussicht genommene Aneinanderfügen der Straße Alt-Stralau durch eine Anfahrtsbahn sind von verschiedenen Bewohnern und Interessenten, insbesondere von Seiten der Gemeinde Stralau, die den allergrößten Nutzen von dem Hafen haben wird, Einwendungen erhoben worden.

Die Verhandlungen mit den Zollbehörden wegen der Speicherranlagen, Zollverschlusses sind noch nicht abgeschlossen. Die Einrichtung einer zollfreien Niederlage ist abgelehnt und nummehr die Errichtung von Privatlägern unter amtlichem Mitverschuß ins Auge gefaßt worden. Die Kosten sind danach noch nicht zu überschauen. Für den Grunderwerb sind etwa 1 Million Mark, für die Rainauern rund 1/2 Millionen Mark und für die Regulierung des Geländes und Vaggerungen rund 250 000 Mark erforderlich. Hierzu kommt der Wert des städtischen Geländes, die Kosten für die Speicheranlagen, den Gleisananschluß und die Einrichtung. Die städtischen Behörden sind von der Notwendigkeit der Hafenanlage überzeugt und behandeln sie als eine dringliche. Wenn trotzdem Verzögerungen in den Lösungen der vielen Schwierigkeiten eintreten, so sind die städtischen Behörden dafür nicht verantwortlich zu machen.

Frau Justitia unter Sittenkontrolle. Sie möge es nicht übel nehmen, die behre Dame mit der Blinde vor den Augen. Wir meinen es nur gut mit ihr, wollen wir sie davor bewahren, daß „die Sittin“, die so dicht neben der Brunnerstraße wohnt, aus dem Polizeipalast in den Gerichtspalast und dort ihre Lufthägen in die geheimsten, abgelegenen Orte schweifen läßt. Diesmal wackelt das Publikum selbst über gute Sittin, dabei hiermit Frau Justitia höchlichst ein, die entsetzlichen Linder mal von den Augen zu nehmen und sich dafür zwischen vier lahlen Wänden, die in der Regel nur für eine Person verhältnismäßig Platz bieten, die Anstandsbetrille aufzuheben. In den Aborten des Gerichtsgeländes und zwar gerade in denjenigen vor den Ehegeschidungskammern treibt die Gemeinheit zu übelstufenden Wälen. Man sollte grundfähig doch etwas mehr darauf achten, daß die Wände nicht gewohnheitsmäßig zu „Küstuden“ und „dichterischen Ergüssen“ eigener Art benutzt werden. Wenn Frau Justitia alle diese Sämmtigkeiten ruhig auf sich sitzen läßt, so reizt das niedere Charaktere dazu, die Wände nur noch mehr zu beschmutzen.

Gegen den Automobil-Durchverkehr durch den Grunewald hat der Amts- und Gemeindevorsteher von Grunewald Einspruch erhoben. Er beschwert sich darüber, daß die „Große Berliner“ weder um eine Konzeption zur Durcgarnerung seines Amtsbezirks nachgesehen, noch ihm vorher von ihrer neuen Einrichtung Mitteilung gemacht hat. Der Automobil-Durchverkehr soll bereits zu Störungen des übrigen Straßenverkehrs sowie zu argen Beschädigungen der Straßenbäume geführt haben.

Ein schwerer Brandunglück verurachtete gestern früh um 7 Uhr in dem Hause Große Frankfurterstraße 130 eine unbeschreibliche Aufregung. Dort war in der Küche der Frau Zyminski im 3. Stock des rechten Seitenflügels durch Fahrlässigkeit beim Kaffeekochen Feuer ausgebrochen. Die Flammen hatten Kleider, die Lür und Preshohlen ergriffen. Frau Zyminski, die dabei Brandwunden zweiten Grades am Kopf und an beiden Händen erlitten hatte, schrie laut um Hilfe; alle Hausbewohner eilten herbei, konnten aber nicht so schnell helfen. Die 13jährige Tochter Franziska der Frau Zyminski sprang vor Angst aus dem Fenster des 3. Stocks auf den gepflasterten Hof. Sie erlitt eine schwere Gehirnerschütterung und innere Verletzungen. Auf Anordnung eines Arztes wurde das Kind sofort nach dem städtischen Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Ihre Mutter, eine Frau von 40 Jahren, wurde verbunden und in der Wohnung belassen. Der Brand konnte auf die Küche beschränkt werden.

Auf der Unfallstation in der Badstraße mußten am Sonntag zwei Polizeibeamte verbunden werden, die von Notdubs arg zugerichtet worden waren. Als Täter wurden der vor drei Wochen aus Herzberge entwundene Geistesranke Köster und der kürzlich aus Dalldorf entlassene Gelegenheitsarbeiter Schulze verhaftet.

In den Landwehrkanal geworfen. Ein Vorkommnis, das noch der Aufklärung bedarf, hat sich gestern morgen an der Lichtensteinbrücke abgespielt. In der vierten Stunde erschollen gellende Pfeifensirenen. Im Schiffahrtskanal dicht an der Lichtensteinbrücke, rang eine junge Frauenderson mit den Wellen. Ein Polizeibeamter und ein Wächter retteten sie. Das junge Mädchen war die 13jährige Schneiderin Anna Sch., die bei ihrer Mutter am Hausvogteiplay 5 wohnt. Der Polizei gegenüber erzählte die junge Dame eine längere mysteriöse Geschichte. Sie sei von einem jungen Mann verfolgt und schließlich in den Kanal geworfen worden.

Zu einer recht rohen Tat hat sich ein Straßenbahnfahrer gegen einen Kutscher hinreichend lassen. Der Polizeibericht meldet hierüber: „Mittags fuhr der 21 Jahre alte Kutscher Reinhold Haple mit einem Kollwagen des Transportkontors der Hamburg-Lehrer Bahn aus der Wasser- in die Hannoverstraße ein. Hinter ihm folgte ein Straßenbahnwagen der Linie Tegeel-Drauenburger Tor, dessen Fahrer durch andauernde Blodensignale Haple aufforderte, die Straßenbahnspur zu verlassen. Schließlich kam es zu einem heftigen Wortwechsel zwischen beiden, wobei Haple behauptete, daß er wegen des aufgerissenen Pflasters nicht zur Seite fahren könne. Der Straßenbahnfahrer stieg ab und versetzte darauf dem Haple mit der Brennsturkel zwei Schläge über den Kopf, wodurch dieser zwei sechs Zentimeter lange blutende Quetschungen erlitt. Ein Säugmann brachte den Verletzten nach der Unfallstation in der Eichendorffstraße, wo ihm die erste Hilfe zuteil wurde.“

Es ist wirklich betrübend, wenn Arbeiter in Ausbildung ihres Berufes in dieser Weise aneinandergeraten.

Herr Emil Herrmann berichtet. In unserer Nummer vom Sonntag, den 26. Mai d. J., brachten wir unter der Spitzmarke: „Die Rache des Hauswirts“ eine Notiz, die sich mit den Zuständen im Hause des Herrn Emil Herrmann, Wilsenstr. 42 und Waldstr. 41, beschäftigt. Diese Notiz scheint bei Herrn

Emil Herrmann wenig Freude hervorgerufen zu haben, desto mehr aber wohl bei den meisten seiner Mieter, bildete doch unsere Notiz in der vergangenen Woche das Tagesgespräch im Hause des genannten Eigentümers.

Von Herrn Emil Herrmann ging uns nun in dieser Sache ein vom 31. Mai datiertes Schreiben zu. Es heißt in demselben:

„Mit Bezug auf den in der letzten Sonntagsnummer gebrachten Artikel: „Die Rahe des Hauswirts“, bitte ich um Aufnahme folgender Berichtigung.

Es ist unrichtig, daß ich und meine Frau mit den Mietern meines Hauses seit ohne Ausnahme auf dem Kriegsfuß stehen.“ Hierzu wollen wir bemerken, daß der Begriff „auf dem Kriegsfuß stehen“ allerdings eine ganz subjektive Auffassung ist. Herr Herrmann mag es ja für ein höchst friedliches Verhältnis halten, wenn er und seine Frau Gemahlin mit dem Gummischlauch in ihrem Hause herumspazieren. Nicht friedlich mag es Herrn Herrmann auch vorgekommen sein, als er an einem Novemberabend auf dem Hofe seines Hauses mit kräftigen Arbeiterhäuten unliebame Belanntschaft machen mußte, was wir recht lebhaft bedauern. Die vielen Prozesse, die zwischen Herrn Herrmann und seinen Mietern zum Austrag kamen, bilden doch auch eine eigentümliche Illustration zu der Berichtigung des Herrn Herrmann.

Weiter schreibt Herr Emil Herrmann:

„Es ist ferner unrichtig, daß der Wechsel der Portiersleute bei mir so häufig ist, daß die Portierwohnung einem Taubenschlag gleiche. Die letzte Portiersfrau war 6 Wochen, der vorausgegangene Portier circa 1 Jahr 5 Monate in dieser Stellung. Ich habe die letzte Portiersfrau entlassen müssen, weil sie die Ausführung der von ihr übernommenen Arbeiten verweigerte. Wenn ihr Herr N. N. (ein Mieter des Hauses, dessen Namen wir keine Ursache haben) das Betreten meines Hauses, nachdem ich sie entlassen hatte, dadurch ermöglichte, daß er sie mit Teppichklopfen beauftragte, so überlasse ich jedermann die Beurteilung, auf welcher Seite das Verhalten ein schändliches ist.“

Es ist auffallend, daß Herr Emil Herrmann hier nur von den beiden letzten Portiersleuten spricht, um die Geschäftigkeit seiner Portiers zu beweisen. Er ist seit 1. November 1902 Eigentümer des Hauses. Sollte er die Zahl der von ihm seit dieser Zeit beschäftigten Portiers richtig angeben, so müßte er die Ziffer 2 ganz wesentlich vervielfältigen, da doch nicht nur die beiden letzten entlassenen Portiers in Betracht kommen. Zu der von uns erwähnten Kautions der Portiers scheint Herr Herrmann übrigens nichts zu berichtigen zu haben. Statt dessen ergeht er sich in Ausfällen gegen seinen Ladenmieter Herrn N. N., dessen Frau übrigens die von Herrn Herrmann verjaagte Teppichklopfen bestellt hatte, weil sie keine Ahnung davon hatte, daß dieser das Betreten des Hauses durch den Hauswirt verboten war. Herr Herrmann kann doch wahrlich nicht verlangen, daß die Mieter erst bei ihm anfragen sollen, ob er dem von ihnen bestellten Personal gütigst gestatten will, sein Haus zu betreten.

Im Interesse des Herrn Emil Herrmann verzichten wir darauf, die in seinem „Berichtigungsschreiben“ enthaltene Anempfehlung des Herrn N. N. zum Abdruck zu bringen, da wir nicht wünschen, daß ein neuer Beleidigungsprozeß gegen Herrn Herrmann durch den vollen Abdruck seines Briefes entsteht.

Herr Herrmann schließt seinen Brief mit folgender Bemerkung:

„Ich hoffe, da Sie mich durch Vollnennung meines Namens öffentlich einer ungünstigen Beurteilung ausgesetzt haben, daß Sie auch diese Berichtigung zur Kenntnis Ihrer Leser bringen werden.“

Wir sind dem Wunsche des Brieffschreibers, insofern sein Schreiben auf den Namen einer Berichtigung Anspruch machen kann, in vollstem Maße entgegengekommen.

Ein schwerer Unglücksfall, der gleichzeitig die Strupplosigkeit des aussperrungswütigen Unternehmertums und die Humanität der — sagen wir Arbeitswilligen drastisch beleuchtet, ereignete sich am Sonnabend auf dem von der Firma Feld u. Franke in der Brüderstraße aufzuführenden Neubau.

Es sind auf genanntem Bau vier der nützlichsten Elemente beschäftigt. Selbstverständlich fungieren dieselben seit der Auslieferung als „Polierer“. Für diese Herren mußten zwei sechs- bis zehnjährige Lehrlinge Material herbeibringen. Als dieselben durch die Schwere der Lasten sich die Schultern wund getragen hatten, wurden sie an den Aufzug gestellt und mußten nunmehr die Lasten hochwinden.

Solange die Hemmvorrichtung eingestellt war, führten die beiden Jungen unter größter Anstrengung die für sie viel zu schwere Arbeit aus. Am Sonnabend, kurz vor 12 Uhr mittags, gab ihnen ein Monteur den Rat, die Hemmvorrichtung abzustellen, da dieselbe doch unnütz die Arbeit erschwere. Kaum aber war dies geschehen, verloren die beiden jungen Leute die Gewalt über die Winde und mit rasender Geschwindigkeit kam die Last von oben herab. Durch die dadurch verursachte schnelle Umdrehung plachte das eiserne Zahnrad und ein Stück davon traf den Lehrling Guiso Höger derartig an der Seite, daß er schwerverletzt umfiel. Da sich niemand anderes um den Verunglückten kümmerte, blieb dem zweiten Lehrling nichts anderes übrig, als seinen Kollegen nach der nächsten Anfallstation zu schleppen, von wo aus seine sofortige Ueberführung nach der Klinik am Mariannenufer 2 per Droßsche angeordnet wurde. Den Transport leitete auch hierbei der unversehrt gebliebene Lehrling.

Da die Bauleitung sich auch im weiteren um nichts kümmerte, übernahm der junge Mann es noch, den Eltern des Schwerverletzten am Abend die traurige Nachricht zu überbringen.

Ein schwerer Zusammenstoß eines mit acht Ausflüglern besetzten Brecks mit der elektrischen Straßenbahn der Linie Kreuzpfort-Stralau verursachte am Sonntagabend gegen 8 Uhr große Aufregung unter den Passanten der Oberbaumbrücke. Das einem Fuhrherrn aus der Weberstraße 16 gehörige Gefährt fuhr mit großer Wucht gegen den Anhängewagen der Elektrischen. Die Decksel des Brecks drang durch die Seitentafel des Anhängers und zertrümmerte zugleich die Spiegelscheiben des Wagens. Nur dem Umstande, daß der Anhängewagen völlig unbefestigt war, ist es zu danken, daß kein größeres Unheil angerichtet wurde. Die Insassen des Brecks kamen bis auf einen bei der Kollision aus dem Gefährt herausgeschleuderten jungen Mann, der anscheinend Verletzungen an den Weichen erlitten hatte, mit dem Schreck davon. Am schlimmsten hatte das Pferd gelitten, das sich bei dem Anprall an der zertrümmerten Wagenhecke am Kopfe arg verletzte. Den Ausfächer des Brecks dürfte kaum die Schuld an dem Zusammenstoß treffen, vielmehr war das Pferd durch das Geräusch der vorbeifahrenden Hochbahn sehr verwirrt, so daß es dem Ausfächer der abköhligigen Brücke nicht mehr möglich war, der Straßenbahn auszuweichen.

Erhängt hat sich am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, die 64-jährige Witwe Franziska Haupt, wohnhaft Münchbergerstr. 32, Seitenflügel 1. Schwere innere Leiden und große Nervosität sowie Gram über den Tod ihres Mannes sind die Ursache zu diesem Schritt.

Die Brandkommission der Eisen-, Metall- und Revolververbreiter und um Aufnahme folgender Notiz: „Das in der Brandkommission der Dreher in den Müllersäfen am Sonntag, den 2. Juni 1907 gefundene Portemonnaie mit Inhalt kann jederzeit in der Zahlstelle des Metallarbeiterverbandes bei P. Hummel, Sophienstraße 5 abgeholt werden.“

Zeugen gesucht. Diejenigen Personen, welche am Freitag, den 31. Mai, abends zwischen 8 und 9 Uhr vor dem Hause Kronprinzstraße 16, Lichtenberg, Augenzeugen einer Mißhandlung waren, werden gebeten, ihre Adresse an Karl Hönke, Liebigstraße 10, Hof 1 bei Döring (Berlin) abzugeben.

Radrennen auf Steglitz, 2. Juni. Die „Goldene Kette“, ein Dauerrennen über 100 Kilometer (2000, 1750, 1500 und 1250 M.), hatte unter verschiedenen Rad- und Motorschäden, von denen die Fahrer betroffen wurden und nicht zuletzt unter der Ungunst des Wetters zu leiden. Während am Nachmittag ein gerades „ideales“ Rennwetter herrschte, setzte in der Mitte des großen Rennens ein

Gewitter mit solcher Gewalt ein, daß die „Goldene Kette“ kurz vor dem 50. Kilometer abgebrochen werden mußte. Robi, der ganz vorzüglich fuhr, war bis dahin erster, 40 1/2 Kilometer in 34 Min. 1 Sek. vor Didentmann 2100 Meter, Guignard 3720 und Rat Dittler 3050 Meter zurück. Robi lag beim Ablassen als letzter, während Guignard die Spitze hatte; Dittler hatte schon beim 12. Kilometer Motorschaden, wovon auch Guignard beim 22. Kilometer betroffen wurde. Didentmann war dadurch Erster geworden, doch sollte auch er sich nicht lange dieses Plazes erfreuen, denn beim 30. Kilometer fiel er durch Reifenschaden zurück, dadurch Robi, der dicht hinter ihm war, den Weg freimachend. Schade, daß das Rennen durch das vorzeitige Abbrechen kein einwandfreies Ergebnis brachte; es soll am Montagabend zu Ende gefahren werden.

Ein zweites Dauerrennen, der „Ausstellungspreis“, 50 Kilometer (600, 500, 400, 300 M.), wurde von H. Schipke in 33 Min. 41 1/2 Sek. vor Reiling, Stellbrink und Schülze gewonnen; es wurde so flott gefahren, daß schon vom 20. Kilometer die Steglitzer Bahnstrecke verbessert wurden. Anfangs hatte Stellbrink die Spitze; doch kam er durch Radschaden beim 13. Kilometer ins Hintertreffen. Schipke hatte von da die Führung, die er sich nicht mehr nehmen ließ. Reiling hatte mehrfach den Anschlag an seinen Motor verloren und der Zehlendorfer Schülze schied beim 45. Kilometer durch Sturz infolge Reifenschadens aus dem Rennen; Reiling endete 1450 Meter, Stellbrink 1800 Meter hinter dem Sieger.

Einige Rennen für die „Flieger“ vervollständigten das Programm; sie wurden sämtlich von Heile gewonnen.

Gesperrt werden die Charlottenstraße von der Schönenstraße (unter Ausschluß des Kreuzdammes) bis zur Kochstraße (unter Ausschluß des Kreuzdammes) behufs Asphaltierung vom 3. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter; ebenso die eine Hälfte der Ebnauerstraße von der Thaeerstraße (ausdrücklich des Kreuzdammes) bis zur Liebigstraße (ausdrücklich des Kreuzdammes) behufs Asphaltierung vom 5. d. M. ab.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Sonntag, den 3. Juni, Familienausflug nach Grünau-Nichtershorn. Abfahrt des Stadtbahnzuges: Alexanderplatz 8.51, Jannowitzbrücke 8.54, Schief. Bahnhof 8.57. Treffpunkt für Radfahrer bis 10 1/2 Uhr vormittags: Restaurant Jägerhaus (Zuh. G. Erhardt), Bahnhof- und Friedrichstraße-Ecke in Grünau. Von 12 Uhr mittags ab: Rotes Strand-Restaurant, Nichtershorn bei Karolinenhof. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Orgelkonzert. Mittwoch, den 5. Juni, abends 7 1/2 Uhr veranstaltet der Igl. Musikdirektor Vernh. Jürgang in der St. Marien-Kirche das nächste Orgelkonzert unter Mitwirkung von Frä. Marie Lindow (Sopran), Frä. Hilde Elger (Alt), Herrn Erwin Jügel (Tenor) und Herrn Konzertmeister Willy Dedert (Cello) Orgelkompositionen von Bach, Véz, G. F. Händel und Juge über „ad nos, ad salutarem undam“ und Voss. Der Eintritt ist frei!

Feuerbrand. Der 18. Jug hatte in der letzten Nacht einen Ackerbrand in der Dudenarstraße 41 zu löschen, was durch kräftiges Wassergeben gelang. Grober Unfug lag wieder einmal einer Feuermeldung zugrunde, die nachts den 18. Jug nach der Jagowstraße alarmierte. Der Täter ist nicht ermittelt. Ferner hatte die Feuerwehr in der Auguststr. 5, am Koppenplatz 11, Braunobergerstr. 28, Liebigstr. 6, auf dem Anhalter Güterbahnhof, in der Linienstr. 21, Kaiser Wilhelmstr. 29, Kopenhagenerstr. 76, Jüdicinstr. 17, Schwerinstraße 10/17, Friedrichstr. 37 und anderen Stellen zu tun, wo Schwefel, Kartons, Müll, Möbel, Küchen, Kohlen, Hausrat u. a. brannten.

## Vorort-Nachrichten.

### Rixdorf.

#### Die Polizei als Nachbarin.

In der Nähe der Polizei zu wohnen oder gar mit ihr zusammen unter einem und demselben Dache zu hausen, das wird ein „ordnungsliebender“ Stadtbürger als eine besondere Annehmlichkeit betrachten müssen. Die Mieter eines Hauses, in dem ein Polizeibureau nebst Polizeiwache untergebracht ist, stehen ja sozusagen unter dem spezielsten Schutze einer hochloblichen Polizei. Da sollte man erwarten, daß sie hier noch sorgloser als in anderen Häusern sich die Schlafnähe über die Ohren ziehen können. Indes, es gibt auch Leute, die diesen Vorzug nicht recht zu wärtigen wissen.

So wird uns aus Rixdorf mitgeteilt, daß dort unter Bewohnern des Hauses Woddingstraße 47 und 48 sowie des Nebenhauses Woddingstraße 49 seit einiger Zeit eine nicht geringe Erregung herrscht, weil die auf dem ersten genannten Grundstück untergebrachte Polizeiwache ihnen immer mehr zu einem Anlaß des Mißbehagens wird. Mehrere Mieter dieser beiden Grundstücke haben uns übereinstimmend berichtet, daß sie aus der Zelle, in der die Polizeiarrestanten vorläufig verwahrt werden, schon öfter ein Wimmern, Stöhnen, Jammern und Schreien gehört haben, das ihnen die Nachtruhe raubte. In einer Wainacht soll es da unten so arg geworden sein, daß verschiedene Hausbewohner die Fenster aufstießen und ihrer Entrüstung in starken Ausdrücken Luft machten. Die Polizei selber scheint taub zu sein. Sie nimmt keine Notiz davon, daß die aus ihrer Ruhe aufgeschreckten Hausbewohner schimpfen, und sie scheint auch die aus der Zelle kommenden Laute nicht als etwas Ungewöhnliches zu empfinden. Den Hausbewohnern, die sich hierbei aufregen, ist es keineswegs bloß um ihre Ruhe zu tun. Es sind auch Erwägungen nach anderer Art, durch die sie sich bestimmen lassen, die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf diese Polizeiwache und ihre Arrestantenzelle zu lenken.

Im Hause ist schon der Vorschlag gemacht worden, man solle fordern, daß die Polizei sozusagen „emittiert“ werde. Das ist selbstverständlich nur ein frommer Wunsch, dem keine Erfüllung winkt. Welcher Hausbesitzer würde es wagen, eine hochlobliche Polizei wegen „Unruhe“ aus seinem Hause hinauszuweisen? Eher dürfte wohl ein Hausbesitzer es allzuzugut besaiteten Mietern anheimstellen, sich anderswo Quartier zu suchen, wenn sie durch Nachbarin Polizei sich belästigt fühlen. Der Besitzer jenes Hauses der Woddingstraße, in dem die Polizei so lästig wird, ist in der glücklichen Lage, nicht in seiner eigenen Mietskaserne wohnen zu müssen. Der Verwalter aber, den er als seinen Stellvertreter dort wohnen läßt, ist — nebenbei bemerkt — selber Schumann.

### Charlottenburg.

Weitergewährung von Teuerungszulagen. Der Magistrat beantragt bei der Stadtverordnetenversammlung, daß der bisherige in der Form einer Teuerungszulage gewährte Zuschuß an die städtischen Beamten, Angestellten und Lehrkräfte sowie die städtischen Arbeiter mit einem jährlichen Dienststeinkommen von 3000 Mark und an diejenigen Beamten und Lehrkräfte mit einem Dienststeinkommen von 3000 bis 4000 Mark, die eine starke Familie zu unterhalten haben, in der bisherigen Höhe bis zum 31. März 1908 weitergewährt wird. Ursprünglich waren die Teuerungszulagen nur bis zum 30. Juni d. J. bewilligt worden. Der Magistrat weist nun in einer umfangreichen Vorlage nach, daß die Voraussetzungen, unter denen die Zulagen seinerzeit gegeben sind, noch immer vorhanden sind. Die Tendenz der Preissteigerung besteht allenthalben weiter, die Preise für Fleisch haben sich im allgemeinen auf der bisherigen Höhe gehalten oder sie sind doch nur wenig gesunken. Auch die Preise für die Hülfenfrüchte sind im Durchschnitt gestiegen, und ebenso ist schon jetzt ein starkes Anziehen der Getreidepreise bemerkbar, und es ist die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, daß ein Steigen der Brotpreise eintreten wird. Dazu kommen die Preissteigerungen auf allen Gebieten des gewerblichen

Lebens und speziell für Charlottenburg noch die Tatsache, daß gerade Arbeiter und Beamte bei dem gegenüber der Nachfrage geringen Angebote von kleineren und mittleren Wohnungen und den infolgedessen verhältnismäßig hohen Preisen einen ganz wesentlichen Teil ihres geringen Einkommens — bis zu einem Drittel und darüber — allein für Wohnmieten ausgeben müssen.

Angesichts dieser Tatsache, die sich seit nunmehr zwei Jahren stetig so entwickelt haben, kann nach Ansicht des Magistrats von einer vorübergehenden Teuerung nicht mehr die Rede sein. Es muß vielmehr anerkannt werden, daß die allgemeine Lebenshaltung in allen Kreisen der Bevölkerung erhöhte Aufwendungen dauernd nötig macht. Diesen veränderten Verhältnissen soll durch eine allgemeine Revision der Löhne und Gehälter halbjährig Rechnung getragen werden. Da es aber unmöglich ist, diese Arbeit so zeitig fertigzustellen, daß die Wohlfahrt des neuen Normalstands den Beteiligten noch für den bevorstehenden Winter zugute kommen können, hat der Magistrat beschlossen, vorläufig bis zum 1. April 1908 die Teuerungszulagen weiter zu gewähren. Von diesem Zeitpunkt ab sollen die erhöhten Gehälter und Löhne in Kraft treten.

Nach dem Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung war es dem Ermessen des Magistrats überlassen, auch den nicht städtischen Arbeitern eine Teuerungszulage zu gewähren. Der Magistrat hat davon abgesehen und ihnen statt dessen Lohnzuschläge in den Grenzen der verfügbaren Etatsmittel bewilligt. Da er hierbei außer Acht gelassen vorgegangen ist, so nimmt er an, daß für diesen Zweck auch die verfügbaren Etatsmittel für 1907 ausreichen werden.

### Lichtenberg.

Das Gesetz der Gemeindevertretung. Das Gesetz der Gemeindearbeiten um anderweite Regelung des Sommerurlaubes empfiehlt der Gemeindevorstand abzulehnen. Gemeindevorsteher Brauer befragt das Gesetz und tritt mit Nachdruck für die beschriebene Forderung der Gemeindearbeiter ein. Der Gemeindevorsteher betonte, der Vorstand habe sich nicht aus wirtschaftlichen Gründen dagegen erklärt, sondern weil der gegenwärtige Zustand erst vor zwei Jahren geschaffen sei und in seiner Wirkung erst erprobt werden müsse. Auch Lichtenberg nicht hinter anderen Gemeinden zurück. Zurzeit gewähre Lichtenberg seinen Gemeindearbeitern einen Urlaub nach einer Dienstzeit von 5—10 Jahren in Höhe von vier Tagen, nach mehr als 10 Jahren in Höhe einer Woche; Dienstarbeiten und anderen Arbeitern, deren Beruf besonders gesundheitsgefährdend sei, könne durch das Kuratorium der Urlaub verlängert werden. Die Ablehnung befürwortet Herr Stadtdirektor Plonk. Der „Rechtsanspruch“ ist es, der es dem „freisinnigen“ Kommunalpolitiker angetan hat. Und das alles, weil die Gemeindearbeiter „bitten“, den Urlaub von vier Tagen nach dreijähriger Dienstzeit und den von einer Woche nach fünfjähriger Dienstzeit eintreten zu lassen!

4186.60 Mark verlangten eine Zahl „Privilegierter“ als Ersatz für vorausgelagte Bürgersteigerungskosten. Die Hausbesitzer-majorität konnte selbstverständlich ihren „Standesgenossen“, die sich auf ein erstrittenes Gerichtskenntnis berufen, ihre „rechtmäßigen“ Ansprüche nicht vorenthalten und bewilligte die Forderung. Hierbei brachte Genosse Seidel zur Sprache, daß in der Schornweberstraße, Ecke Jungfernhof, ein Verkehrtbühnenfeld seit langem bestehe, indem die Platten des Bürgersteiges fehlen. Ein Steinmetzmeister müsse dort „Selbsthilfe“ geübt haben, indem derselbe einfach die bereits verlegten Granitplatten wieder herausnahm und so ein — Verkehrtbühnenfeld recht gefährlicher Art schuf!

Dem Gemeindevorsteher war nur bekannt, daß der Bauherr „Ankläger“ gehabt habe und der Bau wiederholt stillgelegen habe. Bauabnahme sei noch nicht erfolgt.

Mäßigkeitsweise ist der Hauswirt auf Grund „seines Besizes“ demnächst Stadtverordneter.

Das Projekt der Regenwasserleitung lag wiederum der Gemeindevertretung vor. Dem Militionenprojekt wurde ohne Debatte prinzipiell zugestimmt und für die Vorarbeiten 17 500 M. bewilligt.

Zur Abrundung des Geländes, das in der Dorfstraße zur Errichtung eines Gemeindeparkes angekauft wurde, wird das Grundstück Dorfstr. 104 benötigt. Die Quadratur ist mit 450 M. bezahlt und bewilligt die Vertretung die Uebernahme einer Hypothek in Höhe von 36 000 M. auf die Gemeinde.

Unsere Genossen eruchten hierbei den Gemeindevorstand, recht bald für Lösung der Mißverhältnisse auf dem Parkgelände zu sorgen, um diesen dem öffentlichen Verkehr übergeben zu können.

### Rummelsburg.

Wegen sorgloser großer Vermögensverluste ihres Ehemannes Selbstmord verübt hat die 55-jährige Frau W., in Rummelsburg, Alt-Vorhang 54, wohnhaft. Als sie nachmittags ihre Angehörigen aus der Wohnung entfernt hatten, schickte Frau W. auch das Dienstmädchen fort und führte dann zwischen 8 und 7 Uhr den längst gelegten Plan, aus dem Leben zu scheiden, aus. Sie goß Chloroform auf ein Stück Watte, hielt sich dieses vor das Gesicht und atmete das Gift ein. Nach einer halben Stunde wurde Frau W. von ihrem Ehemann tot auf dem Sofa liegend aufgefunden. Die von einem sofort herbeigerufenen Arzt angeordneten Wiederbelebungsversuche waren erfolglos.

### Ober-Schöne-weide.

Ein merkwürdiger Unfallsfall, durch den leicht größeres Unheil hätte angerichtet werden können, ist am Sonntag bei Ober-Schöne-weide berichtet worden. Als gegen 11 Uhr abends ein Vergnügungs-Dampfer der Firma Kahnt u. Berger, von Rauchsangwerder kommend, die Trestow-Brücke passierte, wurde von lehterer herab ein Steinbombardement auf den Dampfer eröffnet. Große Ziegelstücke fielen auf die Passagiere herunter, die in eine derartige Aufregung gerieten, daß das Fahrzeug auf ihre Aufforderung stoppen mußte. Der Kapitän des Dampfers, zwei Passagiere und mehrere Musikanten wurden am Kopfe und an den Armen leicht verletzt; ein Instrument im Werte von 75 M., wurde durch Steinwürfe vollständig zerstört. Leider gelang es nicht, die Täter, eine Rotte halbwüchsiger Burschen zu erwischen.

### Hoherlehme-Wildau.

Auf zur Gemeindevertreter-Wahl! Heute Abend von 6 1/2 bis 8 Uhr findet die Wahl eines Gemeindevorsetzers für die dritte Klasse statt. Das Wahllokal ist beim Gastwirt Trappe in Hoherlehme. Es gilt heute, durch die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten Fleischmeister Josef Hoffmann Protest gegen die Mißwirtschaft in der Gemeinde einzulegen. Kein Wähler darf heute fehlen! Verlese sich jeder mit genügender Legitimation. Wo Parteigenossen mit Arbeitern aus den oben genannten Orten zusammenarbeiten, werden diese gebeten, auf die Wahl aufmerksam zu machen. Wenn jeder Genosse heute seine Pflicht tut, muß und der Sieg zufallen. Also: Auf zur Gemeindevahl!

### Französisch-Wuhholz (Bezirk Pantow).

Zu einem Renzvier zwischen Polizeibeamten und den Arbeitern Grothe, Vater und Sohn, kam es am Sonntag in der Berlinerstraße. Der Polizeibeamte Steindorf war gerufen worden, um in einen Streit einzugreifen, in den die Grothes mit anderen Leuten geraten waren. Dabei kam es zu Auseinandersetzungen, die zu Tätlichkeiten führten. Wenn die Schuld trifft, wird erst die Untersuchung festgestellt. Es soll zu schweren Schlägereien gekommen sein. Mit Hilfe von aus Pantow gerufenen vier Amtsdienern und Kriminalbeamten erfolgte die Festnahme der beiden Grothes, die dann ins Untersuchungsgefängnis übergeführt wurden.

### Potsdam.

Sittlichkeitsverbrechen. Am Sonntag wurde von der hiesigen Kriminalpolizei ein Mann festgenommen, der sich an einem Schulmädchen vergewaltigen wollte. Die Personalien des Betroffenen, der sich mehrere derartige Delikte zuschulden kommen ließ, sind festgestellt.

Zur Hochlegung der Bahnhofs Potsdam-Wildpark. Mit dem Abbruch des alten Stationsgebäudes auf Bahnhof Charlottenhof ist

seit einigen Tagen begonnen worden. Das Dach ist bereits vollständig abgedeckt. — Ferner ist man damit beschäftigt, zwischen Potsdam und der alten Kietzbrücke seitwärts der neuen Betriebsgleise Boden zur Anhöhung des alten Bahnkörpers heranzuschaffen. Die Montage des eisernen Ueberbaues der Unterführung der Alten Luisenstraße schreitet rüstig vorwärts. — Die Arbeiten werden von der Maschinenfabrik Christoph in Riedel D. L. ausgeführt.

## Gerichts-Zeitung.

Sur Plakerei von Vereinen.

Der Vorsitzende des sozialdemokratischen Wahlvereins in Kottbus, Genosse Lehmann, wurde von der dortigen Polizeiverwaltung mittels Verfügung vom 14. November 1906 bei Androhung einer Geldstrafe von 20 M. aufgefordert, ein vollständiges Mitgliederverzeichnis einzureichen, obwohl bei Begründung des Vereins ein Verzeichnis der damaligen Mitglieder und später eine Mitteilung jeder Aenderung der Vereinsmitglieder eingereicht worden war.

Selbstverständlich kam Genosse Lehmann diesem geschwindigen Verlangen der Polizei nicht nach. Er wandte sich beschwerdeführend an den Regierungspräsidenten in Frankfurt a. O. D. Dieser wies die Beschwerde mit der Begründung zurück, daß „bei der äußerst schnellen und großen Steigerung der Mitgliederzahl des im Jahre 1903 gegründeten Ortsvereins — das ersteingereichte Verzeichnis umfaßte nur 6 Mitglieder, während der Verein gegenwärtig etwa 700 zählt — das Vorhandensein eines den gegenwärtigen Stand nachweisenden Mitgliederzeichnisses nötig ist, um der Polizeibehörde den für ihre Zwecke erforderlichen Ueberblick über den Verein zu verschaffen.“

Diese Verfügung eines preussischen höheren Beamten ist ein Prachtexemplar aus unserem „Rechtsstaat“. Genosse Lehmann hat sich aufbehalten, selbstverständlich aber die polizeiliche Anforderung trotz der „Polizeiwede“ nicht befolgt.

Später forderte die Polizeiverwaltung von Kottbus von neuem die Einreichung eines vollständigen Mitgliederzeichnisses bei abermaliger Androhung einer Geldstrafe von 20 M.

Gegen diese Verfügung legte Genosse Lehmann, vertreten durch Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld, Beschwerde ein. Er verwies darauf, daß nach § 3 des Vereinsgesetzes nur binnen drei Tagen „nach Stiftung des Vereins“ ein Mitgliederverzeichnis eingereicht werden muß, im übrigen aber nur „jede Aenderung der Vereinsmitglieder“ der Ortspolizeibehörde anzuzeigen ist. Es sei Sache der Polizei, auf Grund der Anzeigen von Veränderungen selbst die Liste zu vervollständigen, wenn sie das Bedürfnis habe, ein vollständiges Mitgliederverzeichnis zu besitzen.

Und dennoch wurde die Beschwerde von dem Regierungspräsidenten zurückgewiesen. Erst als der Verteidiger weitere Beschwerde bei dem Oberpräsidenten einreichte, wurden endlich die geschwindigen Verfügungen der Kottbusser Polizeiverwaltung aufgehoben. Es war also erst in der dritten Instanz möglich, die Beachtung klarer Gesetzesbestimmungen durch die Polizei zu erzwingen. Wird nun gegen die Polizei wegen ihrer geschwindigen Drohung vorgegangen werden?

### Sparpolitik des Eisenbahnfiskus.

Am 10. Mai hatten wir über eine Gerichtsverhandlung vor der Kölner Strafkammer berichtet. Inter Bezugnahme auf diesen Bericht ersucht uns die königliche Eisenbahndirektion Köln um Aufnahme ihrer Erklärung:

„Nichtig ist, daß der Eisenbahnassistent Th. Hartmann wegen des von ihm verschuldeten Unfalles am 9. Dezember vor. J. in Porz-Urbach zu 75 M. Geldstrafe verurteilt worden ist. Unrichtig dagegen ist die Behauptung, daß er vor dem Unfall eine überaus anstrengende Dienstzeit hinter sich gehabt habe und dienstlich überlastet gewesen sei. Hartmann hatte nach vorausgegangenem 15stündiger Ruhe den Dienst abends um 9 Uhr übernommen, der planmäßig 8 Stunden dauern sollte. Bis zur Zeit des Unfalles (8 Uhr morgens) verließen die Station Porz-Urbach 53 Züge (stündlich also etwa 9), von denen sogar ein Teil die Station ohne Aufenthalt durchfährt. Die dienstliche Tätigkeit bei dieser Anzahl Züge stellt daher keine anstrengende Leistung dar. Unrichtig ist ferner, daß Hartmann genötigt gewesen sei, die Fahrkarten zu sortieren. Das Sortieren der Fahrkarten war überhaupt nicht dringlich, konnte vielmehr in beliebigen Pausen und selbst noch am anderen Tage und, falls nötig, durch

einen anderen Beamten ausgeführt werden. Unrichtig ist ferner, daß Hartmann 9 Weichen zu bedienen hatte. Eine Weichenbedienung lag ihm überhaupt nicht ob. Wenn, wie der Artikel behauptet, Hartmann so häufig in das Stationszimmer eintreten mußte, daß er, um Zeit zu sparen, die geöffnete Tür mit Bindfaden angebunden hatte, so hat Hartmann dies nicht notwendig Zeitersparnis halber getan, da bei durchschnittlich 9 Zügen in der Stunde zwischen je 2 Zügen ein Zeitraum von etwa 6 Minuten lag. Es fehlte ihm daher auch nicht, wie behauptet wird, an Zeit zur Verrichtung der Notdurft oder zum Einnehmen einer Erfrischung.

Unrichtig ist ferner, daß das Stationspersonal in Porz-Urbach ein halbes Jahr lang keinen freien Sonntag gehabt habe. Hartmann insbesondere hat in den dem Unfall vorausgegangenen fünf Monaten an neun Sonntagen Ruhe und zwei Wochen Urlaub gehabt, in welche noch zwei weitere Sonntage fielen.

Daß nach dem Unfall der Dienst verkürzt worden sei, ist gleichfalls im allgemeinen unzutreffend. In dem Dienstbezirk, welcher dem Hartmann überwiesen war, ist überhaupt keine Verkürzung des Dienstes eingetreten, eine solche erstreckte sich auf einen anderen Dienstbezirk und war bereits vor dem Unfall angeordnet.

Im übrigen ist auch durch das gerichtliche Urteil ausdrücklich festgestellt worden, daß von einer Dienstüberlastung des Hartmann nicht die Rede sein könne.

Hartmann hat den Unfall dadurch verschuldet, daß er sich nicht, wie es seine Pflicht war, und was er unzweifelhaft zu tun imstande war, davon überzeugt hatte, ob die Fahrstraße für einen einfahrenden Güterzug frei war. Diese Ueberzeugung brauchte er sich nicht durch persönlichen Augenschein, der, wie behauptet wird, 14 Minuten in Anspruch genommen haben würde, zu verschaffen, er konnte sich hierüber vielmehr durch telefonische Anfrage bei dem Fahrdienstleiter im Nachbarbezirk vergewissern.

Die Verurteilung des Hartmann hat daher mit der Sparfameit des Fiskus nicht den geringsten Zusammenhang, sie ist vielmehr erfolgt lediglich wegen der von Hartmann bewiesenen Fahrlässigkeit.

Die vorstehende Darlegung der Eisenbahndirektion vermag nicht zu beweisen, daß die Schilderung, welche unser Gerichtsbericht enthielt, in der Verhandlung von den Prozeßbeteiligten gemacht ist. Selbst wenn aber nicht das im Prozeß, sondern das von der Eisenbahndirektion entworfene Bild den Tatsachen entspräche, vermögen wir das Urteil der Eisenbahndirektion und des Gerichts nicht zu teilen, daß eine Dienstüberlastung nicht vorliege oder daß solche mit dem Unfall in keiner Beziehung stehe.

### Ein netter Trichinenbeschauer.

Eine Anklage wegen wissentlich falscher Anschuldigung führte gestern den Schlächtermeister Ernst Kunert und den Trichinenbeschauer Friedrich Knorr aus Mosen vor die dritte Strafkammer des Landgerichts II. In Mosen fungiert der Barbier Gersdorf als Fleischbeschauer und hatte in dieser seiner amtlichen Tätigkeit verschiedene Male Veranlassung, Teile der von dem Schlächtermeister Kunert geschlachteten Tiere zu beanstanden bzw. zu konfiszieren. Kunert wandte sich dann an den Mitangeklagten Knorr, um diesen zu ersuchen, in einer Beschwerde an das Landratsamt einige angebliche Pflichtwidrigkeiten des Gersdorf bei der Vornahme der Fleischuntersuchung zur Sprache zu bringen. Knorr kam diesem Ansuchen nach und schickte unter dem Namen des Kunert eine solche Beschwerde an das Landratsamt. Er fügte den beiden von Kunert behaupteten Verfehlungen noch aus eigenem Antriebe einen dritten Fall hinzu, in welchem der Fleischbeschauer angeblich vorschriftswidrig gehandelt haben sollte. Die Anklage nahm an, daß es sich bei der ganzen Angelegenheit, die sich als unzutreffend herausgestellt hat, um einen Machschalk des Kunert und um eine Art Wortweid seitens des Knorr handelte. Der Fleischbeschauer Gersdorf bestritt im gestrigen Termin entschieden, irgendwie sich einer Pflichtwidrigkeit schuldig gemacht zu haben. Die Beweisaufnahme ergab auch nach dieser Richtung hin kein einziges belastendes Moment. Da aber nach Ansicht des Gerichts der Angeklagte Kunert möglicherweise subjektiv überzeugt war, daß in den beiden von ihm zur Sprache gebrachten Fällen Verfehlungen des Herrn Gersdorf vorlagen — wiewohl das keineswegs der Fall war —, so sprach ihn das Gericht frei. Anders lag die Sache bei Knorr, der den dritten Fall noch aus eigenem Antriebe eingeschoben hatte. Er hatte den Fleischbeschauer beschuldigt, ein mit Notlauf behaftetes Schwein freigegeben zu haben. Die Beweisaufnahme ergab jedoch, daß das fragliche Schwein nicht krank gewesen war und Knorr selbst dem Besitzer des Schweines seinerzeit die Versicherung abgegeben hatte, daß es vollständig gesund sei. Das Gericht erachtete daher den Angeklagten Knorr der wissentlich falschen Anschuldigung für überführt und verurteilte ihn zu einem Monat Gefängnis.

### Barmherziger Staat.

Ein Bild des Jammers und Elends, so berichtet man uns aus Halle a. S., konnte man in der letzten Schöffengerichtssitzung

erblicken. Ein unglücklicher Krüppel, der Invalide Besede, dem beide Beine unter den Knien abgenommen worden sind, schleppte sich — der Mann geht tatsächlich ohne Stützen auf den Knien — die steinernen Treppen des Gerichtsgebäudes hinauf, um sich in dem in der ersten Etage gelegenen Gerichtssaal wegen Wetteils zu verantworten. Der Aermste, bei dessen Anblick jeder Mensch von Mitleid gepackt werden muß, hatte eines Tages auf der Straße gebettelt, war dann von einem Polizisten festgenommen — eine lächerliche Tat, denn ausreichen konnte der Mann — und in die Haftzelle gebracht worden. Richter und Publikum konnte man es an den Gesichtern ablesen, wie man über die Polizeihandlung dachte, zumal der Mensch, der nicht anders als nach dem Bibelwort: „Klopft an, so wird Euch aufgetan“, gehandelt hat, nicht weniger als 13 Tage in der Haftzelle zugebracht hat. Was sollte der Unglückliche, der sich, soweit es ihm möglich ist, von Kerbschnitzerei nährt, tun? Ein als Zeuge geladener Schmerzenskind, das auch schon mehrfach polizeilichen Argwohn erregt habe. Das beste wäre, solche Leute in ihre Heimat abzuschieben. Das Trauerspiel endete mit der Verurteilung des Krüppels zu fünf Tagen Haft. Diese Strafe wurde durch die erlittene Haft als verbüßt erklärt. — Und da wunderte sich der Erste Bürgermeister noch, wenn die auswärtige Presse nichts Gutes über den Halleischen Polizeikörper berichtet.

## Aus der frauenbewegung.

Frauen, Genossinnen, Proletarierinnen!

Die proletarischen Frauen greifen aktiv in den offenen Kampf im Bäckergewerbe ein.

Die künstlerischen und scharfmacherischen Meister in Verbindung mit dem Hefesyndikat, welche glauben, durch ihren fein ausgefädelten Streich die Gesellen überwinden, Arbeitern und Konjumenten ihren Willen aufzuzwingen zu können, müssen erfahren, daß sie gegen den Einfluß und die Kampffähigkeit der Frauen aber auch mit ihrem Sperrebeschluß nichts auszurichten vermögen. Für die proletarischen Frauen, für die Genossinnen ist es Ehrensache, den Sieg der Gesellen durchzuführen zu helfen.

Darum, Ihr Frauen des Volkes, beachtet strikte den Boykottbeschuß; duldet nicht, daß eines scharfmacherischen Meisters heimliches, hämisches Lächeln Euch begleitet, weil Ihr vielleicht nur aus Gleichgültigkeit gegen den Boykottbeschuß verstoßt. Wahret Eure Ehre und Eure Interessen, der Gesellen Gegner sind unser aller Gegner.

In welcher Weise die Frauen am wirksamsten arbeiten, das erfahren sie in den heute abend stattfindenden Versammlungen.

Keine Genossin, keine Proletarierin darf heute abend fehlen!!!

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für die Interessen der Hausangestellten. Donnerstag, 6. Juni, abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung in Dräsel's Festsaal, Neue Friedrichstr. 35. Vortrag und Diskussion. Referent: Frä. Verta Schaub: „Fort mit den Gefinbedienstbüchern!“

Rigob. Mittwoch, 6. Juni, bei Thiel, Bergstr. 151/152: Vortrag. Genossin Kadeit: „Was fehlt den arbeitenden Frauen in erster Linie?“

Friedensm. Dienstag, 4. Juni, 8 1/2 Uhr, bei Grube: Vortrag. Dr. Röder: „Mückgratverkrümmung“.

Reinickendorf-Dr. Mittwoch, 6. Juni, 8 1/2 Uhr, im Lokal von Gränder, Hoppestr. 24: Vortrag. Frau Otto.

Spensil. Am 9. Juni Kaffeepartie. Treffpunkt: Hauptlag, Bahnhofsstraße. Abmarsch 1 1/2 Uhr.

Sozialdemokratischer Agitationsverein für den Wahlkreis Kalau-Ludau. Morgen Mittwoch, den 6. Juni, abends 8 1/2 Uhr: Monatsversammlung bei Wehnast, Grünstr. 21. Gäste willkommen.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 10, Aufgang 4, eine Treppe (Gandelsstraße Bellealliance, Durchgang nach Lindenstr. 101), wochentags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gedruckt 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

§ 1307. Sie können einen Sühnetermin beim Amtsgericht beantragen und wenn derselbe erfolglos sein sollte, durch einen Anwalt die Klage auf Verstellung der ehelichen Gemeinschaft anstellen lassen. Wenn dann die Frau innerhalb eines Jahres trotzdem zu Ihnen nicht zurückkehrt, können Sie erst Scheidungssache einreichen. Zweckmäßig ist es, wenn der Sühnetermin erfolglos ablaufen sollte, sich zur Verstellung der Klage das Armenrecht bewilligen zu lassen, weil die Kosten sonst etwa 50—100 M. betragen würden. Die Kosten werden dem für schuldig Erklärten oder dem abgewiesenen Teil auferlegt.

# Achtung! Bäckerstreik! Achtung!

## Kundensammelstellen.

Die verehrliche Bevölkerung von Berlin und Umgegend fordern wir hierdurch auf, falls sie aus bewilligten Bäckereien Ware haben wollen, in denjenigen Stadtvierteln oder Straßenzügen, wo

keine bewilligt habenden Bäckereien vorhanden sind, an nebenstehende

### Kundensammelstellen

ihre Adresse gelangen zu lassen und zugleich mitzuteilen, wie viel Backware und Brot sie täglich brauchen und um welche Zeit die Ware geliefert werden soll.

Die Streifleitung wird dafür sorgen, daß den sich Meldenden auf dem schleunigsten Wege die Ware ins Haus geliefert wird.

Auf Wunsch der dortigen Bevölkerung haben wir vorläufig folgende Kundensammelstellen eingerichtet:

Petermann, Moabit, Birkenstraße 28, Ecke Stephanstraße.

Otto Wedermann, Fichtestraße 71.

Walter Sieber, Buchbinder, Lippehnerstraße 24.

Hermann Barentin, Tilsiterstraße 81.

Max Thiele, Hohen-Schönhausen, Koskestraße.

Emil Witte, Pankow, Florastraße 45.

Winkelmann, Steglitz, Schloßstraße 104.

August Ihrke, Weißensee, Straßburgstraße 27.

Wo das Bedürfnis vorhanden, werden wir auf Wunsch weitere Sammelstellen einrichten. Bäckermeister, die gewillt sind, auch für weitere Touren Lieferungen zu übernehmen, bitten wir, ihre Adresse im Streifbureau niederzulegen.

Falls bei der Lieferung von Anfang nicht alles nach Wunsch gehen sollte, bitten wir die verehrliche Bevölkerung um Nachsicht, aber bei der Hartnäckigkeit unserer Gegner um energische Ausdauer.

### Die Streifleitung.

Streifbureau: „Gophien-Häle“, Gophienstr. 16/17.

Achtung! Radfahrer! Arbeitslose Radfahrer, falls sie gewillt sind, uns zu unterstützen, bitten wir herzlich, im Streifbureau vorzusprechen oder ihre Adresse dort abzugeben.

D. D.

# Bäcker-Streik!

Die Bäckergefelln Berlins und der Vororte sind durch den Wort- und Tarifbruch der Bäcker-Innungen in den Streik getrieben worden. Folgende Bäckermeister haben die berechtigten Forderungen bewilligt!

- Ackerstr. 88, Goldader.**
- 85, F. Hanke.**
- 111, Thoma.**
- 114, Harquard.**
- Adalbertstr. 45a, D. Hanke.**
- 66, Hoppe.**
- Adolfstr. 11, Tennigkeit.**
- 12b, Hämisch.**
- Admiralstr. 10, D. Hanke.**
- 30, Heintzsch.**
- Altenfelderstr. 6, Kamman.**
- 15, Giesch.**
- 26, Saunus.**
- Alte Jakobstr. 188, Rüd.**
- Andreasstr. 16, D. Hanke.**
- Annenstr. 41, Niemeyer.**
- Anklamersstr. 48, Daale.**
- 57, Eder.**
- Antonstr. 48, D. Hanke.**
- Andreasstr. 32, Weisfabrik, Wilhelm.**
- Artilleriestr. 3, Goldader.**
- Babstr. 13, Kappeler.**
- 49, Goldader.**
- Barnimsstr. 45, Keger.**
- 57, Gildenstern.**
- Basianstr. 18, Niebowieds.**
- 30, Lonn.**
- Beckerstr. 22, Eggert.**
- Belleallianenstr. 24, D. Hanke.**
- Bergstr. 2, Hönke.**
- Bergmannstr. 10, Anolus.**
- 14a, Solms.**
- 19, D. Hanke.**
- Berlingensstr. 1, Polonius.**
- 12, Graf.**
- Bernauerstr. 3, Schil.**
- 47, Hünke.**
- Beusselstr. 17, D. Hanke.**
- 7, Eder.**
- 42, Langsch.**
- 44c, Grotzlein.**
- 56, Dohle.**
- 59, Schneider.**
- Biesenhalerstr. 2, Wenzing.**
- Birkstr. 32, Sauer.**
- Bischstr. 11, D. Hanke.**
- Blumenstr. 13, D. Hanke.**
- 67, Berolina.**
- Bodanmerstr. 10, Minke.**
- Borghagenstr. 27, Stellung.**
- Böttcherstr. 5, Kruppe.**
- 25, Duder.**
- Bremerstr. 57, Welterling.**
- 60, Bager.**
- Brunnenstr. 3, Wolmeide.**
- 41, Sorge.**
- 151, F. Hanke.**
- 129, Goldader.**
- 154, Herrmann.**
- Bräckerstr. 5, de Bruyn.**
- 8, Gonsior.**
- 43, Janeged.**
- Buchstr. 1, Böcker.**
- Burgdorferstr. 15, Ender.**
- Buttmanstr. 20, Hüh.**
- Cabikerstr. 4, Weber.**
- Cannhauserstr. 6, Hübner.**
- Cannin Schwast. 133, Schwed.**
- 157, Deede.**
- 163, Strauß.**
- Chausseestr. 44, Goldader.**
- Chodowiesstr. 25, Mariod.**
- Christburgerstr. 35, Bunt.**
- Comeniusplatz 4, D. Hanke.**
- Cuvyrstr. 28, Blau.**
- Dahlendorferstr. 38, Busst.**
- Danzigerstr. 8, Conrad.**
- 72, Bonbrat.**
- 78, Bonger.**
- Demminstr. 25, Grund.**
- 23, Giese.**
- Dieffendachstr. 27, Steinborn.**
- 52, Kich.**
- 58a, Berthe.**
- 70, Bod.**
- Dolzgerstr. 51, Weiste.**
- 26, Reimann.**
- Dragonerstr. 38/40, Schramm.**
- Dresdenerstr. 6, Goldader.**
- 17, D. Hanke.**
- 90, Schulze.**
- 104, Hanke.**
- Dunderstr. 2, Gervens.**
- 78, Kunze.**
- 60, Deimert.**
- Ebelingstr. 5, Bänder.**
- Eberthstr. 54, F. Hanke.**
- 33, D. Hanke.**
- 45, Schramm.**
- Eisenbahnstr. 8, D. Hanke.**
- 3, Haupt.**
- Eibingerstr. 99, Reimann.**
- 27, Fiedler.**
- Emdenerstr. 21, Niehtroy.**
- 17, Wohl.**
- Erasmustr. 16, Hanke.**
- Faldensteinstr. 20, Eilich.**
- 17, D. Hanke.**
- Falkplatz 1, Gänther.**
- Fehmannstr. 8, Behrend.**
- 9, Bolkbrot.**
- Fehrdammstr. 27, Höljelbarth.**
- Fennstr. 48, Laddach.**
- 51, Hanke.**
- Försterstr. 20, Genossenschaft „Berlin“.**
- 48, Reich.**
- Frankenstr. 2, D. Hanke.**
- Große Frankfurterstr. 139, Goldader.**
- Frankfurter Allee, Ede Samariter.**
- Kunze, F. Hanke.**
- Frankfurter Allee 40, Richter.**
- Frankfurterstr. 27, Böttger.**
- 45, Thiel.**
- 53, Goldader.**
- Freienwalderstr. 21, Giesch.**
- 38, Köpfe.**
- Friedrichstr. 247, Goldader.**
- 27, D. Hanke.**
- Friedrichshofstr. 28, Gnida.**
- Friedenstr. 57, Beder.**
- Friedrichsbergerstr. 16, Kolwobghnst.**
- Friedrichsbergerstr. 46, C. Polenz.**
- Friedrichsbergerstr. 9, Rang.**
- 15, Dhwald.**
- Friedrichsbergerstr. 7, Feinrich.**
- Gerdichtstr. 63, Schönwiese.**
- Gipsstr. 7, D. Hanke.**
- Gleimstr. 9a, Naabe.**
- 19, Fribol.**
- 43, Grotze.**
- 48, Albraham.**
- Gleimstr. 60, Reich.**
- Goltschtr. 31, Goldader.**
- Golkowstr. 9, Ost. Hanke.**
- Gormannstr. 25/26, Minut.**
- Glogauerstr. 2, Rogan.**
- 17, Hanke.**
- 26, Schmarzer.**
- 28, Bäckeri-Genossen.**
- schaft Berlin.**
- Görlichstr. 68, Post.**
- Gr.-Görlichstr. 43, D. Hanke.**
- Grotzstr. 35, Bäckeri-Genossenschaft Berlin.**
- Gräferstr. 4, Rehdorf.**
- Graubenzigerstr. 5, Rüdich.**
- Graunstr. 5, Schenk.**
- 7, Dohrmann.**
- 32, Lehmann.**
- 37, Müller.**
- Greifenhagenstr. 15, Riksch.**
- Greifswalderstr. 191, Müller.**
- 12, D. Hanke.**
- Grimmstr. 1, Woll.**
- 29, D. Hanke.**
- Grünauerstr. 12, Bus.**
- Grünauerstr. 13, Hönke.**
- Gugenbergstr. 5, Mehl.**
- Heidenfeldstr. 21, Schön.**
- 19, Goldader.**
- Heinersdorferstr. 12, Damm.**
- 27, Hoffmann.**
- Hennigsdorferstr. 1, Herrmann.**
- 13, Damm.**
- 37, Schäge.**
- Hermisdorferstr. 8, Sobel.**
- Hochstraße, Neue, 18, Berliner Ge-**
- nossenschafts-Bäckeri.**
- Hochstr. 31, Maue.**
- Hochmeisterstr. 1, Hanke.**
- 20, Friedrich.**
- Hochstädterstr. 23, Hohl.**
- Hohlfeldstr. 55, Kronhelm.**
- Huislandstr. 36, Oberweiser.**
- 40, Rittland.**
- Hübnerstr. 6, Bauer.**
- Hußstr. 15, Postker.**
- 20, Sm. Wolf.**
- 80, F. Hanke.**
- 45, Kießling.**
- Immanuelfürststr. 32, Klemer.**
- Insterburgerstr. 2, D. Hanke.**
- 5, Schrom.**
- 12, Hennig.**
- Jakobsstr. 157, Goldader.**
- Jakobsstr. 1, Bode.**
- Jagomstr. 10, Tischbühl.**
- Jahnstr. 21, Rüdler.**
- 46, Bloch.**
- Jaschmunderstr. 18, Böttcher.**
- Kaiserstr. 46, Ralboom.**
- Karlstr. 26, D. Hanke.**
- Kastanien-Allee 13/14, Bep.**
- 19, Goldader.**
- 46, Niepfa.**
- 67, Hühner.**
- Kleine Andreasstr. 7, Dierke.**
- Kleine Frankfurterstr. 14, Rittschädt.**
- Kleine Markstr. 1, Wiedersich.**
- Kochstr. 28, Kriem.**
- Kolbergerstr. 1, Hanke.**
- Koloniestr. 30, Böring.**
- 31, Ruche.**
- 71, Schöpf.**
- Koppenstr. 25, Straumeyer.**
- Koppenhagenstr. 29, Seidel.**
- 56, Raber.**
- 59, Kurth.**
- 65, Weib.**
- Kopernikusstr. 3, Leipel u. Viehöfer.**
- 9, Weisig.**
- 25, Thulke.**
- 33, Bimmenberg.**
- Köpenickerstr. 172, Giesch.**
- Köpenickerstr. 1, Röhmer.**
- 3, Geringdowst.**
- Korförsterstr. 2, Surr.**
- 17, Häbner.**
- Kottbuser Damm 20, Proker.**
- Neue Königstr. 60, Goldader.**
- Krautstr. 4/5, D. Hanke.**
- Kreuzenerstr. 15, Mariod.**
- Kreuzigerstr. 1, Lange.**
- Kruglerstr. 8, Schumann.**
- Randsberger Allee 43, Kreßmann.**
- 51, Ridel.**
- Randwehrstr. 12, Plepler.**
- Rangelstr. 13, Goldader.**
- 25, Hildebrandt.**
- Rauherstr. 9, Raul.**
- Richtenbergerstr. 6, Winter.**
- 21, Reist.**
- Rintenstr. 1, D. Hanke.**
- 26, D. Hanke.**
- Riebigstr. 6, B. Hanke.**
- 31, Bauer.**
- 38, F. Hanke.**
- Riesendammstr. 31, Ridel.**
- Riepenstr. 5, Albrecht.**
- Rippauerstr. 8, Ribel.**
- Rippauerstr. 14, Schneider.**
- Verjüngstr. 6, Röhmer.**
- 17, Dahms.**
- Rohringerstr. 34/35, Kollweide.**
- Rövestr. 8, F. Hanke.**
- 18, Ried.**
- Rüdenstr. 20, D. Hanke.**
- 47, Schmidt.**
- Rüdenstr. 10, Dader.**
- 17, Gaul.**
- 24, Fennigsdorf.**
- 29, Wiers.**
- Ryghenerstr. 4, Schmede.**
- 110, Köpfer.**
- Rymarstr. 14, Pankel.**
- Ryalplaquetstr. 6, Schulze.**
- 12, Behrend.**
- 16, Gensior.**
- Rantkestr. 61, Redmann.**
- 87, Jurke.**
- 90, D. Hanke.**
- 99, Brauer.**
- 103, Wiedefeld.**
- Mariannenstr. 12, D. Hanke.**
- 22, Prod.**
- Markgrafenstr. 99, D. Hanke.**
- Markstr. 11, Schneider.**
- 58, Richter.**
- Magstr. 17, Ladd.**
- Remelerstr. 7, Noerde.**
- Reherstr. 2, Sachsis.**
- Rilienwalderstr. 30, Dohmal.**
- 44, Schröder.**
- Witbachstr. 14, Volkstrot.**
- Rußländerstr. 13, Laitermann.**
- 28, Feinselmann.**
- Rulandstr. 10, Schramm.**
- Rüllerstr. 28, Laddise.**
- 32a, Weber.**
- 169a, Hanke.**
- Rühlensstr. 32, Rahl.**
- 46a, Franke.**
- 51, Schön.**
- Rühnegergerstr. 15, Lete.**
- Rauhnstr. 1, Riddert.**
- 7, Fiehl.**
- 40, Barbusch.**
- 64, Dellmann.**
- 73, Stojczak.**
- Ragarethstr. 39, Ribel.**
- 45, Schulz.**
- Reanderstr. 23, Raubert.**
- 27, D. Hanke.**
- Reue Hochstr. 45, Jacob.**
- Rottstr. 9, Bodisch.**
- 49, Rörder.**
- Rhmstr. 9, Komolad.**
- Oranienstr. 186, D. Hanke.**
- Oppelnerstr. 20, Kolnbleim.**
- Palladenstr. 20, Schmidt.**
- 58, Barth.**
- 91, D. Hanke.**
- Pantstr. 21, Koble.**
- 25, Gänther.**
- Pappel-Allee 7, Riebel.**
- 18, Götze.**
- 21, Schiller.**
- 24, Teller.**
- 85, Drepler.**
- Verlebergerstr. 54, Berl. Gen.-Bäckeri.**
- Petersburgerplatz 6, Hanke.**
- Wintzstr. 4, Grünmacher.**
- Wannstr. 33, Berliner Gen.-Bäckeri.**
- 92a, Blume.**
- Waningerstr. 7, Welt.**
- Wenzlauer Allee 24, Goldader.**
- 42, Meyer.**
- 88, Rauber.**
- 203, Herrmann.**
- Wenzlauerstr. 11a, Goldader.**
- 61, Hämisch.**
- Pringenstr. 12, D. Hanke.**
- Prinzeßinnenstr. 31, Riech.**
- Prinzen-Allee 53, Loff.**
- 61, Riech.**
- Prossauerstr. 31, F. Hanke.**
- Putzstr. 11, Naape.**
- 14, Gottschalk.**
- 21, F. Hanke.**
- 24, Kuntz.**
- 46, Bloch.**
- Ramerstr. 24, Nohn.**
- 31, Dahlenburg.**
- 34, Dehmet.**
- 38, Cassin.**
- Rathborstr. 1, Bäckeri-Genossenschaft Berlin.**
- Rathborstr. 6, Dießmann.**
- 17, Räder.**
- Reichenbergerstr. 62, D. Hanke.**
- 88, D. Hanke.**
- 96a, Thentle.**
- 101, Wagner.**
- 145/146, Hämisch.**
- Rheinbergerstr. 13, Scholz.**
- 26, Lorenz.**
- Reinickendorferstr. 36, Hanke.**
- 112, Goldader.**
- 120, Berliner Gen.-Bäckeri.**
- Rigaerstr. 4, Hanke.**
- 100, Spärlin.**
- Rominerstr. 41, Bräuner.**
- 44, Müller.**
- 57, Gorgas.**
- Ruppinerstr. 8, Naabe.**
- 12, D. Hanke.**
- Rostockerstr. 31, Wogener.**
- 36, Ulbrich.**
- 40, Fiehle.**
- 48, Krüger.**
- 51, Dering.**
- Rüdenstr. 16, Hühner.**
- 22, Hambor.**
- Samariterstr. 2, Richter.**
- 11, B. Hanke.**
- 28, Meise.**
- Samostra 22, Stege.**
- Schillingstr. 19, Ost. Hanke.**
- Schneidenerstr. 4, Hildebrandt.**
- 16, Baum.**
- 18, Hoff.**
- Schlemannstr. 30, F. Hanke.**
- 32, Japp.**
- Schönhauserstr. Allee 33, Goldader.**
- Schönhauserstr. Allee 39/40, G. Schwarz.**
- Schönhauser Allee 5, Goldader.**
- 70a, Goldader.**
- 150, Blume.**
- 188, D. Hanke.**
- Schreinerstr. 57, Siepad.**
- Schulstr. 28, Schamberg.**
- 25, Hanke.**
- 37, Schmidt.**
- Schulzendorferstr. 23, Barth.**
- Schwebterstr. 32, Hanke.**
- 48, Kögel.**
- 52, Häbner.**
- 230, Rumm.**
- 240, Schmidt.**
- Seelowerstr. 15, Baur.**
- Siedingstr. 78, Winter.**
- Siemensstr. 17, Mügge.**
- Simonstr. 14, Lint.**
- Simonstr. 12, Hanke.**
- 28, Rahlke.**
- Staligerstr. 63/64, Dehmet.**
- 120, Gerlach.**
- Commenburgerstr. 13, Größling.**
- Soldinerstr. 32, Hofmann.**
- 69, Schneider.**
- Sorauerstr. 1, Römig.**
- 8, Areschmar.**
- Sparrstr. 19, Gonsior.**
- Sprengelestr. 4/5, Wogenerstr.**
- Stallhüterstr. 32, Hanke.**
- Stargarderstr. 73, Hart u. Waller.**
- Stendalerstr. 4/5, Coris.**
- Stettinerstr. 26, Klemer.**
- 56, Barmeloe.**
- Stolpischerstr. 4, Balle.**
- 32, Hanke.**
- Strohmännerstr. 24, Rander.**
- 2, Hanke.**
- Strelitzerstr. 15, v. Grabomski.**
- 31, Schumann.**
- 64, Brauner.**
- Stromstr. 33, Hartrow.**
- Swinemünderstr. 54, Paulschied.**
- 66, Biesler.**
- 80, Bruh.**
- 82, Kannel.**
- 93, Schuber.**
- 100, Kunze.**
- 119, Hühner.**
- Torstr. 13, Schagner.**
- Treskowstr. 57, Korschner.**
- Türkenstr. 22, Tischbühl.**
- Tegelstr. 11, Lenzner.**
- 23, Dabke.**
- 34, Stripte.**
- Tiedstraße, Rüst.**
- Tüftstr. 26, Behner.**
- 91, B. Hanke.**
- Torstr. 14, Lenz.**
- 17, Hiesmer.**
- Türmerstr. 36, Rühmann.**
- Turmstr. 51, Goldader.**
- 67, D. Hanke.**
- Urbanstr. 1, Reudorff.**
- 25, Herzog.**
- 52, D. Hanke.**
- 104, Kruschke.**
- Uebomstr. 4, Stollberg.**
- Uwehnerstr. 8, Rechen.**
- Veteranenstr. 16, D. Hanke.**
- Waldstr. 42, Gdel.**
- Waldstr. 4, Sert.**
- 17, Hanke.**
- 25, Kallisch.**
- 36, Bured.**
- 46, Wohl.**
- Waldemarstr. 76, Claus.**
- Waldhauerstr. 8, Wolf u. Heintz.**
- 16, Hagenbomski.**
- 64, Hildebrandt.**
- Waltstr. 1, Hanke.**
- 21, Hoffrichter.**
- Waldstr. 36, Goldader.**
- Weddingstr. 7, Brendel.**
- Weichstr. 34, Schulz.**
- Weidenweg 25, Brosin.**
- 34, D. Hanke.**
- 37, Ehnert.**
- Weinbergsweg 9, Ludwig.**
- Weinstr. 7, Karraz.**
- 27, Repler.**
- Weißburgerstr. 24, Nahn.**
- 55, Kobling.**
- Weißerstr. 5, Kierzowski.**
- Wiedstr. 21, Staud.**
- 66, Spidemann.**
- Wienstr. 36, Dörmann.**
- 49, Witschel.**
- 56a, Kautsch.**
- Wienstr. 19a, Dreier.**
- 31, Holland.**
- 64, Schardlem.**
- Wilhelmsdammstr. 13, Geste.**
- 23, Godecke.**
- Widenowstr. 29, Dreier.**
- Wilmshoferstr. 15, Goldader.**
- Wintzstr. 6, Müller.**
- 71, Schwabe.**
- Wißdorferstr. 3, Schulze.**
- Wittichstr. 7, Giesmann.**
- Woldenbergerstr. 7, Giesmann.**
- Wollmerstr. 23, Dahlen.**
- 31, Fuhrmann.**
- 31, Borsdahl.**
- 44, Schürmacher.**
- 58, George.**
- Wranzelstr. 77, Gensmann.**
- 91, D. Hanke.**
- Wreßstr. 11, Kurzweg.**
- Wronschplatz 1, Wolfmeide.**
- Wronschstr. 2, Regen.**
- 54, Winterhale.**
- Zornsdorferstr. 2, F. Hanke.**
- 55, Richter.**
- Zwinglstr. 15b, Ulbrich.**
- Alt-Glienide.**
- Rudowerstr. 57, Lange.**
- Adlershof.**
- Hilmarsstr. 14b, Schulz.**
- 21, Hämisch.**
- 48, Latersch.**
- Chausseestr. 17, Dally u. Hagemeyer.**
- 47, Pfeife.**
- Rungstr. 3, Rabanel.**
- Vorkladowe.**
- Ernststr. 6, Grotz.**
- 25, Tafelsch.**
- Reinigerstr. 62, Reudauer.**
- Baumhulenweg.**
- Baumhulenstr. 70, Stenzel.**
- Ernststr. 9, Hoffmüller.**
- Fiehlstr. 24, Reupold.**
- Schwebterstr. 29, Schulze.**
- Vohnsdorf.**
- G. Solle.**
- B. Gebhardt.**
- Vorhagen-Rummelsburg.**
- Boydagener Chaussee 5/6, März.**
- Gabriel Ranzstr. 1, Lutzmann.**
- 2, Lutzmann.**
- Rander.**
- Gründerstr. 12, Schulz.**
- 18, Löwa.**
- Janpstr. 82, Herck.**
- Kantstr. 1, Dlugowski.**
- 15, Sydtsch.**
- 18, Rüdger.**
- Pendelstr. 7a, Blugrad.**
- Neue Bahnhofsstr. 9, Fiehl.**
- Neue Prinz Albrechtstr. 8, Hühner.**
- 30, Rasmann.**
- Türschmidtstr. 31, Wenzig.**
- 40, Rastweil.**
- Wahlstr. 32, Rander.**
- R. 10, B. Richter.**
- R. 35, Peter.**
- Straßau.**
- Alt-Straßau 49, Hartung.**
- Charlottenburg.**
- Catterstr. 19, Ulbrich.**
- Cauerstr. 27, Genossenschaft „Pro-**
- duktion“.**
- Cherstr. 18, Genossenschaft „Pro-**
- duktion“.**
- Dankelmannstr. 12, Barh.**
- 46, Lehmann.**
- 55, Ulbrich.**
- Friedbergstr. 39, Ulbrich.**
- Grotzmannstr. 14, Ulbrich.**
- Grünstr. 27, Bachmann.**
- Heimholzstr. 19, Ulbrich.**
- Kaiser Friedrichstr. 43, Ulbrich.**
- Kanalstr. 7, Reitm.**
- 15, Heime.**
- Kantstr. 103, Ulbrich.**
- Knobelsdorferstr. 43, Ulbrich.**
- Leibnizstr. 65, Ulbrich.**
- Rehringstr. 21, Rauh.**
- Reichsstr. 42, Reitm.**
- Potsdamerstr. 11, Bachmann.**
- 12, Konsumverein.**
- 42, Ulbrich.**
- Sophie Charlottenstr. 60, Procl.**
- 67, Ulbrich.**
- Spandauerstr. 30, Ulbrich.**
- Speest. 11, Polka.**
- Laurogenerstr. 10, Genossenschaft**
- „Produktion“.**
- Laurogenerstr. 45, Ulbrich.**
- Naust. 85, Ulbrich.**
- Reimarerstr. 29, Konsumverein.**
- Wilmersdorferstr. 27, Konsumverein.**
- 41, Ulbrich.**
- 163, Ulbrich.**
- Franz. Buchholz.**
- Bankowerstr. 28, Ulbrich.**
- Rühlensstr. 1, Preuh.**
- Friedrichshagen.**
- Lauterstr. 24, Karob.**
- Friedrichshagen.**
- Blumenhalstr. 38, Belske.**
- Rummelsburgerstr. 22, Dpik.**
- Friedrichshof.**
- Verlinerstr. 66, Seler.**
- 102, Wölfert.**
- Groß-Zieschen.**
- H. Berner.**
- Sämtliche Bäckermeister bewilligt**
- Hermisdorf.**
- Hauptstr. 34, Herrmann.**
- Reptanstr. 23/24, Grünhagen.**
- Seebadstr. 1, Ladewig.**
- Heiligensee.**
- H. Kühne.**
- Hohen-Schönhausen.**
- Rathofer.**
- Röpenitz.**
- Borgmannstr. 6, Bergmann.**
- Grünauerstr. 27, Krümer.**
- Rosenstr. 2, Peter.**
- Rudowerstr. 25, Hein.**
- Schönhauserstr. 12, Rude.**
- Karlshorst.**
- Dönhoffstr. 9, Damm.**
- Dorotheenstr. 27, Eichhorn.**
- Nichtenberg.**
- Dorfstr. 82, Rüdger.**
- Frankfurter Allee 3, Ransh.**
- Margarethenstr. 8a, Schager.**
- Oberstr. 25, Gotsch.**
- Wasserstr. 38, Dehler.**
- Schwarzweberstr. 31, Köpfe.**
- Weichstr. 32, Ransh.**
- Wühelstr. 57, Zeise.**
- 69, Griesbe.**
- Wariendorfer.**
- Chausseestr. 11a, Romad.**
- 12, Bendi.**
- 15, Papler.**
- 67, Spielhagen.**
- Nieder-Schönhausen.**
- Beuthstr. 11, Krüger.**
- Blankenburgerstr. 1, Jugowit.**
- 18, Köhne.**
- Ober-Schöneweide.**
- Obfonstr. 9, Peter.**
- Pfaffenstr. 2, Peter.**
- Mathemstr. 31, Peter.**
- Talberstr. 2, Peter.**
- Pantow.**
- Busstr. 8, Dendru.**
- Wühelstr. 52, Müller.**
- Wollankstr. 68, F. Hanke.**
- Höhensee.**
- Charlottenstr. 12, Thiele.**
- Reinickendorf.**
- Verlinerstr. 104, Rah.**
- 134, Gottschalk.**
- Marstr. 12/13, Bollmer.**
- Provingstr. 51, Lange.**
- 80, Schwarz.**
- Reifendstr. 61, Witte.**
- 105, Mehl.**
- 118, Broje.**
- Wiltstr. 62, Neue Berliner Genossen-**
- schafts-Bäckeri.**

Russische Beamtenuntreue in Mecklenburg.

(Telegraphischer Bericht.)

Schwerin, den 3. Juni.

Ein Kiefenprozess wegen Durchstechereien und Unterschlagungen an der Irrenanstalt Sachsenberg bei Schwerin nahm heute vor der ersten Strafkammer des Schweriner Landgerichts seinen Anfang. Fünf Angeklagte werden aus der Untersuchungshaft vorgeführt, in der sich eine Anzahl von ihnen bereits seit Mai 1906 befinden; vier Angeklagte waren gegen hohe Kautionen aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Der eine der Hauptangeklagten, Hofschlächtermeister Wild-Schwerin, hatte ursprünglich einen Teil der Kalbfleischlieferungen für die Irrenanstalt Sachsenberg. Indem er dem zweiten Hauptangeklagten, dem Betriebsinspektor Arnold Schulze, der heute als schwerkranker, gebrochener Mann auf der Anstalt im Bly, die freie Fleischlieferung für seinen Privatbathaus während des ganzen Jahres in Aussicht stellte, hat Wild den Schulze bewegen, ihm die anderen Submissionen der sich um die Lieferungen bewerbenden Schlächtermeister zugänglich zu machen, damit er seine Bewerbung so einrichten könne, daß sie für die Anstalt günstig werde. Zugleich bewog Wild den Schulze, seine Bewerbung bei dem Oberarzt der Anstalt zur Annahme zu empfehlen. Auf diese Weise gelangte Wild in den Besitz der gesamten Fleischlieferungen für die Anstalt. Mit Hilfe des Angeklagten Schulze und zweier weiterer in der Anstalt beschäftigten Angeklagten, des Bureauassistenten Brädigam und des Privatsekretärs Dinspeter, hat dann Wild seit dem Jahre 1899 der Anstalt viel höhere Fleischgewichtsmengen in Rechnung gestellt, als wirklich geliefert wurden. Schließlich hat Wild auch der Anstalt minderwertige Sorten von Fleisch, Würst und Schinken geliefert, die nachher als erstklassige Ware in Rechnung gestellt wurden. Für den Umfang der Betrüge und des Rußens, den der Hauptangeklagte Wild gezogen hat, gibt der Umstand einen Anhalt, daß er den beiden mitangeklagten Bureauassistenten jährlich 1000 M. für ihre Beihilfe gezahlt hat. Der Betriebsinspektor Schulze hat natürlich wesentlich höhere Summen erhalten. Als fünfter war an dem Rußens der mitunterrichtete Buchhalter des Angeklagten Wild, Karl Heinrich Müller, beteiligt. In ähnlicher Weise ist die Anstalt durch die anderen vier Angeklagten, Kolonialwarenhändler Will, Kohlenhändler Witwe Scharfberg, Kaufmann Bärwald und Gutsbesitzer Barth, geschädigt worden. Die Anklage gegen diese neun Angeklagten lautet auf Beamtenuntreue (aktive und passive), Urkundenfälschung, Betrug und Untreue. Die Verteidigung stützt sich hauptsächlich auf die Tatsache, daß die beiden angeklagten Beamten der Irrenanstalt, Bureauassistent Brädigam und Sekretär Dinspeter ein

Jahresgehalt von 360 M.

bezogen, obwohl sie viele Jahre lang in der Anstalt in verantwortlicher Stellung tätig waren.

Angeklagter Betriebsinspektor Schulze gibt die Anklage in hohem Umfange zu. Er hat seit einer Reihe von Jahren Geschenke aller Art angenommen und dafür die Lieferanten begünstigt. Hofschlächtermeister Wild gibt die gemeinschaftlichen Betrüge zu, bekennt aber die Beteiligung. — Ähnlich liegt es bei den Angeklagten Kaufmann Bärwald und Witwe Scharfberg. Sie bestritten, dem Schulze Geschenke gegeben zu haben, um ihn zu Pflichtwidrigkeiten zu verleiten. — Der Angeklagte Schulze gibt aber zu, von ihnen Geld genommen zu haben, um ihnen die Seifenlieferung bzw. Kohlenlieferung zu beschaffen. — Der einzige Angeklagte, der alles bestritt, ist der Gutsbesitzer Barth. Die ihm zur Last gelegten Taten reichen allerdings bis 1898 zurück. Barth leugnet, sich in unrechtmäßiger Weise bereichert zu haben. Seine

Substanzlieferungen

seien durchaus preiswert gewesen. — Vorf.: Sie sollen aber auch an dem verstorbenen Betriebsinspektor der Irrenanstalt Velschheim bei Rostock sehr erhebliche Geschenke gemacht haben. Vor allem haben Sie sich auch überhöhte Rechnungen zahlen lassen. Sie haben doch bei weitem nicht so viel geliefert, wie Sie bezahlt erhielten. — Angekl. Barth: O doch! — Vorf.: Wir verhandeln getrennt fünf Fälle, getrennt nach den fünf Lieferanten: Kolonialwaren, Kohlen, Seife, Fleisch und Butter, weil zwischen ihnen nur ein rechtlicher, aber kein tatsächlicher Zusammenhang besteht. Wir machen jeden einzelnen dieser fünf Fälle mit Beweisaufnahme und Zeugenverhör vollkommen spruchreif. — Wir verhandeln also zunächst den

Fall Will.

Angeklagter Betriebsinspektor Schulze

äußert sich zu dem Fall des Kolonialwarenhändlers Will. Schulze ist jetzt 66 Jahre alt, verheiratet und Vater von sechs Kindern im Alter von 16 bis 25 Jahren. Er war ursprünglich Gutsinspektor, später selbständiger Besitzer in Mecklenburg, verkaufte aber, weil er nicht genug Geld hatte, um sein großes Vermögen bewirtschaften zu können. Er kaufte sich dann eine kleinere Stelle im Holsteinischen. Kapitalmangel zwang ihn auch da, zu verkaufen. Er trat dann für kurze Zeit als Bureauvorsteher in eine Hamburger Privatbriefbeförderungsanstalt ein. Diese Anstalt verdrängte aber bald und Schulze wurde brotlos, bis er im März 1888 als Betriebsinspektor an die Irrenanstalt Sachsenberg kam. Hier wurde er schon nach einem halben Jahr fest angestellt und berechtigt. Das Anfangsgehalt betrug 2700 M. bei freier Dienstwohnung, Garten und Feuerung und stieg bis 4200 M. im Jahre 1901. — Vorf.: Davon wurden jedoch 10 Proz. für Wohnung und Feuerung abgezogen? — Angekl.: Nein, 10 Proz. für Wohnung, außerdem 150 M. für Feuerung. Vor allem ich 3600 M. Ich war viel schlechter gestellt als mein Kollege in Gschleheim. — Staatsanwalt: Der Angeklagte erhielt aber außerdem in den Jahren 1891 bis 1904 750 M. an Unterstützungen vom Kuratorium. Ja, er besaß sogar die Frechheit, im Dezember 1905, während schon die Untersuchung schwebte, noch einmal um Unterstützung einzukommen. — Vorf.: Sie hatten damals 18 000 M. Vermögen, das beschwiegene Sie in Ihrer Eingabe, um sich Unterstützung zu verschaffen. — Angekl.: Meine Frau war schwer krank, mangelnd und nervös, meine Kinder kosteten viel Geld. — Vorf.: Ihre Tochter war Lehrerin am Seminar und Ihr Sohn studierte die Arzneikunde in Berlin. Sie sollen außerdem zu Hause in großem Wohlstande gelebt haben. Trotzdem haben Sie sich noch ein solches Vermögen erworben.

Das Geschäft mit den Lieferanten muß also gut gegangen sein. (Weiterleit.) Schon 1899 kauften Sie durch das Bankhaus Jaffe für 1000 M. Wertpapiere, 1903 aber durch die Dresdener Bank in Hamburg für 7300 M. Sie waren mit dem Angeklagten Will sehr befreundet und besuchten ihn fast täglich, für eine Freundschaft fast zu oft. (Weiterleit.) Sie lieferten also für die 800 Mann starke Belegschaft der Irrenanstalt Sachsenberg Zucker, Kaffee, Petroleum, Salz, Kartoffeln usw. Was hatten Sie davon für Vorteil? — Angekl. Schulze: Bis 1901 bekam nur meine Frau

festen Vertrag.

wonach ich 10 Proz. der bezahlten Gelder

erhielt. (Weiterleit.) — Vorf.: 10 Proz. ist ja enorm viel. Man wird ja den Kopf schütteln, wenn man das liest. Dabei ging Will mit den Preisen immer mehr herunter, um die Konkurrenz fern zu halten. Dafür steigerte sich seit 1901 der Verbrauch ganz ungeheuer. 1898 gebrauchte die Anstalt von ihm für 24 480 M.

Ware, 1904 aber für 42 000 M., also 18 000 M. mehr. Ungeheimlich hat Will viel zu wenig geliefert und viel zu viel bezahlt bekommen. Sie haben das alles geduldet, weil Sie selbst großen Vorteil davon hatten. — Angekl.: Ich war fast ohne Kontrolle. — Der

Angeklagte Will

hat sein Geschäft 1903 an seinen Reffen verkauft und ist jetzt Rentier. Er ist verheiratet, kinderlos und in guten Vermögensverhältnissen. — Vorf.: Ihr Haus ist fast schuldenfrei, Sie haben 60 000 M. Vermögen, allerdings haben Sie nur ein Zins Einkommen von 1020 M. jährlich deklarieren. — Angekl.: Ich hatte auch manchmal nicht mehr. — Vorf.: Nun, lassen Sie nur gut sein, ich will das nur als Streiflicht benennen. Wegen Steuerhinterziehung wollen wir ja hier nicht gegen Sie verhandeln. (Weiterleit.) Sie hatten also die Lieferungen für Sachsenberg seit Gründung Ihres Geschäfts im Jahre 1875 und legten darauf großen Wert? — Angekl.: Ja, dem Ladengeschäft allein konnte ich nicht leben. — Vorf.: Sagen Sie doch offen, Sachsenberg war ihr einziger Kunde, dafür allerdings auch ein guter Kunde. Wie kamen Sie denn zunächst dazu, der Frau Schulze Geschenke zu machen? — Angeklagter: Ich habe ihr zum Geburtstag und zu Weihnachten Geschenke von 20 bis 25 M. gemacht. Wir waren doch befreundet und jeder Kaufmann muß der Kundin gegenüber aufmerksam sein. (Weiterleit.) — Vorf.: Nun, ich bin doch auch einer vom Fach. Mein Vater war auch Kaufmann und ich habe nie davon gehört, daß er solche Aufmerksamkeiten erwiesen hätte. — Angekl.:

Ja, das war damals in der guten alten Zeit!

(Große Heiterkeit.) — Vorf.: Die Haushaltsrechnungen hat Frau Schulze auch stillschweigend unbegabt gelassen? — Angekl.: In den letzten Jahren wurde alljährlich über 550 M. quittiert. — Vorf.: Aber bezahlt wurde nichts, denn Sie haben ja nichts davon aus der Kasse ins Memorial übertragen. — Angekl.: Dazu hatte ich zu viel zu tun. (Weiterleit.) — Vorf.: Sie hatten ja gar keine Privatbank. Von 1901 an zahlten Sie also ständig 10 Proz. des Wertes der Waren an Schulze. Wie kamen Sie dazu? — Angekl.: Eines Tages schrieb Schulze, wenn es nicht anders würde, müßte er den Geschäftsverkehr mit mir abbrechen. — Vorf.: Früher haben Sie das deutlich gesagt: Schulze habe geschrieben, wenn Sie ihm nicht entgegenkämen, würde er das Geschäft aufgeben. Dann forderte er, als Sie sich einmal auf der Straße getroffen hatten und Sie dann in die Kneipe gingen, 10 Proz. Das ist doch ein unerhörtes Annehmen. Sind Sie nicht zuerst sehr erschrocken darüber? — Angekl.: Nein, Schulze sagte zu mir, er sei schon so lange auf Sachsenberg und käme zu nichts, jeder andere Beamte in seiner Stellung würde ein reicher Mann werden. — Vorf.: Und für diese 10 Proz. haben Sie dann der Anstalt Waren von geringerem Gewicht und schlechterer Qualität geliefert? — Angekl.: Nein, niemals. — Vorf.: Das Zeugnisverhör wird ja noch Tatsachen ergeben, die Ihre stillige Enttäuung wenig angebracht erscheinen lassen dürften. Ist Ihnen denn das fabelhafte Anwachsen des Konsums nicht aufgefallen? — Angekl.: Nein, ich dachte, ich hätte die anderen Lieferanten verdrängt. — Vorf.: Sie haben also mit allen Waren nach dem Jahre 1901 am Gewicht 10 Proz. aufgeschlagen. — Angekl.: Nicht mit allen Waren. — Vorf.: Nun ja, ich weiß, an Sachen, die Sie alle Jahre einmal lieferten, wie an Anchois, nicht, dafür an Kartoffeln, Petroleum um so mehr. Sie sollen sogar auf einzelne Waren bis zu 45 Proz. aufgeschlagen haben. — Angekl.: Niemals, ich habe immer nur 10 Proz. herausgeholt. — Vorf.: Jedenfalls haben Sie der Anstalt falsche Rechnungen aufgestellt. — Angekl.: Ja, aber das war doch nicht meine Schuld. — Vorf.: Aber die Schuld Sachsenbergs auch nicht. — Verteidiger Oppenheimer: Der Angeklagte sagte mir, daß er einfache Kartons geben zu haben. Ich möchte doch erwas doch auch kein Gericht offen sagt. — Vorf.: Verteidiger wird er sein. Vorgehen wohl schwerlich können. Aber sagen Sie, Angeklagter Will, wie kam wohl Schulze dazu, Ihnen ein solches Angebot zu machen, wenn Sie nicht schon vor 1901 „gemuschelt“ hätten? — Angekl.: Das hatte ich nicht, aber vielleicht hatte Schulze es mit den anderen Lieferanten getan. — Vorf.: Die Auslagen Schulzes, daß Sie seiner Frau schon große Geschenke gegeben hatten, sind doch glaubhafter, weil er sich durch sein offenes Geständnis ja selbst schwer belastet. Er wird sich doch nicht selbst Verbrechen an den Hals legen. Wieviel haben Sie dem Schulze übrigens später gegeben? — Angekl.: Durchschnittlich 1000 M. jährlich. — Vorf.: Sie sind dabei reich geworden, Schulze auch. Aber das ging alles auf Kosten des Anstaltskuratoriums und was noch schlimmer ist, auf Kosten der Anstaltsinsassen. — Der Angeklagte Schulze bestritt, daß er den Mitangeklagten Will durch Drohungen bestimmt habe, ihm 10 Proz. zu geben.

Es wird dann erörtert, wie die Angeklagten die

Submissionsanträge und Submissionsbedingungen so eingerichtet haben, daß Will die ganze Konkurrenz verdrängte und schließlich alleiniger Gewinner blieb. So reichte z. B. Will eine Liste über 16 Kaffeesorten, 13 Reissorten usw. ein, während Schulze dem Anstaltsleiter nur die billigen Säge vorbrag, so daß es den Anschein gewann, als ob tatsächlich Will ein ganz besonders billiger Lieferant wäre. Außerdem wurden statt der etwa gebrauchten 20 000 Pfund Kaffee nur 10 000 Pfund aufgeschrieben, so daß die anderen Bewerber, die den wirklichen Bedarf nicht kannten, nicht so billig kalkulieren konnten wie Will.

Vorf. zum Angeklagten Will: Sie haben in den Kontrakten oft Preise gefunden, die Sie bei der Submission gar nicht gefordert hatten, und zwar höhere. — Angekl.: Auch niedrigere Preise. — Vorf.: Das hätte doch gar keinen Zweck gehabt. Sie wußten doch, was diese höheren Preise zu bedeuten hatten. Schulze war doch am Gewinn beteiligt. Wenn Ihnen z. B. 1,10 M. für ein Pfund Kaffee bewilligt wurden und Sie hatten nur 1 M. gefordert, haben Sie dann Kaffee zu 1,10 M. oder für 1 M. geliefert? — Angekl.: Immer die bessere Sorte. — Vorf.: Sie haben 16 Kaffeesorten bei der Submission eingereicht; gibt es denn überhaupt soviel Kaffeesorten? (Heiterkeit.) — Angekl.: O ja. Ich ließ mir vielfach zum Zweck der Beweibung Proben von auswärtig kommen. — Vorf.: Wurden die Preise nicht erst nach der Lieferung vielfach geändert? — Angekl.: Nein! — Vorf.: Sie haben es ja aber selbst in der Voruntersuchung zugegeben. — Angekl.: Dann ist es möglich. — Vorf.: Wurden oft Sachen ins Kontobuch eingeschrieben, die Sie überhaupt nicht geliefert hatten? — Angekl.: Es sind höchstens 10 Proz. mehr angeschrieben worden, damit ich keinen Schaden hätte. Die Waren waren immer gut und angemessen. — Vorf.: Waren nicht im Reis Würmer? — Angekl.: Niemals. — Vorf.: Und war der Reis nicht oft verdorben? — Angekl.: Er ist bei mir gar nicht alt geworden. — Vorf.: Nein, aber Sie haben ihn alt bezogen. Die Zeugen werden uns ja sagen, daß vielfach frisch angekommener Kaffee weggeworfen werden mußte, weil er total verdorben war. Schützen Sie nicht auch öfter Waren hinaus, die gar nicht bestellt waren? — Angekl.: Ja, Schulze sagte mir, ich könnte ihm alle Sachen hinausbringen, die mir im Wege standen. Wir wußten nämlich sehr bedrängt. (Weiterleit.) — Vorf.: Schulze schrieb oft Waren in Rechnung, die Sie gar nicht geliefert hatten. — Angekl.: Ich nehme an, daß es Waren waren, die ich aufzuschreiben vergessen hatte. — Vorf.: Durften Sie nicht viel einfacher annehmen, daß es sich um ein verschmittes Randverhandelt, um die Rechnung und Ihren Anteil zu vergrößern? Schulze hatte doch auch Rechnungsformulare mit Ihrer Firma drucken in Sachsenberg. — Angekl.: Ja, er hatte mir gesagt, er müsse manchmal Rechnungen verbessern, wenn etwas falsch angeschrieben sei. — Angekl. Schulze: Ich hatte Rechnungsformulare von fast allen Firmen. — Vorf.: Das läßt doch tief blicken. Die Andrede ist fauler Zauber. Was ging es denn Sie an, wenn der Lieferant einmal zu wenig ansah? Vor allem verstehe ich eins nicht: Bei so riesigen Lieferungen von Hunderttausenden

hätte doch die staatliche Verwaltung direkt beim Großhändler kaufen können

statt sich an Zwischenhändler zu wenden. Das war doch eine unverantwortliche Wertschätzung; damit hat man viele Tausende von Mark dem Staat aus der Tasche gestohlen. (Große Bewegung.) Sie haben nach Ihren Fakturen für Ihr ganzes Geschäft bei weitem nicht soviel Ware bezogen, wie Sie nach Sachsenberg lieferten. — Angekl. Will: Die Waren, die ich geliefert habe, habe ich auch bezogen. (Sturm. Heiterkeit.) — Vorf.: Das ist nur halb wahr. Sie haben eigentlich viel mehr hinausgeliefert, als Sie bezogen haben. Aber Ihre Kladden fehlen ja meist. Nach Ihrer Angabe hat Ihre Frau die Kladden verbrannt. — Angekl.: Ja, beim Umzug. — Vorf.: Sie sind zuletzt 1901 umgezogen, aber die Kladden sind bis 1904 verbrannt. Ein anständiger Kaufmann verbrennt vielleicht alte Schecken, aber doch nicht die Bücher der letzten Jahre. — Angekl.: Sie haben vielleicht meiner Frau im Wege gelegen. (Heiterkeit.) — Vorf.: Soweit Bücher gefunden wurden, sind sie aber höchst veraltet. Wenn alles richtig addiert ist und darunter steht: Zum Ausgleich erhalten z. B. 310 M., so steht dahinter in Klammern: per Kasse 300 M. — Angekl.: Vielleicht hatte ich etwas vergessen und Schulze es hinzugefügt. — Vorf.: Darauf wollte ich gerade auch hinaus. Diese schöne Sittlichkeit, daß der Zahlbetrag höher ist als der Rechnungsbetrag, zieht sich durch Ihre ganzen Bücher. — Vert. Oppenheimer: Vielleicht fragen Sie einmal Schulze danach. — Angekl. Schulze: Ich habe oft Waren auf Rechnungen nachgetragen, die nicht geliefert waren, soweit ich mich erinnern kann, aber erst seit 1901. Im übrigen habe ich die Waren nach der Rechnung abgenommen, ohne sie erst abzuwiegen. — Vorf.: Bemerkten Sie denn nicht ohne weiteres, daß das keine 100 Kilogramm Zucker und keine 50 Kilogramm Kaffee waren? — Angekl. Schulze: Das es weniger waren, wußte ich ohne Wiegen. (Heiterkeit.) — Vorf.: Schulze, bei Ihrer ersten Vernehmung in der Ihnen überraschend kommenden Disziplinaruntersuchung im Dezember 1905 sagten Sie aus:

Will habe 30 bis 50 Proz. aufgeschlagen.

Angekl. Schulze: So war es auch. — Vorf.: Wie war denn die Ware? — Angekl.: Nach der Probe war sie gerade nicht. — Vorf.: In der Voruntersuchung gaben Sie an, der Kaffee sei unrein; Sago, Grieß und Reis mußig gewesen und statt ganzem Reis hätten Sie Bruchreis bekommen. — Angekl.: Es war vielleicht Bruchreis bestellt. — Vorf.: Nein, gerade der jehige Leiter der Irrenanstalt, Medizinalrat Martusch, hatte das System eingeführt, daß alle Klassen von Patienten gleiche Ware bekommen. — Angekl. Will: Ich habe niemals schlechte Ware geliefert. — Vorf.: Aber warum sagt es denn Schulze? Warum sollte er denn seine Schuld absichtlich noch größer machen? Er hat doch wohl Gott schon genug auf seiner Seele. — Angekl.: Ich kann nur sagen, daß ich nie schlechte Ware geliefert habe.

Das weitere Verhör dreht sich um den Nachweis, daß die „Muschelerei“ der Angeklagten spätestens 1898 begonnen hat. Der Vorsitzende hält dem Angeklagten Will entgegen, daß Schulze in der Voruntersuchung angab, ihre gemeinschaftlichen Betrüge hätten schon 8 bis 10 Jahre, daß er auch damals schon sich Aktien gekauft und das gerade mit dem Jahr 1898 sich der Kauf der Anstalt bedeutend gesteigert habe, so z. B. für Kaffee auf das Dreieinhalbfache, für Zucker und Petroleum auf das Eineinhalbfache, für Dering fast auf das Zweifache und selbst für Feueranzünder von 3350 Stück pro Jahr auf 7200 Stück. (Weiterleit.) Im ganzen hat nach der Untersuchung der Sachverständigen der Angekl. Will für 18 768 M. Waren mehr nach Sachsenberg verkauft, als er überhaupt je für sein Geschäft bezogen hat. Allein die beiden Angeklagten haben die Anstalt

um 47 268 M.

geschädigt. — Angekl. Will bleibt dabei, daß er 1898 dem Angekl. Schulze noch keine Vorteile gewährt habe, sondern erst nach dessen Drohungen im Jahre 1901. — Vorf.: Sie haben aber schon 1898 4700 Liter Petroleum mehr nach Sachsenberg abgerechnet, als Sie selbst eingekauft haben. — Angekl.: Es wurden viele Feueranzünder für Petroleum in Rechnung gesetzt. (Heiterkeit.) Schulze sagte mir, daß die Diener in Sachsenberg ganze Pakete Feueranzünder in den Ofen steckten. — Vorf.: Sie waren aber doch mit Schulze sehr intim und alle Abende mit ihm zusammen. Sie haben ihm auch stets die Nachdrohsche nach Sachsenberg bezahlt. Haben Sie nie darüber gesprochen, woher er plötzlich so viel Geld hatte? — Angekl. Will: Geschäftlich haben wir nie miteinander gesprochen. — Vorf.: Das ist doch aber höchst unwahrscheinlich. — Auf Befragen des Verteidigers Angekl. Will: Ich habe viele Waren ohne Faktura und ohne Rechnung sofort gegen bar gekauft, vor allem Kartoffeln. Damit ist das Verhör der beiden Angeklagten beendet. Es wird in die Zeugenernehmung eingetreten. — Sachverständiger Oberarzt Dr. Wilhelm gibt sein Gutachten über den Gesundheitszustand des Angekl. Will ab. Will sei etwas apoplektisch, er habe vor längerer Zeit einen Schlaganfall erlitten und sei infolgedessen im Denken etwas verlangsamt; sonst sei er aber geistig vollständig gesund und in stände, den Verhandlungen zu folgen.

Darauf wird die Weiterverhandlung auf morgen, Dienstag, verlag.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 35. Heft des 25. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Die Wahrung in der Fabian Society. Von M. Beer. — Freie Konkurrenz und industrielle Organisation. Studien zur kapitalistischen Organisation. Von V. G. Valman. — Die industrielle Entwicklung und die Konzentration des Besitzes in den Vereinigten Staaten. Von Jakob Wämen (Wilsago). — Zur Arbeiterfrage. Von Emil Fischer (Hamburg). — Literarische Rundschau: J. Koler, Soziale Bewegungen und Theorien bis zur modernen Arbeiterbewegung. Was Natur und Gesellschaft. Von r. h. Julius Deutsch. Die Arbeiterarbeit und ihre Bekämpfung. Von ad. br. Ricardo Quä. Die Geschichten von Garibaldi. Von Carl Kern. — Bauernargues, Gedanken und Grundzüge. Von Hermann Wendel. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolportieren zum Preise von 3,25 Pf. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Problemnummern stehen jedweder zur Verfügung.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 66—68 pr. 100 Pfd., IIa 60—65, IIIa 55—58, Bullenfleisch Ia 62—65, IIa 52—60, Rülbe, fett 52—58, do. mager 42—50, Pfeffer 50—62, Wullen, dan. 0,00, do. holl. 0,00, Kalbfleisch, Doppellender 100—125, Rindfleisch Ia 88—94, IIa 76—84, IIIa 0,00, Rülber ger. 50—65, do. holl. 60—65, dan. 0,00, Hammelfleisch, Rindfleisch 70—74, Ia 65—70, IIa 58—65, Schale 53—58, Schweinefleisch 45—52, Kehlbild Ia per Pfund 0,60—0,73, IIa 0,40—0,56, Rohwül, Wülshuh 0,50—0,55, Damwül, Wülshuh 0,00, Wülshweine 0,00, Krüschlinge 0,00, Kaninchen per Stück 0,60, Fühner, alte, per Stück 1,60—2,00, IIa 1,30—1,50, do. Junge 0,60—1,40, Wolgahühner 0,00, Tauben 0,35—0,62, Hühnerfleisch 0,00, Enten per Stück 1,30 bis 2,70, dito Gs. per Stück 0,00, do. Hamburger per Stück 2,00—4,25, Wämpe per Pfund 0,00, do. per Stück 1,50—3,00, do. Hamburger per Pfund 0,60—1,05, per Stück 0,00, Gchlonschühner 0,00, Heute per 100 Pfund 92—106, groß und mittel 0,00, do. matt 91, do. groß 70—71, Hamburger 0,00, Schale, holl. 85—94, do. groß 78—92, do. 86—102, Kalle, groß 129—134, do. klein und mittel 0,00, do. mittel 122—129, do. unfortiert 84—114, Wullen 0,00, do. klein 0,00, do. matt 0,00, Karpfen 40er 0,00, do. 0,00, Wiele 0,00, Wante Rülbe 53—55, Verse 0,00, do. matt 57, Karanfischen 40—71, Weißfische 0,00, Wels 0,00, Wollen 0,00, Quappen 0,00, Amerikanischer Lachs Ia neuer per 100 Pfd. 110—120, do. IIa neuer 90—100, do. IIIa neuer 75, Seelachs 15—20, Sprotten, Kleier, Ball 0,00, Danziger, Rülbe 0,00, Rundern, Kleier, Stiege Ia 3—5, do. mittel per Rülbe 1—3, Hamb. Stiege 4—6, halbe Rülbe 1,00—2,00, Bäcklinge, Kleier per Ball 1,50—2,50, Schalvunder 1,50—2,50, Kalle, groß per Pfd. 1,10—1,50, mittelgroß





Die beste Qualität, jemals erreicht, nach welcher alle anderen Cigaretten beurteilt werden, besitzen

# JOSETTI VERA

CIGARETTEN

Sie repräsentieren das höchst erreichbare in Cigaretten. In Gehalt, in Form, in jeder Qualität, welche den kritischen Raucher befriedigt, sind sie unvergleichlich.

10 St. 30 Pfennig.



Eine Mark  
wöchentliche  
Teillieferung  
lieferbare fertige  
**Herren-  
Moden**  
Ersatz für Mass.  
Kassa-Anfordig.  
feinste Verarbeitung.  
Garantistadefus. S. 2.

**J. Kurzberg**  
An der Jauno-  
witzbrücke 1, 1.  
Dreht an Bahnhof.

**Bruch-Pollmann**  
erzuehlt sein Lager in Bruchhandagen,  
Leibbinden, Geradenhalter, Spritzen,  
Suspensorien sowie sämtliche Artikel  
zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt.  
Liefer. f. Duis- u. Hülft-Krankenhäusern.  
Berlin C., 41052

**30. Finien-Strasse 30.**  
Alle Bruchbänder mit elastischen Ge-  
löten, ausgelesen u. weich am Körper.



**MUSIK-WERKE**  
aller Art.

Spezial-Modellsreihen & Mk. an.  
Musik-Katalog Nr. 988 gratis u. frei.  
Bial & Freund, Breslau II

# Zurückgesetzte

## Herren- u. Knaben-Kleidungsstücke

die nicht mehr ganz modern oder mit kleinen Fehlern behaftet sind, stellen wir der vorgerückten Saison wegen an

**Dienstag, den 4. Juni,  
Mittwoch, den 5. Juni,  
Donnerstag, den 6. Juni,  
Freitag, den 7. Juni,  
Sonnabend, den 8. Juni**

zu bedeutend herabgesetzten Preisen (teilweise um die Hälfte und den dritten Teil der bisherigen Preise) zum Verkauf:

- Ein Posten **Jackett-Anzüge**, schwarz u. farbig, 8, 10, 12, 15, 18 M.
- Ein Posten **Gehrock-Anzüge**, dunkel u. mittelgrau, 15 und 18 Mark.
- Ein Posten einzelne schwarze **Röcke** 4, 6, 8 M.
- Ein Posten einzelne **Jackets u. Joppen** 3, 4, 6 M.
- Ein Posten einzelne **Westen** 0,50 u. 1 M.
- Ein Posten **Hosen** 3, 4, 5, 7 M.
- Ein Posten **Knaben-Anzüge** 2,50, 4, 3,50 M.
- Ein Posten **Knaben-Wasch-Anzüge** v. 1 M. an.

Wir bitten, dem Verkäufer zu sagen, wenn zurückgesetzte Sachen verlangt werden.

# Heitinger & Co.

Deutsche Compagnie.  
BERLIN SO., Oranienstr. 40/41 am Oranienplatz  
3 Minuten von der Hochbahnstation Köthener Tor.

Die Preise sind streng fest.

# Paul Litfins Restaurant u. Festsäle

Am VII Str. 1078. Remelerstraße 67.

Saal mit Bühne und Nebenräumen, 500 Personen, kleiner Saal mit Carletboden, 150 Personen fassend, sowie Vereinigtimmer mit Pianino neben den geachteten Vereinen und Gesellschaften zur Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten, auch Sonntags, zur Verfügung. Es sind noch Sonn- und Sonntage im Herbst und Winter zu vergeben.

Um gütigen Zuspruch bittet **Paul Litfin.**



# Fr. Hahn

BERLIN C.

Alexander-Platz, Landsberger Str. 62-63.

Gegründet 1825.

## Grosser Reste-Verkauf

Dienstag — Mittwoch — Donnerstag

Die während des lebhaften Geschäfts angesammelten Abschnitte und Reste von 1—5 1/2 Meter, ausreichend für **Blusen, Kinderkleider, Kostümröcke** und ganze Roben, werden zu enorm billigen Preisen ausverkauft.

### Wollstoff-Reste, in farbig und schwarz:

<b>Serie I</b> früherer Wert bis 2.80 jetzt Meter . . . . . M. <b>0.50</b>	<b>Serie II</b> früherer Wert bis 3.50 jetzt Meter . . . . . M. <b>1.00</b>	<b>Serie III</b> früherer Wert bis 5.00 jetzt Meter . . . . . M. <b>1.50</b>	<b>Serie IV</b> früherer Wert bis 7.50 jetzt Meter . . . . . M. <b>2.50</b>
--	---	--	---

### Seiden-Reste, ausreichend für Besätze und Blusen:

<b>Serie I</b> früherer Wert bis 3.00 jetzt Meter . . . . . M. <b>0.75</b>	<b>Serie II</b> früherer Wert bis 4.00 jetzt Meter . . . . . M. <b>1.00</b>	<b>Serie III</b> früherer Wert bis 6.00 jetzt Meter . . . . . M. <b>1.50</b>	<b>Serie IV</b> früherer Wert bis 9.00 jetzt Meter . . . . . M. <b>2.50</b>
--	---	--	---

### Waschstoff-Reste:

<b>Serie I</b> früherer Wert bis 0.70 jetzt Meter . . . . . M. <b>0.20</b>	<b>Serie II</b> früherer Wert bis 1.00 jetzt Meter . . . . . M. <b>0.40</b>	<b>Serie III</b> früherer Wert bis 1.50 jetzt Meter . . . . . M. <b>0.60</b>	<b>Wollmusselin-Reste</b> früherer Wert bis 1.60 jetzt Meter . . . . . M. <b>0.50</b>
--	---	--	---

Ein grosser Posten **Weiss seidenglänzender Indischer Mull**, 120 cm breit Regulärer Preis Meter M. 0.90 . . . . . jetzt Meter M. **0.58**

### Kinderkleider

aus besten Waschstoffen, farbig und weiss, in Grössen für das Alter von 2—12 Jahren:

<b>Serie I</b> früherer Wert bis 4.75 jetzt Stück . . . . . M. <b>1.00</b>	<b>Serie II</b> früherer Wert bis 6.75 jetzt Stück . . . . . M. <b>2.00</b>	<b>Serie III</b> früherer Wert bis 7.50 jetzt Stück . . . . . M. <b>3.00</b>	<b>Serie IV</b> früherer Wert bis 11.00 jetzt Stück . . . . . M. <b>4.50</b>
--	---	--	--

23. Ziehung 5. Kl. 216. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 8. Juni 1907, vormittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

200 [5000] 52 287 153165 255 81 332 79 71 416 21 608 37 [5000] 64 707 154219 381 496 [5000] 759 861 951 155308 [5000] 874 834 156355 68 307 11 439 87 98 628 41

23. Ziehung 5. Kl. 216. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 8. Juni 1907, nachmittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

[5000] 719 41 136129 [5000] 355 704 819 [10000] 25 810 137398 48 942 138200 81 328 591 664 726 32 139044

Jedes Wort 10 Pfennig. Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stielengeseuche und Schlafstelen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe. Teppiche mit Farbenfehlern. Niederlage Große Frankfurterstr. 9, parterre. Kein Laden. Hauchoff. +1

Schwester verkaufen. Söulenträume 32,00, elegantes Tafelgeschloß 35,00, freischwinger, Rutschelstuhl, Rutschelstuhl 38,00, Bronzebrunnen, Ruchelst., Salontisch 12,00. Klaffschraube, 1077b

Verschiedenes. Versteigert die Mutterstraße beherrschend! Erfolgreich, leicht fälligen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (Separat) auch abends ein tüchtiger und gewandelter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.

Mietsgesuche. Saubere Schlafstelle, allein, sucht junges Mädchen. Gegend Vanthorstr. Offerten bis Mittwoch unter „Emma“ Expedition, Steintorstr. 10. +99